ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00)

Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#63
Sommer 2016
lotta-magazin.de

ALLES NERKT!

Militarismus und extreme Rechte

außerdem: **„3:1 für Deutschland"** – Der Polizistenmörder Michael Berger war Teil der Neonazi-Szene // **„Es verging kein Tag, an dem er nicht an Auschwitz gedacht hat."** – Interview mit Marika Venezia // **Ethnisierender Sexismus** – Eine Kolonialgeschichte

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Anfang Juli fand im Kölner Friedenspark das jährliche Edelweißpiratenfestival zum Andenken an die antifaschistischen Widerstandskämpfer_innen statt. Gertrud „Mucki" Koch konnte diesmal nicht mehr dabei sein. Die Mitgründerin der Kölner „Gruppe Edelweiß" starb am 20. Juni 2016 im Alter von 92 Jahren. Den Decknamen „Mucki", den sie sich in der Zeit des Widerstandes gegen die Nazis zulegte, trug Gertrud Koch bis zu ihrem Tod. Bis ins hohe Alter beteiligte sich „Mucki" an Veranstaltungen und führte Zeitzeuginnengespräche durch. Mit ihrer unvergesslichen Art und ihrem Lebensmut wird sie fehlen im Kampf gegen alte und neue Nazis.
Dass die Perspektiven und Erfahrungen der Überlebenden des Nazi-Terrors nicht in Vergessenheit geraten, ist ein wichtiger Bestandteil antifaschistischer Praxis. Auch in LOTTA versuchen wir durch Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen die Geschichte(n) der Überlebenden zu dokumentieren. In der aktuellen Ausgabe haben wir mit Marika Venezia gesprochen, die 56 Jahre an der Seite des Auschwitz-Überlebenden Shlomo Venezia verbrachte.
In unserer letzten Ausgabe haben wir uns in einem Schwerpunkt mit der Bedeutung von „Bürgerwehren" beschäftigt. Auch in anderen europäischen Ländern gründeten sich im Kontext rassistischer Mobilisierungen selbsternannte Bürgerwehren, die militant gegen Geflüchtete und Migrant_innen vorgehen. Anfang Juli sorgten Bilder der ehemaligen PEGIDA-Frontfrau Tatjana Festerling für Aufsehen. Festerling besuchte eine „Bürgerwehr" an der bulgarisch-türkischen Grenze und posierte auf einem Foto in Tarnuniform mit der sich paramilitärisch inszenierenden Gruppe. Dieses Auftreten der rassistischen Grenztruppe ist kein Einzelfall. Seit jeher ist die extreme Rechte fasziniert vom Militärischen: „Soldatische Werte" gelten als Ideal, militärische Formen werden nachgeahmt und immer wieder werden Versuche bekannt, paramilitärische Gruppen zu bilden. Dem Militarismus als zentralem Bestandteil extrem rechter Ideologie und Praxis wollen wir im Schwerpunkt dieser Ausgabe nachspüren.
In den letzten Monaten kam es bei Protesten gegen Rechts zu einer Vielzahl von Einkesselungen und Ingewahrsamnahmen von Antifaschist_innen: unter anderem bei den bundesweiten Protesten gegen den Bundesparteitag der AfD in Stuttgart, am 1. Mai gegen die NPD in Bochum und am 4. Juni gegen den TddZ in Dortmund. Betroffene wollen gegen diese Repression nun vorgehen, auch juristisch. Dabei wünschen wir viel Erfolg. Unser Dank geht wie immer an alle Autor_innen, Fotograf_innen und sonstige Unterstützer_innen, die zu dieser Ausgabe beigetragen haben.

Wir wünschen einen erholsamen Sommer!

Eure LOTTA-Redaktion

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 1. Juli 2016. Aktuellere Entwicklungen konnten nur sporadisch berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 22. Juli 2016.

Recht(s) hohl

„Dummheit ist nicht heilbar!", sagt der Volksmund. Und er hat recht. Wäre dem nicht so, wäre die Auswertung extrem rechter Ergüsse auch sehr trist. So aber können wir an dieser Stelle regelmäßig einige Beispiele aus der schier unbegrenzten Palette extrem rechten Schwachsinns präsentieren.

Das Kiffen und das Volk

Die NPD Kreis Viersen nach intensiven Studien zum Thema Legalisierung von Marihuana:
„Dies muss konsequent abgelehnt werden da durch den Konsum von Marihuana übliche Denkmuster nicht mehr genutzt werden und beim Denken oft Gedankensprünge gemacht werden.
Wir wollen ein Volk, dass klar Denken kann ohne unnötige Gedankensprünge!"

Der Spargel und die Heimat

Björn Höcke auf der Kundgebung am 13. Mai 2016 in Paderborn zur „nationalen Frage" der Windräder:
„Als ich jetzt von Süden Richtung Paderborn hineinfuhr, dann musste ich diese furchtbaren Spargel überall auf den Feldern sehe. (...) Diese Vergewaltigung unserer wunderschönen Landschaft. Das können nur Menschen anstellen, die keine Heimatliebe mehr im Leibe haben. Diese Menschen tragen nur eins ins sich und das ist ein krankhafter Selbsthass."

Markus Hohnholz aus Wuppertal, ex NPD und heute "pro NRW", hingegen sieht den deutschen Spargel wegen des Angebots von „Spargel-Döner" in Alpen (Kreis Wesel) gefährdet: „Jetzt vergreifen die sich schon an unseren Spargel."

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

„...auch wenn das Buch noch offen ist“ ..... Seite 4
Der Detmolder Auschwitzprozess

Schwerpunkt

Militarismus und extreme Rechte ..... Seite 7
Eine Einleitung in den Schwerpunkt dieser LOTTA-Ausgabe

„Für deutsche Interessen...“ ..... Seite 8
„Wehrhaftigkeit“ und „Kampferfahrung“ innerhalb und außerhalb der Bundeswehr

Rechte. Dienen. Deutschland. ..... Seite 12
Die extreme Rechte und die Bundeswehr

„Die Form wechselt, der Geist bleibt der alte“ ..... Seite 15
Christian E.O. Millotat — ein deutscher Offizier im Portrait

Kampf, Sieg oder Opfergang ..... Seite 17
Extrem rechter Militarismus zwischen Kameradschaft, Kiosk und Altenheim

Zwischen Heldentum und Opfergang ..... Seite 20
Das martialische Geschichtsbild der extremen und seine Inszenierungsorte

Extreme Rechte

Und montags grüßt das Murmeltier... ..... Seite 24
Ein Überblick über 19 Monate PEGIDA NRW

Attentäter „mit gesundem Menschenverstand“ ..... Seite 29
Der Prozess gegen Frank S.

Kein Zurück ..... Seite 31
Die Verbindungen der „Oldschool Society“ (OSS) ins hessische Limburg

Unter freiem Himmel ..... Seite 33
Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 2. Quartal 2016

Kurzmeldungen ..... Seite 38
Fakten, Fakten, Fakten aus den LOTTA-Ländern

Kontext NSU

„3:1 für Deutschland“ ..... Seite 44
Der Polizistenmörder Michael Berger war Teil der Neonazi-Szene

Neue Ermittlungen im Todesfall „Corelli“ ..... Seite 48
BfV behindert Arbeit des Untersuchungsausschusses

Geschichte

„Es verging kein Tag, an dem er nicht an Auschwitz gedacht hat.“ ..... Seite 50
Interview mit Marika Venezia über ihr Leben mit einem Überlebenden des „Sonderkommandos“ in Auschwitz-Birkenau

Linke

„Geflüchtete in ihren eigenen Vorhaben unterstützen“ ..... Seite 54
Ein Gespräch mit Aktivist_innen von „No Border Kitchen“

(Anti)Rassismus

Ethnisierender Sexismus ..... Seite 57
Eine Kolonialgeschichte

Hintergrund

Entwendung oder Tradition? ..... Seite 60
Die Symbolgeschichte der schwarzen Fahne

Rezension

Rezensionen ..... Seite 64
Die Partisanen der NATO / Spiel auf Zeit / Nazis im Wolfspelz

von Johannes Hartwig

„...auch wenn das Buch noch offen ist“

Der Detmolder Auschwitzprozess

Reinhold Hanning richtet seinen Blick unentwegt auf Richterin Anke Grudda, als diese ihn wegen Beihilfe zum Mord in 170.000 Fällen zu fünf Jahren Haft verurteilte. Am 17. Juni 2016 endete nach 20 Prozesstagen die Verhandlung gegen den ehemaligen SS-Wachmann Reinhold Hanning vor dem Detmolder Landgericht.

Der Detmolder Auschwitzprozess wird eines der letzten Gerichtsverfahren wegen NS-Verbrechen in der Bundesrepublik gewesen sein. Dass sich 76 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus doch noch einmal NS-Täter_innen vor Gericht verantworten müssen, geht auf den Prozess gegen **John Demjanjuk** 2009 in München zurück. Die Verurteilung des als Wachmann im Vernichtungslager Sobibor eingesetzten Demjanjuk hatte eine veränderte Rechtsauffassung zur Folge. Das Münchner Gericht war der Ansicht, dass Demjanjuk durch seine Tätigkeit als SS-Wachmann zum Massenmord in Sobibor beigetragen habe, und verurteilte ihn daher wegen Beihilfe zum Mord. Nach dem Demjanjuk-Prozess wurden um die 50 Ermittlungsverfahren gegen ehemalige SS-Angehörige aufgenommen. Darunter auch das ab dem 11. Februar 2016 geführte Verfahren gegen **Reinhold Hanning.**

„Schauen Sie mich an“

Im Detmolder Auschwitzprozess traten 57 Auschwitz-Überlebende oder deren Angehörige als Nebenkläger_innen auf, die wiederum von 19 Anwält_innen vertreten wurden. Als Zeug_innen sagten 11 Überlebende des KZ Auschwitz in Detmold aus. Sie waren unter anderem aus Kanada, den USA, Israel und Ungarn nach Detmold gereist. Unter ihnen auch **Leon Schwarzbaum**, der als erster Zeuge aussagte. Ihm gehe es nicht darum, dass Hanning ins Gefängnis komme, sagt Leon Schwarzbaum vor Beginn des Prozesses, aber er solle verurteilt werden. Bei seiner Zeugenaussage richtete sich Leon Schwarzbaum direkt an den Angeklagten und forderte ihn auf, „uns die historische Wahrheit zu erzählen“. Doch Reinhold Hanning zog es vor, in der überwiegenden Zeit des Prozesses zu schweigen. An den ersten beiden Tagen hatte Hanning den Gerichtsaal zwar gestützt aber selbständig betreten, danach wurde er stets im Rollstuhl gefahren. Die Überlebenden von Auschwitz würdigte er keines Blickes, er saß zusammengesunken auf seinem Platz und wirkte abwesend, während die Zeug_innen schilderten, was sie in Auschwitz erlebt haben. Leon Schwarzbaum, **Erna de Vries**, **Justin Sonder**, **Tibor „Max“ Eisen**, **Irene Weiss**, **Mordechai Eldar**, **William „Bill“ Glied**, **Benjamin Lesser**, **Hedy Bohm** und **Imre Lebovits** überlebten Auschwitz, während ihre Eltern, Geschwister, Tanten und Onkel, Freundinnen und Freunde in den Gaskammern ermordet wurden oder an Hunger und Krankheit starben. Die aus Kanada angereiste Nebenklägerin **Angela Orosz Richt-Bein** wurde kurz vor Weihnachten 1944 in Auschwitz geboren. Dem Gericht überreichte sie ein Foto von der Hochzeit ihrer Eltern — von den darauf abgebildeten 25 Personen überlebten nur drei die Shoa. In ihrer Aussage sprach Angela Orosz Richt-Bein den Angeklagten immer wieder direkt an und wurde daraufhin von dessen Verteidiger **Johannes Salmen** unterbrochen, der sich die direkte Ansprache seines Mandanten verbat. Auch weitere Überlebende wandten sich direkt an den Angeklag-

ten. Hedy Bohm forderte Hanning auf: „Schauen Sie mich an, haben Sie keine Angst“, doch dieser zeigte keinerlei Regung.

Zwei Blickwinkel auf eine SS-Karriere

Schlagartig änderte sich Hannings Auftreten, als nicht mehr die Überlebenden als Zeug_innen aussagten und von dem Grauen, das sie erlitten haben, berichteten. Als am siebten Prozesstag der LKA-Beamte **Stefan Willms** anhand von Dokumenten die Laufbahn des jungen SS-Mannes nachzeichnete, folgte Hanning den Ausführungen sehr aufmerksam. Hanning wurde am 28. Dezember 1921 in Helpup, einem kleinem Ort in Lippe, geboren. Nach der Volksschule arbeitete er in einer Fabrik in Bielefeld. Am 20. April 1935 trat er in die Hitlerjugend ein und meldete sich im Juli 1940 freiwillig zur SS. Als Angehöriger der SS-Division „Das Reich“ war Hanning an den Feldzügen gegen Holland, Frankreich, Serbien und die Sowjetunion beteiligt. Nachdem er im September 1941 in der Ukraine verwundet wurde und mehrere Lazarette durchlaufen hatte, kam er zur 1. Kompanie des SS-Ersatzregiments „Der Führer“ nach Stralsund. Von dort aus wurde er nach Auschwitz, zum SS-Totenkopf-Sturmbann verlegt. Als Wachmann war Hanning von Januar 1942 bis Juni 1944 in Auschwitz tätig. Im Juni 1944 erfolgte die Versetzung ins KZ Sachsenhausen. Nach Ende des 2. Weltkrieges geriet Hanning im Mai 1945 in britische Gefangenschaft, aus der er 1948 entlassen wurde. Er kehrte nach Lage zu seiner Frau zurück, die er während seiner Zeit als Wachmann in Auschwitz geheiratet hatte.

Nachdem Willms die Laufbahn des Angeklagten dargestellt hatte, waren es die Ausführungen des Historikers **Stefan Hördler**, die etwas Licht in Hannings SS-Vergangenheit brachten. Anhand von

Die zwei Gesichter des Reinhold Hanning

Auschwitz-Prozess: Mit 19 Jahren meldet sich der Hitlerjunge zur Waffen-SS. Nach der Kriegsgefangenschaft führt er in Lage ein Milchgeschäft. Jetzt ist er Angeklagter in einem weltweit beachteten Prozess

1943: *Reinhold Hanning als SS-Unterscharführer.* FOTO: BUNDESARCHIV

2016: *Reinhold Hanning vor dem Landgericht Detmold.* FOTO: DPA

VON DIRK-ULRICH BRÜGGEMANN ... kommt Han- ... Laut der Anklage von Ober-

Ausschnitt aus der „Neuen Westfälischen Zeitung“ vom 17. Februar 2016.

Vergleichen mit anderen SS-Wachmännern, mit denen Hanning zusammen in Auschwitz gedient hatte, zeigte Hördler, dass es sich bei Hanning nicht um einen „einfachen“ SS-Wachmann gehandelt habe. Hanning gehörte zu einer Gruppe von SS-Männern, die zusammen bei der Waffen-SS Fronterfahrung sammelten, gemeinsam zum SS-Totenkopf-Sturmbann Auschwitz versetzt wurden und dort Kariere machten. Im Februar 1943 wurde Hanning zum SS-Rottenführer und im September 1943 zum SS-Unterscharführer befördert. Auch innerhalb der Wachmannschaften in Auschwitz stellte diese Gruppe auf Grund ihrer gemeinsamen Fronterfahrung eine Elite dar. In seinen Ausführungen über die SS-Kompanien stellte Hördler fest, dass die 3. Kompanie, in der Hanning diente, an Selektionen an der alten Rampe, die außerhalb des Lagers Birkenau lag, als Wachmannschaft beteiligt war.

Spaziergänger in Auschwitz

Mit Spannung war die am 29. April 2016, dem 13. Prozesstag, durch Hannings Verteidiger Salmen verlesene Erklärung erwartet worden. Der Angeklagte gestand ein, als SS-Untersturmführer in Auschwitz gewesen zu sein, und gab zu, dass „jeder, der Mitglied des Wachbataillons war, wusste, was dort geschah“. In seinen Schilderungen versuchte er jedoch seine Verantwortung herunterzuspielen. Er erklärte, als Zugführer für die Bewachung von KZ-Häftlingen im Arbeitskommando verantwortlich gewesen zu sein, und sprach davon, „vier bis fünf Soldaten des Wachbataillon kommandiert“ zu haben, die sich in einem Kreis aufgestellt hätten. Rechtsanwalt **Thomas Walther** griff unter anderem diese Aussage auf und stellte klar: „Auch der Nicht-Soldat wird sich nur schwer vorstellen können, wie drei oder vier Wachmänner einen Kreis bilden. Wenn man hingegen weiß, dass eine Kompanie von 100 bis 120 Mann drei oder vier Züge mit

je 30 bis 40 Mann hat und er sich selbst als ‚Zugführer' bezeichnet, wird ein ‚Kreis' der von ihm geführten Wachleute eher vorstellbar — und zwar mit 30 oder 40 Mann des von ihm geführten Zuges der 3. Kompanie".
Nach der Verlesung der Erklärung war das einzige Mal während des gesamten Prozesses Hannings Stimme zu vernehmen. Er habe sein Leben lang geschwiegen, sagte er dem Gericht, ohne sich an die anwesenden Überlebenden zu wenden: „Ich möchte Ihnen sagen, dass ich zutiefst bereue, einer verbrecherischen Organisation angehört zu haben. [...] Ich schäme mich dafür, dass ich das Unrecht sehend geschehen lassen und dem nichts entgegengesetzt habe. Ich entschuldige mich hiermit in aller Form für mein Verhalten".
Insgesamt zeichnete die Erklärung das Bild einen Mannes, der ohne eigenes Zutun und eigene Verantwortung bei der SS und schließlich als Wachmann im Auschwitz gelandet sei. Thomas Walther bezeichnete sie als „Geschichten eines Spaziergängers in Auschwitz". Leon Schwarzbaum, der extra für die Verlesung aus Berlin angereist war, sagte: „Das ist mir nicht genug. Hanning hat so vieles schöngeredet [...] Reinhold Hanning hätte mehr erzählen müssen, was er wirklich in Auschwitz getan hat".

Großes Interesse

Das Interesse an dem Prozess gegen Reinhold Hanning war groß. Bei jedem Prozesstag bildete sich mehrere Stunden vor Einlass eine lange Schlange vor dem Eingang. Die Regionalzeitungen und der WDR berichteten kontinuierlich. Besonders die *Lippische Landeszeitung* widmete sich ausführlich mit zahlreichen Artikeln und Reportagen dem Prozess. In der Region wurde der Prozess von der *Initiative gegen das Vergessen* durch eine Veranstaltungsreihe kritisch begleitet. Die extreme Rechte zeigte nur vereinzelt Interesse an der Verhandlung. Am ersten Prozesstag erschien die Holocaustleugnerin **Ursula Haverbeck** in Detmold. Antifaschist_innen versperrten ihr jedoch den Zugang zum Gebäude. Am 16. Verhandlungstag gelang es Haverbeck, doch noch einen Platz im Saal zu erlangen. *Die Rechte OWL* hatte vor Beginn des Prozesses angekündigt, eine Kundgebung vor dem Gericht durchführen zu wollen. Darüber hinaus wurde dazu aufgerufen, an den Verhandlungen teilzunehmen. Letztendlich war lediglich an einem Prozesstag **Sascha Krolzig** mit einem weiteren Kameraden vor Ort.

Historisches Urteil

In ihrem Plädoyer forderte die Staatsanwaltschaft eine 6-jährige Haftstrafe wegen Beihilfe zum Mord. Mehrere Nebenklagevertreter_innen wiesen darauf hin, dass sie auch die Möglichkeit der Verurteilung wegen Mittäterschaft sähen. Die Anwält_innen der Nebenklage machten in ihren Plädoyers auch auf das Versagen der Justiz bei der Verfolgung von NS- Kriegsverbrechern aufmerksam. Hannings Verteidiger plädierten auf Freispruch ihres Mandanten. Die Begründung des Urteils stellt einen historischen Moment dar. Dies betonten sowohl die angereisten Nebenkläger_innen und ihre Anwält_innen als auch der *Zentralrat der Juden in Deutschland* sowie der *Jüdische Weltkongress*. Erstmals gab ein Gericht der Argumentation **Fritz Bauers**, man müsse „Auschwitz als Ganzes begreifen", recht. Jeder SS-Angehörige habe zur Durchführung des Massenmordes beigetragen und so Beihilfe zum Mord geleistet.
Ob Hanning die Haftstrafe überhaupt antreten wird, ist noch unklar. Sowohl die beiden Verteidiger als auch neun Anwält_innen der Nebenklage haben Revisionsanträge gegen das Urteil gestellt. Doch für manche der Auschwitz-Überlebenden, die als Nebenkläger_innen am Prozess beteiligt waren, spielt die Frage der Haft auch nur eine untergeordnete Rolle. Wichtig an dem Prozess in Detmold war, dass ein deutsches Gericht Auschwitz umfassend als Verbrechen anerkannte und Reinhold Hanning verurteilt wurde.
Zu Urteilsverkündung waren die Nebenkläger_innen Erna de Vries, Hedy Bohm, Leon Schwarzbaum und Bill Glied begleitet von ihren Kindern, Enkelkindern und Freund_innen angereist. Max Glied sagte am Ende der Pressekonferenz: „Wenn man mir künftig als Überlebender die Gräueltaten nicht glaubt, kann ich jetzt sagen: Fragt doch das deutsche Gericht in Detmold". Der Prozess habe geholfen, „ein Kapitel in der fürchterlichen Geschichte von Auschwitz zu schließen, auch wenn das Buch noch offen ist".
Auch für Hedy Bohm ist das Urteil „ein Traum, den ich nie gewagt hätte zu träumen". Sie sagte unter
Tränen: „Ich hoffe, dass meine Eltern jetzt in Frieden ruhen können".

Einzelne Zeugenaussagen von Auschwitz-Überlebenden und Plädoyers der Nebenklageanwälte sind unter *www.nebenklage-auschwitz.de* **abrufbar.**

Ein ausführliches Online-Dossier mit den Berichten über den Prozess hat die Lippische Landeszeitung unter *www.lz.de/dossier/auschwitz_prozess* **bereitgestellt.**

Von Britta Kremers

Militarismus und extreme Rechte

Eine Einleitung in den Schwerpunkt dieser LOTTA-Ausgabe

Für die extreme Rechte hat das Militär schon immer eine besondere Rolle gespielt, wurde es doch als Idealtypus der Gesellschaft betrachtet. Der 1. Weltkrieg wirkte für viele Aktivisten der völkischen und später nationalsozialistischen Bewegung als „Erweckungserlebnis". Im „tapferen, pflichtbewussten, sich für die Nation aufopfernden Soldaten" sahen sie die Verwirklichung ihres Männerbildes (vgl. LOTTA #29). Das Militär war eine der wesentlichen antidemokratischen Kräfte in der Weimarer Republik. Gewalt und Krieg galt und gilt der extremen Rechten als geeignetes Mittel zur Herstellung gesellschaftlicher und internationaler Ordnung.

Das Verhältnis der extremen Rechten zur Bundeswehr ist gespalten. Doch an der Verehrung von Militär und Krieg als ein zentrales Element extrem rechter Ideologie hat sich dadurch nichts verändert. Es existiert eine Vielzahl an militaristischen Publikationen, die Verehrung der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS wird in unzähligen Rechts-Rock-Liedern zelebriert, biografische Berichte ehemaliger Wehrmacht- und SS-Angehöriger werden in nahezu allen rechten Versänden zum Verkauf angeboten.

In dieser LOTTA-Ausgabe beschäftigen wir uns mit den verschiedenen Facetten des extrem rechten Militarismus. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Schnittstellen zur Bundeswehr, auf Traditionsverbänden und Publikationen sowie auf dem martialischen Geschichtsbild der extremen Rechten und den Orten diesbezüglicher Opfer- und Helden-Inszenierungen. Leider hat es in dieser Ausgabe nicht für — inhaltlich eigentlich notwendige — Beiträge zu den Wehrsportgruppen militanter Neonazis, also dem Proben für den militärischen „Ernstfall" außerhalb der Bundeswehr, den Treiben diverser „Reenactment"-Gruppen und dem Einsatz von Neonazis als Söldner gereicht. Leider konnten wir hierfür keine Gastautor_innen gewinnen, und unsere eigenen Kapazitäten reichten auch nicht. Hinweisen möchten wir vor dem Hintergrund des Schwerpunkts noch auf die Rezension des Buchs „Die Partisanen der Nato" auf Seite 64 in dieser Ausgabe.

Jan Karneiken beschäftigt sich mit den Remilitarisierungbestrebungen in der BRD während des Kalten Krieges sowie mit dem Ringen der extremen Rechten um einen Platz und um Einflussnahme in der Bundeswehr.....*Seite 8*

Auch **Lucius Teidelbaum** schreibt zum Verhältnis von extremer Rechter und Bundeswehr. Während es Neonazis heute schwerer haben, in der Bundeswehr zu agieren, agieren Akteure aus dem „intellektuellen" Teil der extremen Rechten mit deutlich weniger Problemen.....*Seite 12*

Klaus-Wilhelm Habichtt nimmt beispielhaft für Schnittstellen (ehemaliger) hoher Bundeswehroffiziere mit dem Rechtsaußenspektrum den Militärstrategen Christian E.O. Millotat und dessen Wirken unter die Lupe.....*Seite 15*

Die untrennbare Liaison zwischen extremer Rechter und Militarismus findet auch außerhalb der Bundeswehr Ausdruck, beispielsweise in Traditionsverbänden und in einer Vielzahl von Periodika. Das Spektrum reicht hier von der *Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger* über „Kameradenwerke" ehemaliger Wehrmacht- oder SS-Angehöriger bis hin zu Strukturen ehemaliger Kameradschaftsaktivisten des Neonazismus. **Jan Raabe** hat sich hier einmal umgesehen..... *Seite 17*

Last but not least widmet sich **Günter Born** dem militaristischen Heldenkult und Opfermythos, den diesbezüglichen Inszenierungsorten sowie dem Geschichtsbild der extremen Rechten.....*Seite 20*

© Rudi401 (CC BY-NC 2.0)

Von Jan Karneiken

„Für deutsche Interessen…“

„Wehrhaftigkeit“ und „Kampferfahrung“ innerhalb und außerhalb der Bundeswehr

Der Faschismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war voll des Lobes für Gewalt und Krieg als Mittel der Herstellung gesellschaftlicher und internationaler Ordnung. Militär wurde als hierarchische Struktur und zur Herstellung soldatischer Männlichkeit geschätzt. In der Weimarer Republik bereits galt vielen die als Ergebnis des Ersten Weltkrieges auf 100.000 Soldaten beschränkte Reichswehr als „entmannt“ und zu „nationaler Wehr“ nicht fähig.

Die am 8. Mai 1945 besiegelte völlige militärische Niederlage führte erstmals in der Geschichte Deutschlands als Nationalstaat dazu, dass keine eigenständige Armee unterhalten wurde und eine solche auch im Grundgesetz nicht vorgesehen war, sondern erst mit dessen Ergänzung in Gestalt der Wehrverfassung (Art. 87a GG) 1956 grundlegend verankert wurde. In erheblichen Teilen der deutschen Bevölkerung gab es zudem Skepsis und Ablehnung gegenüber dem Militärischen.

Remilitarisierungsbemühungen

Im Zuge des Kalten Krieges, der aus den Alliierten des Zweiten Weltkrieges verfeindete Angehörige zweier Militärblöcke machte, wurde auch ein deutscher Beitrag zur „westlichen Verteidigungsallianz“ zunehmend diskutiert — und von hohen Regierungskreisen und ehemaligen Wehrmachtsangehörigen abseits der allgemeinen Öffentlichkeit bereits vorbereitet. Für die extreme Rechte der Nachkriegszeit war die Aufstellung einer neuen deutschen Armee zwar ein erstrebenswertes Ziel, allerdings war man sich bewusst, dass diese kaum unter nationalem Oberbefehl stehen und im Rahmen voller Souveränitätsrechte würde eingesetzt werden können. Selbst diejenigen Teile der extremen Rechten, die aus antikommunistischer Motivation die Ko-

operation mit den Westmächten für angezeigt hielten, formulierten zugleich Bedingungen für eine Unterstützung des „deutschen Wehrbeitrages", darunter insbesondere die Freilassung der als Kriegsverbrecher verurteilten deutschen Offiziere. Mit der im Januar 1951 seitens des damaligen NATO-Oberbefehlshabers **Dwight D. Eisenhower** gegenüber Bundeskanzler **Konrad Adenauer** formulierten Ehrenerklärung für die Soldaten der Wehrmacht kam man diesen Wünschen entgegen. Knapp zwei Jahre später erweiterte Adenauer diese Ehrenerklärung vor dem Bundestag auf die Angehörigen der Waffen-SS, um auch sie für die aktiven Bemühungen einer Remilitarisierung zu gewinnen.

Umwerbung ehemaliger Wehrmachts- und Waffen-SS-Angehöriger

Die ehemaligen Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS fanden sich zum Teil in Traditionsverbänden und in Interessengruppen zusammen, die — zum Teil vor allem mit Versorgungsfragen, verschiedentlich auch mit unmittelbar politischen Positionierungen befasst — auch für die entstehenden extrem rechten Strukturen und Parteien als Agitationsfelder interessant waren. Blieb die Frage der Westorientierung versus Neutralität eine der zentralen Kontroversen innerhalb der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland bis in die 1980er Jahre, so wurde die 1956 ins Leben gerufene Bundeswehr neben dem damals noch stark paramilitärisch geprägten Bundesgrenzschutz rasch zu einem Ort der Sammlung ehemaliger Wehrmachts- und Waffen-SS-Angehöriger.

Die extreme Rechte versuchte, durch die Bildung und Wiederbelebung eigener Soldatenorganisationen — etwa den *Stahlhelm* — beziehungsweise die Einflussnahme in soldatischen Interessensgruppen und Traditionsverbänden auch ehemalige bzw. dann in der Bundeswehr dienende Soldaten zu gewinnen. In Wahlkämpfen — etwa der NPD in den späten 1960er Jahren — wurden Bundeswehrangehörige gezielt mit speziellem Werbematerial umworben; auch Berufssoldaten übernahmen Funktionärsposten in der NPD oder kandidierten für die Partei bei Wahlen. An einigen Bundeswehrstandorten erhielt die Partei überproportional viele Stimmen.

Bundeswehr-Skandale

In der Bundeswehr gab es seit ihrer Gründung wiederholt Skandale, die sich in extrem rechten Ereignissen manifestierten oder durch den traditionalistischen Flügel des Offizierskorps verursacht worden waren. Dazu gehörte — hier seien nur wenige Fälle exemplarisch genannt — das Traditionstreffen der ehemaligen Angehörigen des *Sturzkampfgeschwaders 2 Immelmann* (Wehrmacht) beim *Aufklärungsgeschwader 51 Immelmann* (Bundeswehr) im Oktober 1976 auf dem Fliegerhorst Bremgarten/Eschbach. An ihm nahm der ehemalige Luftwaffen-Oberst **Hans-Ulrich Rudel** — von **Adolf Hitler** mit dem höchsten Orden des NS-Regimes dekoriert — teil und traf nach zeitgenössischen Berichten auf großes Wohlwollen. Als Reaktion auf die mediale Kritik traten der Kommandierende General Luftflottenkommando, Generalleutnant **Walter Krupinski**, sowie sein Stellvertreter, Generalmajor **Karl-Heinz Franke**, vor die Presse und forderten, dass man auch Rudel — vergleichbar mit dem SPD-Politiker **Herbert Wehner**, der in seiner Jugend Kommunist gewesen war — eine Chance auf Läuterung einräumen müsse. Nicht zuletzt angesichts der fehlenden Distanzierung Rudels vom NS-Regime ging der Vergleich fehl und die beiden Generale wurden in den Ruhestand versetzt. Mitte Februar 1977 geriet die Hochschule der Bundeswehr in München in die Schlagzeilen, nachdem dort Offiziersanwärter das „Horst-Wessel-Lied" gesungen, „Sieg-Heil" skandiert und antisemitische Vernichtungsphantasien geäußert hatten. 1995 wurde der als Rechtsterrorist verurteilte **Manfred Roeder** zu einem Vortrag in die Führungsakademie der Bundeswehr eingeladen; auch war er für sein vermeintlich wohltätiges *Deutsch-Russisches Gemeinschaftswerk* von der Bundeswehr mit Material unterstützt worden. Im Jahr 2003 wurde der damalige Kommandeur des „Kommando Spezialkräfte", Brigadegeneral **Reinhard Günzel**, von Bundesverteidigungsminister **Peter Struck** in den vorzeitigen Ruhestand geschickt, nachdem jener in einem auf Bundeswehr-Briefpapier erstellten Schreiben eine antisemitische Rede des Bundestagsabgeordneten **Martin Hohmann** (CDU) gelobt hatte. Im Jahr 2011 wurde bekannt, dass **Martin Böcker**, der in der extrem rechten Zeitschrift *Sezession* publizierte, als Chefredakteur der Zeitschrift der studierenden Offiziere der Universität der Bundeswehr in München fungiert.

„Kein deutsches Blut für amerikanische Interessen"

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 hatte die extreme Rechte die Erwartung verbunden, Deutschland werde nun als machtvoller Akteur auf die weltpolitische Bühne zurückkehren, was volle Souveränitätsrechte und den Einsatz militärischer Gewaltmittel einschließt. Die in den 1990er Jahren beginnende Beteiligung von Bundeswehreinheiten an Kriegseinsätzen wurde von der extremen Rechten unterschiedlich bewertet. Eine Minderheit, etwa das um die Zeitung *Junge Freiheit* gruppierte Spektrum, begrüßte diese Entwicklung. Zwar war man weiterhin skeptisch, da beispielsweise der Truppe

noch Strukturen wie ein eigener Generalstab fehlten, doch sah man in der Entsendung von Bundeswehrtruppen ins Ausland und in der Beteiligung an NATO-Kriegen einen wichtigen Schritt zur Normalisierung des Militärischen in Deutschland. Der Großteil der extremen Rechten hingegen agierte gegen die Beteiligung der Bundesrepublik am Krieg gegen Jugoslawien, da er im Rahmen der NATO stattfand und daher als Krieg der USA angesehen wurde, deren Ziel es sei, Unruhe in Europa zu verbreiten und darüber eine Rechtfertigung militärischer Präsenz und Intervention zu erhalten. Slogans wie „Kein deutsches Blut für amerikanische Interessen" brachten diese Position zum Ausdruck; neonazistische Gruppen gaben sich als Kriegsgegner*innen aus, beteiligten sich an Friedensdemonstrationen und organisierten selbst Kundgebungen vor US-Militärstützpunkten in Deutschland, bei denen der Abzug der „raumfremden" US-Truppen gefordert wurde. Mit dieser Kritik an aktuellen Kriegspraxen war das Ziel verbunden, den völkischen Nationalismus aufzuwerten; so formulierte der ehemalige Bundeswehroffizier **Alfred Mechtersheimer**: „Wir müssen das nationale Prinzip als ein Prinzip des Friedens ins Bewußtsein der Bevölkerung bringen." Ähnliche Aktivitäten gibt es — wenn auch auf niedrigem Niveau — bis heute, so etwa die Kampagne der NPD-Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* „Bundeswehr raus aus Afghanistan".

Wehrhaftigkeit und Kampferfahrung für „deutsche Interessen"

Im Laufe der nun über zwanzig Jahre währenden Praxis der Auslandseinsätze hat sich die Bundeswehr verändert; beispielsweise haben viele ihrer Soldat*innen inzwischen Kampferfahrung gesammelt, die Ausbildung ist „kriegsnah" geworden und Karrieren in Spitzenpositionen der Bundeswehr sind ohne Kriegserfahrung nicht mehr denkbar. In dieser Hinsicht ist die Kritik der extremen Rechten an der real existierenden Bundeswehr nahezu verstummt; beklagt werden neben unzureichender Ausstattung die Einbindung der Bundeswehr in supranationale Strukturen und die Bildung bi-nationaler Streitkräftestrukturen, da diese zu einem Verlust an Souveränität führen und „fremden Interessen" nützen würden, sowie die Abschaffung der Wehrpflicht, da damit die Bundeswehr keine „Armee des Volkes" mehr sei. Kritisch wird auch gesehen, dass die Diversität des Bundeswehrpersonals zunimmt.

Anders als die Friedensbewegung geht es der extremen Rechten in ihrer kritischen Kommentierung von Bundeswehr und Krieg nicht um einen Abbau struktureller Gewalt und die Förderung gewaltarmer Strukturen und Verfahren zur Konfliktbearbeitung. Die extreme Rechte geht grundsätzlich davon aus, dass sich „die Völker" in einem fortwährenden Kampf ums Überleben befänden, in dem um die Hierarchie zwischen ihnen gerungen werden. Kampf und Krieg werden daher als unvermeidbar angesehen; Militär als Machtinstrument nach außen und als „Schule der Nation" gelten der extremen Rechten als wichtiges Mittel im „Ringen der Völker". Entsprechend wird die Institution Militär auch nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sondern danach befragt, ob sie ideologisch so ausgerichtet und materiell so ausgestattet ist, dass sie „deutsche Interessen", die hier völkisch und imperial ausbuchstabiert werden, durchsetzen kann.

Dem politischen Ziel der Herstellung von „Wehrhaftigkeit" entspricht, dass es für Anhänger der extremen Rechten selbstverständlich war, der Einberufung zur Wehrpflicht nachzukommen. Viele sahen in der hierarchischen Organisation Bundeswehr und in der Möglichkeit, den Umgang mit Waffen zu lernen, auch eine langfristigere Berufsperspektive und wurden Zeit- oder Berufssoldaten. Hierfür mag der frühere NPD-Vorsitzende **Udo Voigt** (MdEP) als Beispiel gelten. Wem die Ausbildung und der Umgang mit Waffen in der Bundeswehr bis in die frühen 1990er Jahre nicht kriegsnah genug war, der beteiligte sich als Söldner an den Kriegen zur Zerschlagung Jugoslawiens in den frühen 1990er Jahren.

Ein Fünftel national-konservativ

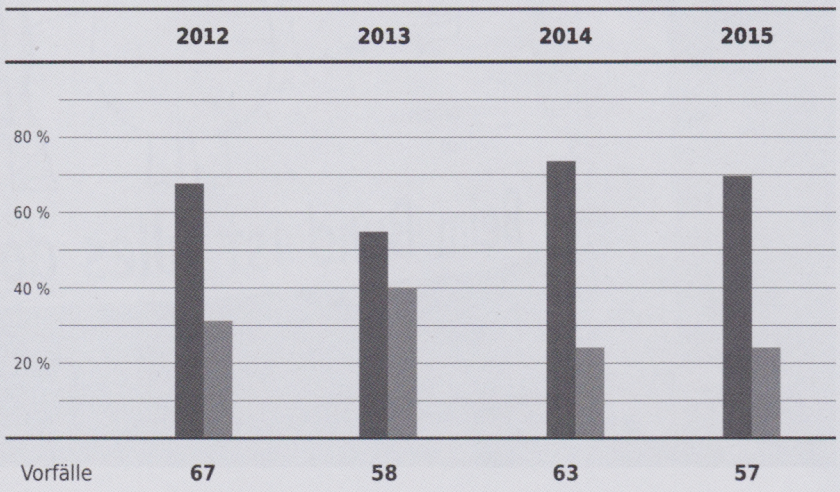
Dass die Bundeswehr — wie auch andere Teile des staatlichen Gewaltapparates — strukturell konservativer sind als der Durchschnitt der Gesellschaft, kann als erwiesen gelten. Mehrfach hat eine Forschergruppe an der Universität der Bundeswehr in Hamburg die politischen Einstellungen von studierenden Soldaten erhoben. Dabei wurde deutlich, dass der Anteil an national-konservativ Eingestellten erkennbar über dem an zivilen Hochschulen liegt und etwa ein Fünftel der Befragten ausmacht. Dass in einem solchen Umfeld völkisch-nationalistische Positionen als weniger anstößig empfunden werden, liegt nahe.

Jährlich legt der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages einen Bericht zur Lage der Truppe vor; in ihm finden sich regelmäßig Angaben zu extrem rechten oder rassistischen Verdachtsfällen, die ihm aus der Truppe gemeldet wurden oder ihm anderweitig bekannt geworden sind. Das Niveau dieser Meldungen liegt in den vergangenen Jahren auf einem relativ stabilen Niveau (vgl. Tabelle). Danach sind vor allem Mannschaftsdienstgrade beteiligt, zu nicht unerheblichen Teilen auch Unteroffiziersdienstgrade, die für die Ausbildung zuständig sind. Offiziere tauchen nur in

Einzelfällen auf. Manche der Vergehen werden mit Disziplinarstrafen sanktioniert, selten kommt es zu Entlassungen aus der Bundeswehr.

Der *Militärische Abschirmdienst* (MAD) beobachtet ebenfalls extrem rechte Aktivitäten in den Streitkräften. Im Jahr 2015 wurden drei Soldaten und ein ziviler Bundeswehrmitarbeiter enttarnt, die meisten davon in der NPD bzw. in einer neonazistischen Kameradschaft aktiv. Frühzeitig beendet wurde der Dienst für 19 weitere Soldaten wegen volksverhetzender Äußerungen und Propagandadelikten. In einem Fall hatte ein Soldat in Mecklenburg-Vorpommern, der zu einer Gruppe gehörte, die zum Bau einer Flüchtlingsunterkunft eingesetzt worden war, in einer *WhatsApp*-Chatgruppe seinen Vernichtungsphantasien freien Lauf gelassen. Anfang 2016 bearbeitete der MAD insgesamt 230 extrem rechte Verdachtsfälle; 149 entsprechende Vorkommnisse waren bekannt geworden, häufig bezieht sich die Untersuchung der Verdachtsfälle noch auf Ereignisse aus den Vorjahren.

„Besondere Vorkommnisse" mit Verdacht auf rechtsextremistischen, antisemitischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund in der Bundeswehr



Angaben aus den Jahresberichten des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages

Ringen um einen Platz in der Bundeswehr

Die Bundeswehr bzw. Reservistenverbände sind ein gesellschaftlicher Ort der Auseinandersetzung um den Stellenwert, den extrem rechte oder nationalistische Positionen beanspruchen können. Wo etwa NPD-Aktivisten in diesen Strukturen öffentlich thematisiert wurden, führte dies häufig zur Entlassung aus der Truppe bzw. zur Beendigung der Mitgliedschaft. Die völkisch-nationalistische Rechte führt allerdings den Kampf um die Bewertung der deutschen Geschichte, um Aufgaben und Selbstverständnis der Bundeswehr sowie um das soldatische Selbstbild an vielen Fronten. Gegen die Entlassung oder Disziplinierung von Soldaten, die offen als NPD- bzw. REP-Mitglieder auftraten, haben die Parteien wiederholt geklagt. Erinnert sei auch an die langjährige Kampagne gegen Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, die auf die Verbrechen der Wehrmacht hingewiesen haben, sowie die von der *Jungen Freiheit* lancierte Kampagne für **Götz Kubitschek**, nachdem dieser als Oberleutnant der Reserve aus einer laufenden Wehrübung entlassen worden war. In der Wochenzeitung erschien daraufhin eine Solidaritätsanzeige, die auch von zahlreichen Soldaten unterzeichnet wurde. Im Jahr 2002 hob das Personalamt der Bundeswehr den Entlassungsbescheid auf.

In der Vergangenheit war es für extrem rechts eingestellte Offiziere, die in der Bundeswehr bis in höchste Dienstränge und Verwendungen aufsteigen wollten, nicht opportun, sich zu offen zu diesen Einstellungen zu bekennen. Immer wieder sind Generäle erst nach ihrer aktiven Dienstzeit in extrem rechten Kreisen sichtbar geworden — die Brüder **Franz** und **Reinhard Uhle-Wettler** und **Christian E.O. Millotat** (siehe S. 15 f.) sind hier lediglich Beispiele. Angesichts der jüngsten Erfolge der AfD und völkisch-nationalistischer Mobilisierungen ist damit zu rechnen, dass nationalkonservative Positionen, die auch eine Militarisierung der Bundeswehr einfordern und zivile Maßstäbe für das Berufsbild des Soldaten in Frage stellen, auch sichtbarer wieder von Bundeswehrangehörigen formuliert werden. Der von Bundeswehrsoldaten, darunter mehreren Truppenführern in Leutnantsrang, kürzlich herausgegebene Band „Armee im Aufbruch" mag dafür mit einigen seiner Beiträge als Indiz gelten.

© Michael Bär (CC BY-SA 2.0)

Von Lucius Teidelbaum

Rechte. Dienen. Deutschland.

Die extreme Rechte und die Bundeswehr

„Die Bundeswehr ist ausgehöhlt und die Deutschen wollen nicht mehr kämpfen", lautete eine Überschrift in der Mai/Juni-Ausgabe der extrem rechten „Deutschen Militärzeitschrift", das rechtsintellektuelle Infoportal „Blaue Narzisse" schreibt klagend über „Uschis bunte Truppe". Das Verhältnis von Bundeswehr und extremer Rechter ist nicht ungetrübt. Die extreme Rechte ist ganz offensichtlich unzufrieden mit dem Zustand und dem Geist in der Bundeswehr. Während es Neonazis heute schwerer haben, in der Bundeswehr zu agieren, haben Akteure aus dem „intellektuellen" Teil der extremen Rechten jedoch kaum Probleme.

Das Kappen alter Zöpfe

Tatsächlich fielen in den letzten Jahren manche Traditionsbestände in der Bundeswehr einer Modernisierung zum Opfer. So mussten beispielsweise viele Traditionsstuben in den Kasernen geräumt werden. In diesen Stuben wurden Memorabilia von Wehrmachtseinheiten aufbewahrt, die in einem Patenschaftsverhältnis mit einer Bundeswehreinheit standen. Auch die öffentliche Debatte um die Verbrechen der Wehrmacht führte zu Auseinandersetzungen um Namenspaten für Kasernen oder Einheiten. Nach erbitterten Diskussionen kam es mancherorts zu Umbenennungen. Die aus der veränderten Sicht der Öffentlichkeit auf die Wehrmacht gezogenen Konsequenzen ließen auch in der Politik zum Teil länger auf sich warten. Der Deutsche Bundestag hob erst im Mai 2002 den größten Teil der Urteile der Wehrmachtjustiz des Zweiten Weltkrieges auf.

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes setzte zudem ein weitgehender Umbau der Bundeswehr ein. Aus einer großen Landverteidigungsarmee wurde eine kleinere Interventionsarmee, die seit 2001 auch ohne UN-Mandat Auslandseinsätze bestreitet und als Instrument deutscher Außenpolitik dient. Um den neuen Anforderungen einer technisierten und spezialisierten Armee gerecht

zu werden, wurde die Wehrpflicht abgeschafft. Der Verlust dieser autoritären Sozialisationsagentur für junge deutsche Männer schmerzte die extreme Rechte besonders. Mit ihrer eigenen Sprache, ihren eigenen Regeln und ihrer auf alle Lebensbereiche zugreifenden Hierarchie kann die Bundeswehr als spezifisches Sozialisationsmilieu verstanden werden. Der Stellenwert des Wehrdienstes in rechten Kreisen kann unter anderem daran ersehen werden, dass Mitgliedsbünde der *Deutschen Burschenschaft* lange keine Zivildienstleistenden aufnahmen.

V-Soldaten

Auch den gewaltbereiten, vor allem neonazistischen Teil der extremen Rechten ärgerte der Wegfall des Wehrdienstes. Hier bestand immerhin die Möglichkeit, auf Staatskosten Waffengebrauch und andere militärische Fertigkeiten zu erlernen. Besonders in den 1990er Jahren machten viele Rechte davon Gebrauch. Die Serie an Skandalen um rechte Soldaten in dieser Zeit zeugt davon. Auch **Uwe Mundlos** lernte das Schießen nicht in einer Wehrsportgruppe, sondern beim Bund. Er leistete vom 1. April 1994 bis zum 31. März 1995 seinen Grundwehrdienst in der Kyffhäuserkaserne in thüringischen Bad Frankenhausen. Dort befragte ihn am 8. und 9. März 1995 auch der bundeswehreigene Geheimdienst Militärischer Abschirmdienst (MAD). Die Befragung blieb für Mundlos trotz seiner offen geäußerten Gesinnung folgenlos. Kein Ausnahmefall, denn der laxe Umgang mit Neonazis in der Truppe war in den 90er Jahren eher die Regel. Analog zum Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz (VS) legitimierte der MAD mit seinem Auftrag, der Abwehr von „Extremisten", eine eigene V-Mann-Praxis. **Mario Brehme**, der stellvertretender Leiter des *Thüringer Heimatschutzes* (THS) war und gemeinsam mit dem Neonazi-Kader und VS-V-Mann **Tino Brandt** „Rechtsschulungen" und „Jungsturmbelehrungen" durchführte, soll MAD-Informant gewesen sein. Er war 1998 an dem Trip nach Südafrika beteiligt, dem sich anfangs auch das untergetauchte Trio anschließen wollte. Auch der später für den VS tätige **Benjamin Gärtner** soll während seines Grundwehrdienstes bei einem Panzerbataillon 2002 für den MAD gespitzelt haben. Das Mitglied des „Sturm 18" aus Kassel wurde 2001 bei einer Aktion des THS in Eisenach festgenommen. Sein späterer V-Mann-Führer **Andreas Temme** taucht im Zusammenhang mit dem NSU-Mord an **Halit Yozgat** am 6. April 2006 in Kassel auf. Kaum verwunderlich war der MAD dann auch mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und dem VS Thüringen zwischen 1997 und 2003 an der „Operation Rennsteig" beteiligt. Bei dieser führten die drei Dienste im Zielobjekt THS mindestens zehn V-Leute. Ein weiterer möglicher MAD-Informant war **Jürgen Helbig**. Der Jenaer NPD-Aktivist diente in Mellrichstadt und ist ein langjähriger Bekannter von **Ralf Wohlleben**. Er soll ab März 1998 Kurier und Verbindungsmann zu den Untergetauchten gewesen sein. Während seines Wehrdienstes im September 1999 soll Helbig gegenüber dem MAD freimütig seine Kontakte zum Neonazi-Trio im Untergrund eingestanden haben, diese hätten sich „schon auf der Stufe von Rechtsterroristen bewegt".

Erfolgloser war der Anwerbeversuch des MAD bei **Robin Schmiemann**, der seit 1997 in der Neonazi-Szene in NRW aktiv ist und für mehrere Jahre wegen bewaffneten Raubüberfalls im Gefängnis saß. Der Geheimdienstskandal um den NSU ist zum Teil auch einer um den Bundeswehrgeheimdienst, was aber in der öffentlichen Diskussion bisher kaum wahrgenommen wird.

Tradition verbindet

Anders als in den 1990ern wurde ab den 2000er Jahren versucht, offene Neonazis von der Truppe fernzuhalten und entsprechendes Verhalten in den Kasernen zu sanktionieren. Für andere Strömungen und Gruppen der extremen Rechten gilt dies jedoch nicht. Hier weisen Bundeswehr und MAD dasselbe Problem auf wie der VS, nämlich eine extrem verengte Definition von „Rechtsextremismus", die im Grunde nur den Neonazismus umfasst. Beispielsweise hatten Mitglieder der „Neuen Rechten" oder der Partei *Die Republikaner* nur selten Probleme in der Bundeswehr.

In der Bundeswehr wurden nicht alle Traditionslinien zur Wehrmacht gekappt. Offiziell gelten einzelne Leistungsträger der Wehrmacht weiter als Vorbilder, der deutschnationale Widerstand um **Graf von Stauffenberg** gilt als wichtiger Bezugsrahmen im Traditionsverständnis der Bundeswehr. Auch in der „Neuen Rechten" fungiert Stauffenberg als Säulenheiliger, diese hat durchaus begriffen, dass er und andere nicht für die Wiedereinführung der Demokratie gegen **Adolf Hitler** zu putschen versuchten. Die „Neue Rechte" setzt sich für eine Wiederbelebung der Wehrmachtstradition ein, dabei wird die Wehrmacht entpolitisiert und mit ihrer „Stärke" und „Tapferkeit" als Vorbild präsentiert. So schrieb der Autor des „neurechten" Infoportals *Blaue Narzisse Online* **Albert von Königsloew**: „Nach wie vor ist die Wehrmacht der Goldstandard für jede Armee."

Militärs im rechten thinktank

Als sich in den 90ern nach über 50 Jahren eine deutsche Armee wieder an Kampfeinsätzen beteiligte, setzte damit auch ein Trend zum Neotraditionalismus in der Bundeswehr ein. Der Antimilitarist **Jakob Knab** schrieb dazu: „Eine reaktionäre Subkultur sowie eine neo-

traditionalistische Kultur in der Bundeswehr fördern den kriegsnahen Kämpfertyp, den robusten ganzen Mann." Neben alten nationalkonservativen Offizieren gibt es auch eine Riege von Jungoffizieren, die für ein Zurück zum soldatischen Heros und Pathos appellieren.
So präsentierten zwei Vertreter dieser Gruppe am 11. Februar 2016 in der „neurechten" *Bibliothek des Konservatismus* in Berlin den Sammelband „Armee im Aufbruch".
Das von **Marcel Bohnert** und **Lukas J. Reitstetter** 2014 herausgegebene Buch mit dem Untertitel „Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr" ist im auf Themen der Bundeswehr spezialisierten Berliner *Carola Hartmann Miles-Verlag* erschienen.
Bei den 16 AutorInnen von „Armee im Aufbruch" handelt es sich mehrheitlich um Studierende der Politikwissenschaft, Geschichte und Pädagogik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg. Die meisten haben den Rang eines Leutnants inne.
Der Autor **Jan-Philipp Birkhoff** schreibt in dem Buch folgendes: „Während in der Zivilgesellschaft Diskurs und politische Differenzen die demokratische Kultur bereichern, wirken sie als Charakterzug eines militärischen Führers wie lähmendes Gift." Dies ist eine klare Absage an das Modell des „Staatsbürgers in Uniform". Als Vorläufer-Publikation fungierte der Sammelband „Soldatentum. Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute", an dem sich ebenfalls Offiziere aus dem Dunstkreis der „Neuen Rechten" beteiligten.
Einer der damaligen Herausgeber von „Soldatentum" war **Felix Springer,** der seit 2010 Autor für *Sezession im Netz* ist und sich laut Angaben des Internetportals *Regensburg Digital* Anfang Januar 2016 an einer Demonstration der *Identitären Bewegung* in Freilassing beteiligte.
Doch „neurechte" Tendenzen finden sich im Offizierskorps nicht nur unter den Jüngeren. Oberst **Erich Vad** war von 2006 bis 2013 Referatsleiter für Militärpolitik im Bundeskanzleramt. Er beklagte das „negative und verengte Bild von der Wehrmacht" und veröffentlichte in der *Sezession* im April 2003 einen Text mit der Überschrift „Freund oder Feind: Zur Aktualität Carl Schmitts". Darin fordert er unter Berufung auf **Carl Schmitt** eine Verschärfung der Feindbilder.

Armee als Alternative

Die Auseinandersetzungen um die Traditionslinien der Bundeswehr werden nicht nur innerhalb der Truppe geführt. Außerhalb trommelt die *Alternative für Deutschland* (AfD) für einen Militarismus der alten Form und die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Der stellvertretende AfD-Sprecher **Alexander Gauland** lieferte bereits vor einigen Jahren Einblicke in seine militaristische Gedankenwelt: „Die Deutschen haben ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt. Sie betrachten sie nicht als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz". Er forderte, „dass die Deutschen wieder eine Tatsache der Weltgeschichte akzeptieren lernen, die Bismarck in seiner ersten Regierungserklärung als preußischer Ministerpräsident 1862 in die berühmten Worte fasste: 'Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden — das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen — sondern durch Eisen und Blut.'"
Dass Militär-Politik innerhalb der AfD einen wichtigen Rang einnimmt, ist unter anderem an den Veranstaltungen zu diesem Thema und an Stellungnahmen der Partei zu erkennen. Kaum verwunderlich, da sich in den Reihen der AfD allerhand Militärs tummeln. Unter anderem der Landesvorsitzende der AfD in Rheinland-Pfalz, **Uwe Junge**, als Berufsoffizier im Rang eines Oberleutnants. Vor seinem Engagement bei der AfD war Junge Mitglied bei der antimuslimischen Kleinstpartei *Die Freiheit*. Auch der AfD-Landtagsabgeordnete im Brandenburger Landtag, **Andreas Kalbitz**, war 1994 bis 2008 Zeitsoldat bei der Bundeswehr. Kalbitz war von 1992 bis mindestens 1994 Mitglied der *Republikaner*, zudem ist er bis heute „Alter Herr" der *Pennalen Burschenschaft Saxonia-Czernowitz zu München*, einer ultrarechten Schülerverbindung. Zur AfD-Fraktion im Kölner Stadtrat gehört **Hendrik Rottmann**. Arbeitgeber des Kreisvorsitzenden ist der MAD; er sei jedoch in der Verwaltung beschäftigt, nicht im operativen Bereich.

Von Klaus-Wilhelm Habichtt

„Die Form wechselt, der Geist bleibt der alte“

Christian E.O. Millotat — ein deutscher Offizier im Portrait

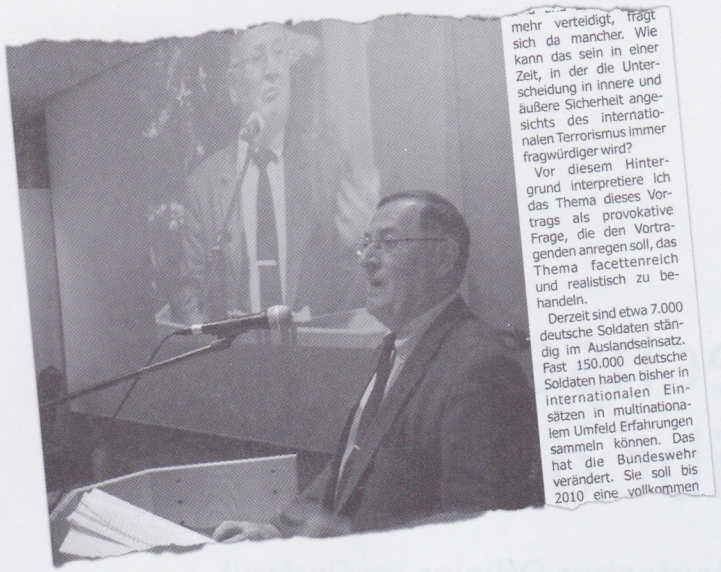
An vielen Bahnhofskiosken ist die Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ erhältlich. Insbesondere historische und militärgeschichtliche Themen finden in ihr Platz. Zu den Autoren des Blattes gehören auch hochrangige Dienstgrade der deutschen Streitkräfte, die dort — meist nach ihrer aktiven Dienstzeit — sichtbar werden. In den letzten Jahren war dies neben dem ehemaligen Konteradmiral Günther Pöschel (NVA) und Brigadegeneral a.D. Günter Roth, der von 1985 bis 1995 das „Militärgeschichtliche Forschungsamt“ der Bundeswehr leitete, insbesondere der im Rang eines Generalmajors aus der Bundeswehr ausgeschiedene Christian E.O. Millotat.

Der 1943 geborene Berufssoldat war in zahlreichen hochrangigen Verwendungen tätig, unter anderem als „Stabsabteilungsleiter III Führung, Konzeption, Einsatzgrundsätze“ im „Führungsstab des Heeres“ in Bonn oder auch als Stellvertretender Kommandierender General des II. Korps in Ulm. Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand ist Millotat der Bundeswehr verbunden — u.a. über die *Clausewitz-Gesellschaft e.V.*, in der sich aktive und ehemalige Offiziere der Bundeswehr aus dem Generalstabs- und Admiralstabsdienst zusammengeschlossen haben. Hier leitet Millotat den „Regionalkreis Südwest“, dem die Räume Ulm/Stuttgart und Mainz zugeordnet sind. Regelmäßig publiziert Millotat zudem im „Jahrbuch“ der *Clausewitz-Gesellschaft*.

„Deutsche Geschichte“

Die 1990 gegründete Zeitschrift *Deutsche Geschichte* erscheint mit sechs Ausgaben pro Jahr sowie mit zusätzlichen Sonderheften im *Druffel & Vowinckel-Verlag*. Dieser gehört zur *Verlagsgesellschaft Berg*, deren Vorsitzender der wegen Volksverhetzung vorbestrafte **Gert Sudholt** ist. Im Sommer 2006 wurde das bis dahin ebenfalls von der *Verlagsgesellschaft Berg* verantwortete extrem rechte Magazin *Opposition* in diese Zeitschrift überführt; in der Folge nahmen Beiträge zu, in denen das NS-Regime apologetisch dargestellt wurde. Insgesamt liegt die Bedeutung der Zeitschrift *Deutsche Geschichte* darin, dass — so der Historiker **Elmar Vieregge** — „es sich bei ihr um eine regelmäßig erscheinende, ökonomisch tragfähige, der rechtsextremistischen Umdeutung der Geschichte dienende Publikation handelt, die sehr gute Beziehungen zur NPD hat, wichtige Interessengebiete von Mitgliedern der verschiedenen Bereiche des deutschen Rechtsextremismus bedient und zugleich wegen ihres vergleichsweise unauffälligen Erscheinungsbildes bei unbefangenen Lesern nicht unmittelbar auf Ablehnung stoßen muß“.

Die Zeitschrift bzw. der Verlag treten zudem jährlich als Veranstalter sogenannter Zeitgespräche auf, die zahlreiche Vertreter des Rechtsaußen-Spektrums versammeln, so etwa **Walter Post** mit seiner Behauptung vom Überfall auf die Sowjetunion als Präventivkrieg oder den jüngst verstorbenen **Wjatscheslaw Daschitschew**, der wiederholt in der extrem rechten *National-Zeitung* publizierte und bei Veranstaltungen der NPD auftrat. In solcher Gesellschaft sprach Millotat im Jahre 2012 zur Schlacht von Jena-Auerstedt und den Heeresreformern Scharnhorst, Gneisenau und Clausewitz. Im Jahr 2007 hatte er bereits zur



Christian E.O. Millotat referierte 2004 beim „11. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress" in Karlsruhe. Ausriss aus der Kongressdokumentation.

Bedeutung des preußischen Generalstabes in heutiger Zeit vorgetragen und mit dem Thema „Die Rüstung der europäischen Mächte 1939/40" beteiligte er sich im Juli 2009 an der Zusammenkunft. In der Zeitschrift veröffentlichte Millotat unter anderem Texte über Generalmajor **Carl von Clausewitz** (2012) sowie zur Marneschlacht im September 1914 (2014). Zu diesem Thema hatte er bereits als „Direktor Lehre" im Jahre 2000 im Rahmen der Weiterbildung der Bundeswehroffiziere publiziert. Millotats Text „Plädoyer für die neue Bundeswehr" erschien 2004 zunächst in der *Europäischen Sicherheit*, kurze Zeit später dann in der extrem rechten *Soldat im Volk*.

„Direktor Lehre" und der „Balkanfeldzug"

Damit ist die Spannbreite der von Millotat bearbeiteten Themen bereits angedeutet. Als „Direktor Bereich Lehre" an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAK) gab Millotat 1999 — finanziert vom zuständigen Ministerium — ein Buch mit dem Titel „Das preußisch-deutsche Generalstabssystem — Wurzeln, Entwicklung, Fortwirkung" heraus. Darin preist er das „herausragende Können" des Generalstabes der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und schlussfolgert: „Die Form wechselt, der Geist bleibt der alte". Angesichts öffentlicher Kritik an dieser Schrift ließ das Bundesministerium der Verteidigung zwar verlauten, das Buch werde nicht als Lehrmaterial benutzt, der Verfasser wurde jedoch in den Folgejahren mit weiteren wichtigen militärischen Funktionen betraut, so im Rahmen eines 13-monatigen Einsatzes im Kosovo. In einem 2008 erschienenen *Deutsche Geschichte*-Sonderheft erschien ein von Millotat verfasster Text mit dem Titel „Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und der ruhelose Balkan", in dem er in einem großen historischen Bogen durch das gesamte 20. Jahrhundert zum Ergebnis kommt, dass erst die „internationalen Akteure im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina" (gemeint sind wohl insbesondere die NATO und die UNO) vermocht haben, „über die Länder des früheren Jugoslawien einen Firnis abendländisch-europäischer Gesittung zu ziehen". In den Ausführungen über den Aggressionskrieg Nazi-Deutschlands gegen Jugoslawien, der ohne Kriegserklärung und mit dem für die Zivilbevölkerung verheerenden Luftangriff auf Belgrad begonnen wurde, gilt Millotats Aufmerksamkeit deutlich mehr den späteren deutschen Opfern als der jugoslawischen Bevölkerung. Dass der sogenannte Balkanfeldzug die Ermordung auch der jugoslawischen Juden erst ermöglichte, bleibt unerwähnt. Indem Millotat zudem die Verantwortung für die Verbrechen gegen Serb*innen, Juden und Jüdinnen sowie die Roma-Bevölkerung dem vom NS-Regime installierten Pavelić-Regime zuschreibt und lediglich beklagt, dass die in Jugoslawien eingesetzte Wehrmachts-Generalität dadurch „Mitschuld, zumindest aber moralische Schuld auf sich geladen" hätte, weil sie bei Hitler nicht auf dessen Beseitigung gedrängt habe, entlastet er Generäle wie **Alexander Löhr** und **Lothar Redulic**, die nach der Zerschlagung des Faschismus wegen ihrer Verantwortung für Verbrechen als Kriegsverbrecher verurteilt wurden.

In bester Gesellschaft...

Im *Verlag Druffel & Vowinckel* erschien schließlich im Jahr 2008 auch Millotats Schrift über „Eliten der Bundeswehr im Einsatz". Die extrem rechte Verlagsgemeinschaft kann sich mit dem Namen eines hochrangigen Bundeswehrgenerals schmücken, der sich in der *Deutschen Geschichte* vorrangig zu militärhistorischen und wehrwissenschaftlichen Themen äußert und dabei — wie es der Blattlinie entspricht — ein positives Bild soldatischen Preußentums und militärischer Leistungsfähigkeit der Wehrmacht zeichnet. Für die im April 2008 durchgeführte Tagung der extrem rechten *Gesellschaft für freie Publizistik* im südthüringischen Suhl war Millotat als Vortragender neben langjährigen NPD-Kadern wie **Rolf Kosiek**, **Jürgen Gansel** und **Jürgen Schwab** sowie dem Holocaustleugner Bernhard Schaub angekündigt; Millotat sprach freilich nicht.

Von Jan Raabe

Kampf, Sieg oder Opfergang

Extrem rechter Militarismus zwischen Kameradschaft, Kiosk und Altenheim

Kaum ein Bereich der extremen Rechten wird so wenig wahrgenommen wie der Militarismus, dessen Organisationen und Publikationen weder in ihrem extrem rechten Charakter, noch in ihrer Bedeutung für die extreme Rechte beachtet werden. Dabei reicht das Spektrum von elitären Organisationen, wie der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" über „Kameradenwerke" ehemaliger Wehrmacht- oder SS-Angehöriger, bis hin zu Strukturen ehemaliger Kameradschaftsaktivisten des Neonazismus.

Nach 1945 boten die militaristischen Organisationen ehemaligen Wehrmacht- und SS-Soldaten eine soziale Struktur mit konkreten Hilfeleistungen, wie beispielsweise einen Suchdienst für Vermisste, und stellten ein Netzwerk zur gegenseitigen Unterstützung dar. Heute spielen diese Aspekte keine Rolle mehr. Geblieben ist das Bestreben, das Agieren von Wehrmacht und Waffen-SS zu entpolitisieren oder zu heroisieren.

Rein militärische Leistungen

Mit der 1952 gegründeten *Gemeinschaft der Ritterkreuzträger*, die nach einer Auflösung und Neugründung 1960 in *Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger* (OdR) umbenannt wurde, schufen sich die Träger dieses Ordens eine Organisation, in der sie den Mythos der militärischen Elite auch nach dem Ende des 2. Weltkrieg weiter zelebrieren konnten. Das Ritterkreuz wurde 1939 zu Beginn des Polenfeldzugs von den Nationalsozialisten geschaffen. Über die Verleihung entschied bis zu seinem Tod **Adolf Hitler** persönlich, was dem Orden einen besonderen Nimbus verlieh. Tatsächlich war das Ritterkreuz vor allem ein Propagandamittel, mit dem einfache Landser, aber auch sehr junge Soldaten zu Helden stilisiert wurden. Auch ranghohe Funktionsträger aus SS und Wehrmacht erhielten die Auszeichnung. Sie wurden mit großem Aufwand in der Öffentlichkeit präsentiert, um ein Bild von

Draufgängertum und Opferbereitschaft für den NS zu verbreiten. Es war ein „Starkult", der um die etwa 7.000 Träger dieser höchsten „militärischen" Auszeichnungen inszeniert wurde. Bis heute ist die Bedeutung, die dem Orden zugeschrieben wird, durch seine Aufladung im NS geprägt.

Lange Zeit bestanden enge Kontakte zwischen der OdR und der Bundeswehr. Bereits bei der Gründung der deutschen Streitkräfte fanden Ritterkreuzträger auch in prominenten Stellen wieder Verwendung. Erst 1999 erging ein Kontaktverbot zur OdR, da dieser von Personen geführt werde, „die sehr nahe am Rechtsradikalismus sind, zum Teil direkt drin". Gleichzeitig gab es jedoch die Möglichkeit, bei „Trauerfeierlichkeiten für Träger des Ritterkreuzes mit Genehmigung des Bundesministers der Verteidigung ein Kleines oder Großes Ehrengeleit" zu stellen. An der Heldenverehrung konnte sich die Bundeswehr also weiter beteiligen.

Das Sterben der Ritterkreuzträger und deren mitgliedsberechtigter Verwandter 1. Grades führten ab Ende der 1990er zu einem Mitgliederschwund. So wurde inzwischen mittels einer Satzungsänderung die Mitgliedschaft von Personen ermöglicht, die als „Bekenntnis-Ritterkreuzträger" bezeichnet werden können.

Von „Alte Kameraden" zum „Kameraden"

Seit 1953 besteht mit der *Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e.V.* (ARGE) ein Dachverband, in dem sich diverse Kameradschaften ehemaliger Truppenverbände der Wehrmacht oder der SS und besondere Gruppierungen wie die OdR zusammengeschlossen haben. Darüber hinaus veröffentlichen in dem Verbandsmagazin *Kameraden* Organisationen der extremen Rechten wie das *Freundschafts- und Hilfswerk Ost* von **Klaus Hoffmann** oder die *Gedenkgemeinschaft Major Walter Nowotny*, welche die Erinnerung an einen der „erfolgreichsten" Jagdflieger des 2. Weltkriegs wach halten will. In ihrer Zeitschrift, in der sich die Wehrmacht und den Krieg verherrlichende Artikel und revisionistische Gleichsetzungen finden, betont die ARGE: „Wir bemühen uns um objektive Darstellung der jüngsten Vergangenheit, um die Abwehr ungerechtfertigter Vorwürfe gegen die Kriegsgeneration." In den letzten Jahren gibt es zwei scheinbar gegensätzliche Entwicklungen: Einerseits versucht das Magazin, weitere Personenkreise aus der Bundeswehr oder den Reservistenverbänden anzusprechen, zum Beispiel durch die 1997 erfolgte Umbenennung des Blattes von *Alte Kameraden* in *Kameraden*. Auch die Rubrik „Aus der Bundeswehr" ist Ausdruck dieser veränderten Orientierung. Andererseits hat sich der inhaltliche Fokus — verglichen mit den 1960er bis 1980er Jahren — deutlich weiter nach rechts verschoben. Die ideologische Spannbreite und Verankerung in der extremen Rechten lässt sich am Beispiel des Redakteurs Dr. **Jürgen Mohn** verdeutlichen. Mitte der 1990er Jahre war der Historiker Redakteur der *Jungen Freiheit* und für das Ressort „Zeitgeschichte" zuständig. Ende der 2000er Jahre schrieb Mohn für *Nation & Europa*, die damals wichtigste strömungsübergreifende Publikation der extremen Rechten. In einem Leserbrief an die NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* bedankte er sich für einen Beitrag über den Kriegsverbrecher **Erich Priebke**.

2010 wurde im Vorwort des *Kameraden* geklagt: „Liebe Abonnenten, wie schon mehrfach angesprochen, macht uns die Tatsache zu schaffen, dass immer mehr unserer treuen Kameraden-Abonnenten, sei es durch Tod oder Altersbeschwerden, unseren Kreis verlassen. Deshalb wurde auf der Mitgliederversammlung der ARGE am 18. Juni 2009 ins Auge gefasst, 2010 die Arbeitsgemeinschaft aufzulösen und die Herausgabe der „Kameraden" einzustellen". Dennoch erscheint die Zeitschrift bisher weiter monatlich in einem Umfang von etwa 48 Seiten. Die Auflage, die Ende der 1990er Jahre laut *blick nach rechts* noch bis zu 15.000 Exemplare umfasst haben soll, dürfte inzwischen nur noch einen Bruchteil dessen betragen. Stirbt der Militarismus in der extremen Rechten also aus?

Massenkompatibler Militarismus

Während sich Publikationen wie *Das Ritterkreuz* und *Kameraden* an die eigenen Vereinsmitglieder oder einen relative engen Abonnentenkreis richten, handelt es sich bei der *Deutschen Militärzeitschrift* (DMZ), beziehungsweise deren Ableger *DMZ Zeitgeschichte*, um eine Publikation, die in den meisten Bahnhofsbuchhandlungen und Kiosken zu bekommen ist. Schon die Titelblätter lassen eine geschichtsrevisionistische Ausrichtung erkennen. Kaum eine Ausgabe, auf der nicht Bilder von hochdekorierten Soldaten der Wehrmacht oder der SS abgedruckt sind. Selbst wenn die Titelgeschichte mal nicht die deutschen Truppen im 2. Weltkrieg behandelt, so findet sich doch immer Artikel, in denen der Kampf dieser Einheiten als Heldentaten oder als strategische Meisterleistungen dargestellt wird. Die Ideologie und Politik des NS spielt dabei entweder keine Rolle oder wird für Führungsfehler verantwortlich gemacht, welche die Niederlage der tapfer kämpfenden Truppe verursacht habe.

Gegründet wurde die DMZ 1995 von dem umtriebigen Aktivisten der extremem Rechten **Harald Thomas** aus Brühl. Das Projekt entwickelte sich schleppend. Ab 1997 trat die *Medien-Marketing-Team*

© Mark Mühlhaus/attenzione photographers

GmbH als Herausgeber, der Kölner **Wolfgang Dischert** als Redaktionsleiter auf. In der extremen Rechten bekannte Autoren wie **Wolfgang Strauss** oder **Claus Nordbruch** schrieben für das Blatt. Trotzdem fanden sich darin auch Interviews mit renommierten Personen wie dem Berliner Innensenator **Jörg Schönbohm** (CDU). 2003 ging das Unternehmen jedoch in die Insolvenz, und die DMZ wurde durch eine Tochterfirma von **Dietmar Munier** übernommen. Der Kieler Munier ist aktuell einer der bedeutendsten Verleger in der extremen Rechten und verfügt über ein ganzes Verlagsgeflecht. Dazu gehören der *Pour le Merite-Verlag*, der *Arndt-Verlag*, das monatlich erscheinende Magazin *Zuerst* und die Wochenzeitung *Der Schlesier*. Anfang 2014 verkündete Munier zusammen mit dem Herausgeber der Zeitschrift *Der Freiwillige*, **Patrick Agte**, sowie **Guido Kraus**, dem Chefredakteur der *DMZ Zeitgeschichte*, dass die beiden Zeitschriften zusammengeführt würden. Bei *Der Freiwillige* handelt es sich um das seit 1956 erscheinende Mitteilungsblatt der HIAG, der *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e.V.*.

Der Brückenschlag der Neo- zu den Altnazis

2012 erschien die Debütausgabe des Magazins *Ein Fähnlein*. Zum Selbstverständnis des Blattes heißt es: „'Ein Fähnlein' ist ein Magazin und Projekt, das Brücken bauen soll zwischen den Generationen. Es soll zur Verständigung und zum Verständnis der jungen Deutschen der 30er und 40er Jahre des 20. Jahrhunderts und den jungen Deutschen des 21. Jahrhunderts beitragen." Dass es sich bei dem Blatt nicht um ein Traditionsblatt handelt, wird auch an den beiden Herausgebern, **Henrik Ostendorf** aus Bremen und **Andreas Biere** aus Magdeburg, deutlich. Beide stammen aus dem militanten Neonazismus und sind seit den 1990er Jahren in der Kameradschaftsszene, teils auch in der NPD aktiv. Was sie mit der Herausgabe des Magazins bewirken wollen, formulieren sie in der Einleitung der ersten Ausgabe: „Wir [wollen] nicht nur über die Vergangenheit, sondern auch über unsere Gegenwart berichten. Wertvolle Traditionen und Tugenden wollen wir bewahren und in die Zukunft führen. [...] Wir sind nicht nur Schreibtischtäter, sondern lassen den Worten auch Taten folgen." So finden sich in den in der Regel zwei Ausgaben pro Jahr auch nicht nur (Helden)-Geschichten über Soldaten des 2. Weltkrieges, sondern auch Berichte über neonazistische Gedenkaufmärsche, Veteranen-Treffen diverser Traditionsverbände oder auch über Solidaritäts-Aktionen für Kriegsverbrecher, wie den damals noch lebenden Erich Priebke. Nicht nur über Zeitschriften sollen den jungen Nazis die „Heldentaten" der „Erlebnisgeneration" vermittelt werden. Die zahlreichen „Biographien" ehemaliger Wehrmacht- und SS- Soldaten erscheinen inzwischen nicht mehr in den einschlägigen Verlagen der Soldatenverbände, sondern in denen von Neonazis. Sei es im *ZeitReise-Verlag* von **Marc Meier zu Hartum** aus Bochum oder im *Nordland-Verlag* von **Thorsten Heise**. So etwa das Buch „Von der 8,8 cm-Flak zur SS-Division 'Nordland' — Im Endkampf um Berlin" des Bielefelder **Klaus Grotjahn.** Regelmäßig ist der ehemalige Hitlerjunge und SS-Mann als Referent unterwegs. Im April 2015 war er zu einer gemeinsamen Veranstaltung der NPD Unna/Hamm und *Die Rechte* in Hamm eingeladen. Für den 6. Februar 2016 war er als Referent für eine Veranstaltung in Budapest angekündigt, die unter anderem von *Jobbik*, der *Ungarischen Garde* und *Combat 18 Ungarn* organisiert wurde.

Hauptsache soldatisch

Waren bis in die 1980er Jahre die Traditionsverbände der Wehrmacht und der Waffen-SS große und gesellschaftlich anerkannte Akteure, welche die Geschichtsbilder beeinflussen und Forderungen nach Rentenzahlungen durchsetzen konnten, so sind sie heute kaum noch von Bedeutung. Allerdings finden sich in diesen Organisationen verstärkt jüngere Akteure der extremen Rechten zusammen. Während die einen versuchen, die Verbindung von Militär und Politik zu negieren, ist es für andere ein Mittel, um an die Werte und die Politik des Nationalsozialismus offensiv anzuknüpfen. So unterschiedlich die Publikationen dieses Spektrums auch sind, so ist in allen eine starke „Heldenverehrung" festzustellen, bei der die Kriegsverbrechen und der Vernichtungskrieg ausgeblendet oder relativiert werden.

© NS-DOK

Skulptur in der „Windhund"-Anlage in Vossenack, 2012.

Von Günter Born

Zwischen Heldentum und Opfergang

Das martialische Geschichtsbild der extremen Rechten und seine Inszenierungsorte

Vor dem Kriegerdenkmal an der Somborner Straße im Dortmunder Stadtbezirk Lütgendortmund brannten drei Fackeln. Zudem hatten AktivistInnen der Partei „Die Rechte" auf dem Sockel des Denkmals, das die steinerne Figur eines sitzenden, mit Stahlhelm ausstaffierten Soldaten zeigt, eine schwarz-weiß-rote Fahne drapiert. Auf diese Weise wollten die Dortmunder KameradInnen anlässlich des 8. Mai 2016 einen „kleine[n] Beitrag zu einem positiven Heimatbewusstsein" leisten. Wie schon in der Vergangenheit nutzten die AnhängerInnen von der „Die Rechte" den Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches, um ihre spezifische Sichtweise auf die Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs zu verbreiten.

Die Dortmunder Neonazis waren nicht die einzigen, die den 8. Mai für ihre Propaganda zu nutzen versuchten. Im ostwestfälischen Oerlinghausen legten AktivistInnen der militanten extrem rechten Kleinstpartei *Der III. Weg* Blumen am 1930 für die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkriegs errichteten „Ehrenmal" auf dem Tönsberg nieder. Doch nicht nur am Jahrestag des Kriegsendes avancieren Kriegerdenkmäler oder Soldatenfriedhöfe zu Schauplätzen extrem rechter Selbstinszenierung. Auch der regelmäßig im November begangene „Volkstrauertag" dient den extrem rechten ProtagonistInnen zur Verbreitung ihrer revisionistischen, völkischen und nicht selten NS-apologetischen Geschichtsbilder.

Kriegerdenkmäler als geschichtspolitische Kristallisationspunkte

Kennzeichnend für die meist als „Heldengedenken" deklarierten Veranstaltungen ist ein durchgängig martialischer Gestus, der in der auf Flugblättern

und in Ansprachen verbreiteten kriegerischen Rhetorik ebenso zum Ausdruck kommt wie in den — häufig oftmals unfreiwillig komisch anmutenden — Bemühungen militärische Rituale und Inszenierungspraktiken zu adaptieren. Dabei dienen „Ehrenmale" und Kriegerdenkmäler, besonders wenn sie vor 1945 errichtet wurden, als Kristallisationspunkte. So nutzte beispielsweise **Klaus Cremer**, Vorsitzender der nordrhein-westfälischen NPD im November 2013 das im Jahr 1933/34 errichtete „Ehrenmal" im Bochumer Stadtteil Wattenscheid als Kulisse für eine Kundgebung anlässlich des „Volkstrauertages", um darüber zu lamentieren, dass in der Bundesrepublik nicht mehr „dem Helden, der selbstlos seine Pflicht erfüllt" habe, gedacht werde, sondern jenen, die „den treuen Soldaten an der Front in den Rücken gefallen" seien.

Das martialische Geschichtsbild und seine Facetten

Der affirmative, heroisierende Bezug auf Krieg und Soldatentum als Ausdruck eines naturgesetzlich überhistorischen fortwährenden nationalen „Daseinskampfes" bildet ein zentrales Narrativ extrem rechter Vergangenheitsdeutung, welches als martialisches Geschichtsbild bezeichnet werden kann. Dieses manifestiert sich an konkreten Orten, etwa an Kriegerdenkmälern, ebenso wie in immateriellen Mythen, Parolen, Liedern und Symbolen. Das martialische Geschichtsbild der extremen Rechten weist vier Kernbestandteile auf:

Erstens ist es nationalistisch, da in deren Sichtweise die ständigen Konfrontationen zwischen den Nationen das Weltgeschehen prägen. Diesen Konflikten wird jeweils existentielle Bedeutung zugeschrieben. Sie folgen einer dichotomen Dramaturgie, die nur ‚Sieg' oder ‚Untergang' kennt. In dem Traktat der Dortmunder *Die Rechte* zum „Heldengedenken" im November 2014 heißt es beispielsweise: „Heute gilt es, Deutschland gegen seine inneren und äußeren Feinde am Leben zu erhalten. [...] So wie mehrmals in den vergangenen Jahrhunderten, stehen wir wieder an einem Wendepunkt der Geschichte."

Zweitens wird diese „Geschichte" vorwiegend als Leidens- und Verlustgeschichte erzählt. Dieser selbstviktimisierende Deutungsrahmen findet seinen Ausdruck nicht nur in den Versuchen, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren und die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs ins Zentrum geschichtspolitischer Agitation zu rücken — wie etwa anlässlich der „Trauermärsche" in Remagen (LOTTA #54, S. 34 f.) oder Bad Nenndorf (LOTTA #44, S. 33 f.), sondern auch in der Interpretation als fortwährende nationale Leidensgeschichte. In diesem Sinne ist in zahlreichen Traktaten der extremen Rechten im Hinblick auf den 8. Mai 1945 von einem „vermeintlichen Kriegsende" sowie einer „vermeintlichen Befreiung" die Rede, die, wie in einem Artikel des *DortmundEcho* vom Mai 2015 behauptet wird, „bis heute als Besetzung unseres Landes stattfindet".

Drittens enthält diese selbstviktimisierende Aufladung gleichzeitig die Hinwendung zum Heroischen. Opfergang und Heldentum sind eng miteinander verknüpft. Zum einen dient dies wesentlich zur Selbststilisierung der extrem rechten AkteurInnen. Angesichts des von ihnen beklagten gesellschaftlichen und kulturellen Niedergangs sowie der angeblichen ständigen Bedrohung durch äußere und innere Feinde, inszenieren sie sich als ‚völkische Elite', die entschlossen zu ihren nationalistischen Überzeugungen steht. Zum anderen verdeutlicht der zentrale Stellenwert, den Opfergang und Heldentum im martialischen Geschichtsbild einnehmen, dass das Politikverständnis der extremen Rechten weniger durch theoretisch-philosophische Positionen als vielmehr durch eine kriegerische Ästhetik und einen „kampfbetonten Politikstil" (Rainer Erb) gekennzeichnet sind. Die Begriffe ‚Opfer', ‚Heldentum' und ‚Kampf' avancieren in dieser Wahrnehmung zu Werten an sich.

Viertens ist das martialische Geschichtsbild übergenerationell. Es verpflichtet die Lebenden, nicht zuletzt die AktivistInnen der extremen Rechten selbst, im angenommenen Sinne der vorherigen Generationen zu handeln, um das von innen und außen bedrohte ‚Volkstum' zu erhalten. In einem Bericht der Partei *Der III. Weg* über ein „Heldengedenken im Hermannsland" im November 2014 heißt es beispielsweise: „Die Helden, die einst mit dem Deutschlandlied auf den Lippen in den Tod stürmten, sollen nicht umsonst gestorben sein — sie verpflichten in ihrem Andenken zur Tat." Im Rahmen von „Heldengedenken" und „Trauermärschen" wird der übergenerationelle Brückenschlag aber auch durch die ritualhafte Anrufung gefallener Freikorpsaktivisten, Wehrmachtssoldaten oder Angehöriger der Waffen-SS vollzogen, indem die VersammlungsteilnehmerInnen, die sich auf diese Weise gleichsam als deren Reinkarnationen inszenieren, stellvertretend mit dem Ausruf „Hier!" antworten.

Erinnerungskulturelle „Volksgemeinschaft"?

Das Geschichtsbild der extremen Rechten, deren Argumentationsmuster und Gestaltungsriten, die vielfach unmittelbar an die im Nationalsozialismus praktizierten „Heldengedenken" anknüpfen, können in ihrer Gesamtheit gesellschaftlich und politisch in der offiziellen Erinnerungskultur der Berliner Republik als nahezu vollständig marginalisiert gelten. Das martialische Geschichtsbild wirkt vielmehr identitätsstiftend nach

innen. Dennoch erweisen sich einzelne Facetten extrem rechter Vergangenheitsdeutung als anschlussfähig an den hegemonialen erinnerungskulturellen Diskurs der Bundesrepublik.
Diese Feststellung gilt vor allem im Hinblick auf die selbstviktimisierenden Interpretationen des Zweiten Weltkriegs. In der inhaltlichen Ausgestaltung des Volkstrauertags seit den 50er Jahren, die nicht zuletzt vom *Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge* maßgeblich beeinflusst wurde, mutierten die gefallenen Soldaten von „Helden" zu „Opfern". Unter dem konturlosen, indifferenten und das individuelle Leid hervorhebenden Opferbegriff konnte sowohl den im Nationalsozialismus Verfolgten und Ermordeten als auch den im Krieg getöteten Wehrmachtsangehörigen gedacht werden. Die vollkommen unterschiedlichen historischen Kausalitäten erfuhren dabei eine grundlegende Nivellierung.
Die Historikerin **Alexandra Kaiser** hat diese Form des Gedenkens als „Ausdruck des Fortbestehens der Volksgemeinschaft" interpretiert. So sei die Wahrnehmung der Deutschen nach 1945 vom „gemeinsam erlebten Schicksal dominiert" gewesen. Durch das gemeinsame Totengedenken im Rahmen des Volkstrauertags habe sich die „Volksgemeinschaft" zumindest in erinnerungskultureller Perspektive „weiter aufrecht erhalten, immer wieder neu konstruiert und bestärkt."
Gleichwohl gab es im Laufe der Jahrzehnte Umbrüche und Zäsuren. Die Geschichtswerkstättenbewegung seit den 1980er Jahren, deren AktivistInnen eine alternative, die „vergessenen Opfer" des NS-Regimes in den Vordergrund rückende Erinnerungskultur zu etablieren versuchte, trugen dazu ebenso bei wie die Impulse, die von den ‚Wehrmachtsausstellungen' des *Hamburger Instituts für Sozialforschung* (1995-2004) ausgingen. Die Erkenntnis, dass die Wehrmacht maßgeblichen Anteil an der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik hatten, ließ die anlässlich des Volkstrauertages regelmäßig reproduzierten nivellierenden und selbstviktimisierenden Deutungsmuster zunehmend fragwürdig erscheinen. Die extreme Rechte inszenierte sich im Kontext dieser Entwicklung als fundamentaloppositionelle geschichtspolitische ‚Gegenelite'. „Deutsche Soldaten — Heldentaten" oder „Opa war in Ordnung" lauteten die Parolen, die deren ungebrochen martialisches Geschichtsbild etwa bei zahlreichen Aufmärschen gegen die ‚Wehrmachtsausstellung' auf den Punkt brachten.

„Nur Opfer und keine Täter" — Das Beispiel Hürtgenwald

Doch trotz dieser Diskursverschiebungen, erwiesen sich zumal lokale und regionale Erinnerungskulturen mit ihren über Jahrzehnte hinweg transportierten, immer wieder reproduzierten entschuldenden und verklärenden Mythen als erstaunlich resistent — und anschlussfähig für extrem rechte Geschichtsinterpretationen. Als ein Beispiel hierfür kann die erinnerungskulturelle Landschaft im in der Nordeifel gelegenen Hürtgenwald gelten. In der Region zwischen Köln und Aachen kam es zwischen September 1944 und Februar 1945 zu heftigen Kämpfen zwischen der Wehrmacht und der US-Armee, bei denen insgesamt mindestens 19.000 Soldaten getötet und mehrere Ortschaften weitgehend zerstört wurden.
Seit dem Ende der 1940er Jahre entstanden in den Gemeinden Hürtgen und Vossenack auf Initiative des *Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge* Soldatenfriedhöfe. Besonders die Grabstätte in Vossenack entwickelte sich in der Folgezeit zum Ausgangspunkt eines fragwürdigen, bis in die jüngste Gegenwart praktizierten „Heldengedenkens". Die maßgebliche Initiative ging von ehemaligen Angehörigen der 116. Panzer-Division aus, die außer auf Kriegsschauplätzen in Ost- und Südosteuropa auch im Hürtgenwald zum Einsatz gekommen war und den ‚Kampfnamen' „Windhund-Division" führte. In der Nachkriegszeit formierte sich gewissermaßen als Interessengruppe der *Familienverband der ehemaligen Angehörigen der Windhund-Division (116. Panzer-Division) e.V.*. Seit 1951 organisierten die vormaligen „Windhunde" Gedenkveranstaltungen in Vossenack, deren inhaltliche Botschaften — dem Zeitgeist entsprechend — um die ‚Ehre' des deutschen Soldatentums kreisten und die dazu beitragen sollten, das Bild einer unpolitischen und somit ‚sauberen Wehrmacht' zu zeichnen. Als schließlich im Jahr 1955 die sterblichen Überreste von Generalfeldmarschall **Walter Model**, ehemals Oberkommandierender der Heeresgruppe B und bis zu seinem Tod im April 1945 loyaler Gefolgsmann **Adolf Hitlers**, auf dem Friedhof bestattet wurden, gewann die Region als Kristallisationspunkt verklärender erinnerungskultureller Vergemeinschaftung weiter an Bedeutung.
In den folgenden Jahren setzte der „Familienverband" eine Reihe weiterer Erinnerungszeichen. Für die Kirche St. Peter in Vossenack stiftete der Verein ein Fenster mit dem Emblem der „Windhunde". Auf mehrere Bronzetafeln avancieren die Gefallenen der Schlacht, deren Zahl mit 68.000 um ein vielfaches zu hoch angegeben wird, zu Opfern eines christlichen Märtyrer-Todes. In unmittelbarer Nähe zum Soldatenfriedhof entstand 1966 eine eigene Gedächtnisstätte des Familienverbandes. An deren Eingang ist in Stein gemeißelt die ebenso sakralisierende wie nivellierende Botschaft zu lesen: „Tritt ein mit Ehrfurcht vor dem Opfertod der Soldaten aller Nationen, die im Hürtgenwald starben." Im Jahr 2001 weihten Bürgermeis-

© NS-DOK

Am Volkstrauertag 2014 an der Kriegsgräberstätte Vossenack niedergelegte Kränze.

© Antifa Düren

Johann Thießen und Bernhard Schaub besuchen das Hürtgenwald-Museum und das „Windhund"-Mahnmal.

© Antifa Düren

Ordner einer Demonstration der NPD in Düren-Merken.

ter und Landrat schließlich das vom *Geschichtsverein Hürtgenwald* betriebene Museum Hürtgenwald ein, das sich seitdem als Anziehungspunkt vor allem der Militaria-Fans entwickelt hat.
Hinweise auf den von der Wehrmacht geführten Vernichtungskrieg sowie deren Einbindung in die Shoah sucht man indessen an diesen Erinnerungsorten vergeblich. „Es gibt nur Opfer, keine Täter", resümiert der Historiker **Frank Möller**. Seit den 2000er Jahren lauter werdende Stimmen, die einen kritischen und wissenschaftlich fundierten Umgang mit der Realgeschichte des Hürtgenwalds während des Zweiten Weltkriegs ebenso forderten wie mit den erinnerungskulturellen Deutungsmustern nach 1945, fanden in der Region bei verantwortlichen PolitikerInnen und beim im Jahr 2000 gegründeten *Förderverein Windhunde mahnen zum Frieden*, der an die Stelle des mittlerweile aufgelösten „Familienverbandes" getreten ist, bislang allenfalls schleppende Resonanz. Insofern verwundert es nicht, wie die Historikerin **Karola Fings** konstatiert, dass im Hürtgenwald über Jahre hinweg ein „Faszinations- und Aufmarschraum auch für zahlreiche rechtsextreme Gruppierungen" entstehen konnte. Neben der NPD veranstaltete etwa im März 2008 die seit August 2012 verbotene *Kameradschaft Aachener Land* ein „Heldengedenken" auf dem Friedhof in Vossenack. Noch im Jahr 2014 legte die *Kriegsgräberstiftung Wenn alle Brüder schweigen*, eine Nachfolgeorganisation der *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS* (HIAG) einen Kranz anlässlich des Volkstrauertags in Vossenack nieder. Im Oktober 2012 besuchte der Schweizer Holocaust-Leugner und Gründer der extrem rechten *Europäischen Aktion* **Bernhard Schaub** das Hürtgenwald-Museum und die Windhund-Gedächtnisstätte. Ob der Hürtgenwald als Anziehungspunkt für die extreme Rechte im Zuge der sich allmählich auch in der Region vollziehenden Wandlungsprozesse hin zu einer kritischeren Erinnerungskultur an Attraktivität verlieren wird, muss an dieser Stelle offen bleiben. Das martialische Geschichtsbild der extremen Rechten wird sich indessen nicht verändern.

Re-Heroisierung des Gedenkens?

Keineswegs scheint es zudem ausgeschlossen, dass das martialische Geschichtsbild wieder Eingang in die erinnerungskulturellen Inszenierungen der Berliner Republik findet. Im Zuge verstärkter Auslands- und Kriegseinsätze der Bundeswehr seit den 2000er Jahren gewann auch die öffentliche und offizielle Wertschätzung vermeintlicher militärischer Tugenden, Rituale und Ehrbezeugungen an Bedeutung. Als Beispiele hierfür lassen sich das im September 2009 eingeweihte *Ehrenmal der Bundeswehr* auf dem Gelände des Bundesverteidigungsministeriums im Berliner *Bendler Block* ebenso nennen, wie das im Jahr zuvor vom Bundespräsidenten gestiftete *Ehrenkreuz für Tapferkeit*. Seit 2001 nimmt an den Feierstunden anlässlich des Volkstrauertags im Deutschen Bundestag regelmäßig das Musikkorps der Bundeswehr teil, wo nunmehr wieder, anders als in den vergangenen Jahrzehnten, das „Lied vom guten Kameraden" durch einen Trompeter intoniert wird, was den Veranstaltungen einen erkennbar militärischeren Charakter verleiht. Alexandra Kaiser konstatiert in diesem Zusammenhang eine Re-Heroisierung des Gedenkens. Ob und in welchem Maße die extreme Rechte von einer solchen Entwicklung profitieren kann, muss hier vorerst offen bleiben — schaden wird es ihr jedenfalls nicht.

© Robert Rutkowski

Rede an das versammelte „Volk". PEGIDA NRW am 9. Mai 2016 vor dem Duisburger Hauptbahnhof.

Von Jürgen Peters und Robin Dullinge

Und montags grüßt das Murmeltier...

Ein Überblick über 19 Monate PEGIDA NRW

PEGIDA NRW mache nach 64 montäglichen Auftritten in Duisburg eine zweiwöchige „Sommerpause", hieß es am 24. Juni 2016 auf der offiziellen Facebook-Seite des nordrhein-westfälischen PEGIDA-Ablegers: „Danach melden wir uns mit einem „Kracher" zurück. [...] Linke Spinner [...] brauchen noch nicht zu jubeln". Angesichts der zuvor mehrfach ausgefallenen „Spaziergänge" — die demonstrativen Aktionen vor dem Duisburger Hauptbahnhof wurden auf Kundgebungen reduziert — und der bis auf unter 40 gesunkenen Teilnehmer_innenzahlen scheinen jedoch auch die treuesten unter den PEGIDA-Gänger_innen nicht wirklich zu wissen, wie es denn weitergehen könnte.

Die Anfänge

Nachdem die *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* in Dresden seit Oktober 2014 auf Erfolgskurs waren und zuvor nicht für möglich gehaltene Teilnehmer_innenzahlen erreichen konnten, war es eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis sich auch in NRW Nachahmer_innen finden würden. Mitte November 2014 startete ein Kreis um die Düsseldorfer **Alexander Heumann** und **Angela Heumann** — beide gehörten zu diesem Zeitpunkt der AfD und in führender Funktion deren Rechtsausleger *Patriotische Plattform* in NRW an — mit den Vorbereitungen einer „überparteilichen" PEGIDA-Demo in der Landeshauptstadt Düsseldorf. Diese fand am 8. Dezember 2014 vor dem Landtag statt, es nahmen um die 500 Personen teil. Schon in der Vorbereitung zeigte sich das Dilemma, mit dem die PEGIDA-Bewegung (nicht nur) in NRW von Anfang an konfrontiert war. Auf der einen Seite waren Heumann und Co. um Seriosität und Abgrenzung von offenkundig extrem rechten Organisationen bemüht, nicht zuletzt, um möglichst viele Menschen auf die Straße zu bringen. Auf der anderen Seite fühlten sich entsprechende Akteur_innen bei den Themen „Islamisierung", „Asyl" und „Migration"

natürlich besonders angesprochen — wähnten sie doch den lange ersehnten „Volksaufstand" in greifbarer Nähe und wollten diesen mitgestalten oder zumindest aus nächster Nähe begleiten. Folgerichtig präsentierten sich beim „Abendspaziergang" in Landtagsnähe neben „besorgten Bürgern" sämtliche Rechtsaußenspektren aus NRW inklusive der NPD, rechten Hooligans und der militanten Neonazi-Szene aus den Reihen der Partei *Die Rechte* und den „Freien Kräften". Schnell wurde klar, dass die extreme Rechte in Gestalt der Partei *pro NRW* bereits Einfluss im „Orgateam" der Demonstration hatte, unter anderem deren damaliger Generalsekretär **Tony Xaver Fiedler** und die gerade eben erst in den *pro NRW*-Parteivorstand nachgewählte **Melanie Dittmer** aus dem Rhein-Sieg-Kreis waren dort vertreten. Schließlich zogen sich die Heumanns um die Jahreswende 2014/2015 herum zurück. Ihr Versuch, offenkundig extrem rechte Akteur_innen aus dem „Orgateam" und den Redner_innenlisten herauszuhalten, war gescheitert, für alles Weitere wollten sie nicht verantwortlich gemacht werden. Noch im Dezember 2014 folgten der Düsseldorfer Aktion zwei von Dittmer organisierte BOGIDA-Demonstrationen in Bonn (200 beziehungsweise 300 Teilnehmer_innen). Am 5. Januar 2015 ging es dann in Köln mit einer — aufgrund von Gegenprotesten von der Polizei auf eine Kundgebung beschränkte — KÖGIDA-Demonstration mit etwa 250 Teilnehmer_innen weiter.

Phase II

Im Zuge dieser ersten KÖGIDA-Demonstration gab es einen heftigen Streit im „Orgateam", der zu einer Spaltung führte: Auf der einen Seite — dem vermeintlich gemäßigten Flügel — standen **Sebastian Nobile** aus dem Kreis Euskirchen, **Marco Carta-Probach** aus dem Kreis Unna, **Marian Oliver Rittner** aus Mönchengladbach, **Ferdinand Gerlach** aus dem Kreis Recklinghausen und zumindest temporär auch der AfDler **Stefan Keuter** aus Essen, auf der anderen Seite Melanie Dittmer und einige weitere *pro NRW*-Parteigänger_innen. Hauptvorwürfe waren eine Instrumentalisierung von PEGIDA NRW durch *pro NRW* sowie das eigenmächtige Gebaren von Dittmer, die immer stärker auch als neonazistische Aktivistin in die Medienberichterstattung geriet, also dem vermeintlich „guten Ruf" der PEGIDA-Bewegung schadete. Beide Seiten beanspruchten, PEGIDA NRW zu sein, die bundesweite PEGIDA-Struktur aber akzeptierte alleine den Nobile/Carta-Probach-Flügel als offiziellen Ableger.
Der Dittmer-Flügel führte im Januar 2015 noch zwei KÖGIDA-Demos mit 150 beziehungsweise 200 Teilnehmer_innen durch, gab Köln jedoch bald auf und konzentrierte sich auf unter dem Label DÜGIDA ab dem 12. Januar 2015 stattfindende wöchentliche Montagsdemonstrationen in Düsseldorf. Diese endeten in ihrer ersten Phase nach 14 Auftritten Ende April, nachdem die Teilnehmer_innenzahlen von 250 in den mittleren zweistelligen Bereich gesunken waren. Regelmäßig präsent waren die NPD, rechte Hools aus dem HoGeSa-Spektrum und *pro NRW*, temporär auch *Die Rechte*, die dann jedoch eigene Montagsveranstaltungen in Dortmund vorzog. PEGIDA NRW hingegen entschied sich mit etwas Verzögerung für wöchentliche Montagsdemonstrationen in Duisburg, die am 19. Januar 2015 mit etwa 400 Personen starteten, aber bis März 2015 kontinuierlich bis in den zweistelligen Bereich abrutschten. Zudem gab es personelle Probleme. Sebastian Nobile zog sich bereits Ende Januar 2015 aus dem „Orgateam" zurück, offenbar fehlte es ihm an umsetzbaren Perspektiven. Der ehemalige Rocker und vor PEGIDA politisch nicht in Erscheinung getretene Carta-Probach, der von Szenegänger_innen nicht zu Unrecht als „politisch wirr" beschrieben wurde, wusste zwar eine Zeit lang durch Kontinuität zu glänzen — neben den wöchentlichen Duisburg-Auftritten organisierte er auch eine Minikundgebung am 25. Februar 2015 vor dem Landtag und eine aufgrund von Ausschreitungen durch rechte Hooligans von der Polizei abgebrochene, etwa 800-köpfige PEGIDA-Demonstration gegen eine salafistische Kundgebung am 14. März 2015 in Wuppertal –, letztendlich zog er sich aber im April 2015 zurück. An „seiner" letzten PEGIDA-Demo in Duisburg nahmen am 30. März 2015 gerade einmal um die 80 Personen teil. Schlüssige Begründungen für den Rückzug sind nicht bekannt. Der bekennende HoGeSa-Fan hatte verkündet, dass er die fortschreitende Rechtsentwicklung von PEGIDA nicht mittragen wolle. Mit Carta-Probach verschwand auch der Rest des „Orgateams" aus den PEGIDA-Strukturen.

Die noch aktuelle Phase III

Die nach vierwöchiger Pause der Carta-Probach-„Ära" folgende „Crew" um **Michael Diendorf** aus dem Kreis Heinsberg sowie **Alexander Hoven** und **Tilo Reinhold** aus dem westlichen Ruhrgebiet — ausnahmslos zuvor nicht politisch aufgefallen — legte großen Wert darauf, solange wie möglich anonym zu bleiben. Zudem sollte zu eindeutig extrem rechten Organisationen, insbesondere Parteien, Abstand gehalten werden, um PEGIDA NRW wieder attraktiver für „Normalbürger" werden zu lassen. Gestartet wurde am 27. April 2015 mit gerade einmal 40 Personen. In den Monaten danach waren es durchschnittlich etwa 60 bis 70, erst im August 2015 kletterten die Zahlen vor dem Hintergrund der „Flüchtlingsdebatte" in den dreistelligen Bereich. Noch einmal befeuert durch das islamistische Attentat am 13. November 2015 in Paris lagen die Zahlen

Ende 2015 bei etwa 300 Personen, die höchste Zahl konnte am 16. November 2015 mit etwa 400 erreicht werden. Unter den Teilnehmer_innen befanden sich im vierten Quartal 2015 eine immer größer werdende Zahl rechter Hooligans, teilweise um die 100, aus deren Reihen mehrfach Angriffe auf Gegendemonstrant_innen erfolgten. Auch die zuvor auf den Demonstrationen explizit unerwünschte *Die Rechte* — insbesondere aus Dortmund, Hamm und Wuppertal — begann sich aufgrund der steigenden Teilnehmer_innenzahlen und der Mitwirkung von HoGeSa wieder für die Demos zu interessieren und zeigte Präsenz. Und selbst Melanie Dittmer, die mit Unterstützung aus der NPD zwischenzeitlich nach fast fünfmonatiger Pause eine zweite, diesmal Mal siebenteilige DÜGIDA-Demo-Staffel vom 18. September bis zum 20. November 2015 in Düsseldorf hingelegt hatte — zu Beginn mit 140, seit Oktober aber nur noch mit durchschnittlich 45 Teilnehmer_innen –, nahm hin und wieder mit „ihrer" *Identitären Aktion* in Duisburg teil. Überhaupt hatte die PEGIDA-NRW-„Crew" zwischenzeitlich nahezu alle Hemmungen gegenüber der extremen Rechten abgelegt. Ab September 2015 zählte über viele Monate auch der damalige stellvertretende *pro NRW*-Parteivorsitzende **Dominik Roeseler** aus Mönchengladbach zu den regelmäßigen Rednern vor dem Duisburger Hauptbahnhof. Am 14. Dezember 2015 durfte eine Dreiergruppe um die Duisburger NPD-Ratsfrau **Melanie Händelkes** von der Bühne aus — Arm in Arm mit Alexander Hoven — „volkstümliche" Weihnachtslieder anstimmen und die „lieben Freunde des Vaterlandes" zum Mitsingen animieren. Seit Anfang 2016 zählt der Duisburger Stadtratsabgeordnete **Egon Rohmann**, zunächst für *pro NRW*, anschließend und bis heute für die Ratsgruppe NPD/*Bürger für Duisburg* unterwegs, zu den Rednern, ebenso wie Personen aus dem Spektrum der „Reichsbürger". Auch die ehemalige NPD-Funktionärin **Sigrid Schüßler** konnte sich bereits am Duisburger PEGIDA-Mikro austoben.

Noch zuvor, am 13. Dezember 2015, hatte PEGIDA NRW eine etwa 130-köpfige Kundgebung in Aachen durchgeführt, gemeinsam mit PEGIDA Nederland, PEGIDA Vlaanderen und PEGIDA Wallonie beziehungsweise PEGIDA Lüttich. Ab Ende Januar 2016 würden regelmäßig derartige Aktionen in Aachen folgen, so war es aus den Reihen von PEGIDA NRW zu hören. Diese blieben jedoch aus.

Im Januar 2016 kletterten die Teilnehmer_innenzahlen in Duisburg vor dem Hintergrund der Debatten um die Silvesternacht in Köln bis auf 450 (18. Januar), um anschließend wieder stetig bis auf unter 40 am 20. Juni 2016 zu sinken. Zahlenmäßiges Highlight für PEGIDA NRW war der etwa 1.500-köpfige Aufmarsch („PEGIDA schützt") am 9. Januar 2016 in Köln, der von der Polizei nach Flaschen- und Böllerwürfen aus der Demonstration heraus sowie aufgrund des extrem aggressiven Auftretens des vorderen Blocks vorzeitig beendet wurde. Spätestens bei diesem Aufmarsch hatte die PEGIDA-NRW-Orga-„Crew" bewiesen, dass sie bereit war, Bündnisse bis in die militante Neonazi-Szene hinein zu schließen.

Das „Orgateam"

Zum festen Kern des „Orgateams" zählt Alexander Hoven, der bisher bei den meisten Aktionen als Versammlungsleiter und Moderator fungierte, sich aber kürzlich aus „beruflichen Gründen" einstweilen von den montäglichen Aktionen zurückzog. Seinen Part übernahm Tilo Reinhold, seit langer Zeit für die Ordner_innen-Struktur und die Koordination des „Spaziergangs" zuständig. Im Gegensatz zu Hoven steuert er in Duisburg auch eigene Redebeiträge bei und gibt offizielle Erklärungen für PEGIDA NRW ab, ebenso wie Michael Diendorf, IT-Unternehmer aus dem Kreis Heinsberg, Kopf von PEGIDA NRW und erklärter Publikumsliebling. Seine Diendorfs Ankündigung vom 4. April 2016, dass er aufgrund von nicht näher definierten Parteiambitionen nicht mehr für PEGIDA tätig sein könne, hat er bis heute nicht umgesetzt. Um Diendorf und Reinhold gruppieren sich weitere „Orgateam"-Mitglieder, die allerdings nur am Rande in Erscheinung treten und deren Einflussnahme nur schwer einzuschätzen ist. In diesem Kreis ist insbesondere in letzter Zeit eine starke personelle Fluktuation festzustellen.

Streitigkeiten und Abspaltungen

Anfang April 2016 gab es heftige Differenzen innerhalb der PEGIDA-NRW-Führung über die weitere politische Ausrichtung. Von Teilen des „Orgateams" befürchtet wurde offenbar zum einen eine Vereinnahmung durch die NPD, zum anderen eine Schädigung des nach wie vor gewünschten bürgernahen Anstrichs durch marodierende und allzu martialisch auftretende Hooligan- und Neonazi-Horden. Diese werden zwar hofiert und sind erwünscht, sind jedoch nicht immer bereit, sich unterzuordnen und überspannen mitunter den Bogen: Am 7. April 2016 versuchte sich PEGIDA NRW im Internet „von jeglicher ausländerfeindlichen Polemik" zu distanzieren, da es einige NPD-nahe Neonazis mal wieder mit ihren „Ausländer raus"-Parolen und ihrem Auftreten übertrieben hatten. Beim 55. „Spaziergang" am 11. April 2016 mündete dies darin, dass aus dem Kreis der NPD NRW — unterstützt von parteilosen Neonazis und rechten Hools — ein eigener Demoblock gebildet wurde, der sich mit einem eigenen Transparent („Ausländer Stopp NRW")

© Robert Rutkowski

Dominik Roeseler (damals noch "pro NRW") und der PEGIDA-NRW-Vorturner Michael Diendorf am 8. November 2015 in Linnich.

von der Hauptdemo absonderte. Mit den Worten „Nach unkameradschaftlichem Verhalten der Veranstalter gegen eigene Leute erstmal ohne uns" kündigte die NPD Duisburg anschließend an, vorerst nicht mehr an PEGIDA-Demonstrationen teilnehmen zu wollen. Zwischenzeitlich ist sie — offenbar aufgrund eigener Handlungsunfähigkeit, aber auch weil sich PEGIDA NRW den Wegfall der NPD-Anhänger_innen auf ihren Minidemonstrationen nicht leisten kann — wieder dabei. Einige bis dahin bei PEGIDA NRW exponierte Personen aber fehlen bis heute. Auch diverse Duisburger Neonazis, wie beispielsweise der Hooligan **Detlev Michalek** vom *Nationalen Widerstand Duisburg* (NWDU), der regionale *Gemeinsam Stark Deutschland e.V.*-Ableger und damit auch *Duisburg macht sich grade für Deutschland* beteiligten sich fortan nicht mehr an den Demonstrationen — ebensowenig wie Aktivist_innen der *Die Rechte*.

Mitte April 2016 war das „Orgateam" von PEGIDA NRW bereits geschrumpft. **Holm Teichert**, 2014 als *pro NRW*-Vertreter in die Bezirksvertretung Essen-Innenstadt gewählt und später aus der Partei ausgetreten, hatte sich im Streit verabschiedet, beide Parteien geizten nicht mit Spaltungsvorwürfen. Teichert hatte für den 13. April 2016 mit Unterstützung von Teilen des „Orgateams" eine erste „Essen gegen Politikwahnsinn"-Demonstration organisiert, was bei Diendorf offenbar auf wenig Gegenliebe stieß. Seitdem gehen sie getrennte Wege. Ähnliche Debatten dürfte es aufgrund der Auftritte von Alexander Hoven bei „Essen gegen Politikwahnsinn" gegeben haben. Und so kommt eines zum anderen: NPDler_innen, die keine NPD-Fahnen mitbringen (Parteiabzeichen sind bei PEGIDA verboten) und nicht generell gegen alle „Ausländer" hetzten dürfen, unterbeschäftigte „nationale Fußballfreunde", die sich mehr Erlebnisorientierung wünschen, unerwünschte und als Konkurrenz verstandene Ex-„Orga-Team"-Mitglieder und deren lokale Initiativen sowie reichlich Selbstdarsteller.

Dezentralisierung

Seit 2015 sind in einigen Regionen dezentrale Initiativen mit den im Wesentlichen gleichen Anliegen wie PEGIDA entstanden. Hierzu gehören Eintagsfliegen wie die *Düsseldorfer Bürger gehen auf die Straße gegen Flüchtlingsirrsinn* um die bereits erwähnten Heumanns und *Hamm gegen Politikwahn*, deren Initiator **David Wendel** sich mittlerweile verstärkt in den Reihen der *Die Rechte* bewegt. Weitere Beispiele sind der Versuch einer PEGIDA-ähnlichen Demo der *Patrioten NRW* am 1. November 2015 in Lünen (Kreis Unna), bei der der Anmelder gar nicht erst erschien und die anwesende *Die Rechte*-Delegation alleine ließ, peinliche Miniaktionen der Bielefelder BIEGIDA um **Thomas Borgartz** in Ostwestfalen, vom Ehepaar **Gabriele Dinse** und **Otto Dinse** durchgeführte SCHWEGIDA-Mini-Kundgebungen in Schwerte (Kreis Unna) und nicht minder peinliche Auftritte von *Widerstand NRW* um Ferdinand Gerlach in mehreren Städten. Aber es gibt auch Initiativen, die sich lokal — wenn auch auf niedrigem Niveau — festgebissen haben und einigermaßen regelmäßig mit demonstrativen Aktionen auftreten, wie *Mönchengladbach steht auf*, *Bürger stehen auf* — mit Schwerpunkt in Linnich (Kreis Düren) — und *Essen gegen Politikwahnsinn* (siehe hierzu die Info-Kästen), alle drei mit großen Schnittmengen mit der extremen Rechten bis hinein in die militante Neonazi-Szene.

Neu hinzugekommen sind kürzlich DaSKuT („Deutschland asylfreie Schulen, Kindergärten und Turnhallen") mit einer Miniaktion am 19. Juni 2016 in Bochum und das *Aktionsbündnis Bielefelder Bürgerwille*, das sich am 9. Juli 2016 erstmals bewähren möchte.

Ausblick

Auf den ersten Blick scheinen die Duisburger PEGIDA-NRW-Demonstrationen vor dem Aus zu stehen. Allerdings wurden sie schon mehrmals totgesagt — und dennoch gibt es sie noch. Hier zahlt sich die Hartnäckigkeit des im Kern auf zwei Köpfe geschrumpften „Orgateams" aus. Wichtig für den Zusammenhalt ist auch der extrem rechte *YouTube*-Kanal *GermanDefence24*, der quasi als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Akteur_innen wirkt und von Beginn an sämtliche Aktionen aus diesem Spektrum dokumentierte und online zur Verfügung stellte. Und damit der PEGIDA-NRW-„Bewegung" etwas mehr „Bedeutung" gibt, zumindest in den virtuellen Welten. Zur Entladung des „Volkszorns" bei aktuellen Anlässen steht die zentrale PEGIDA-Struktur in Duisburg weiterhin zur Verfügung. Darüber hinaus sind eine Reihe von lokalen und nicht von PEGIDA gesteuerten Initiativen entstanden, die auch denjenigen Angebote machen, die nicht bereit oder in der Lage sind, jeden Montag nach Duisburg zu fahren. Dadurch werden Strukturen der extremen Rechten vor Ort gestärkt. Für diejenigen, denen das Demonstrieren nicht reicht, steht insbesondere die AfD als aktuell erfolgreichste Rechtsaußenpartei bereit, bewährten „Abendlandrettern" eine neue Heimat zu bieten.

„Mönchengladbach steht auf"

Das Einfrau-Projekt hat bisher sieben Versammlungen organisiert, **Simone Hohensee** und Personen aus ihrem Umfeld nahmen in NRW auch an anderen Aufmärschen und Aktionen teil. Zur Gründung kam es im Zuge der PEGIDA-Welle. Anfangs präsentierte sich Hohensee als „besorgte Bürgerin", politisch steht sie indes der extrem rechten und „Reichsdeutschen"-Szene nahe. Demonstrationen mit 50 bis rund 230 Teilnehmern fanden seit Oktober 2015 in Mönchengladbach statt, als Redner fungierten Funktionäre von *pro NRW*, PEGIDA NRW und extrem rechten Splittergruppen. Hohensee wurde als Anmelderin und Organisatorin von *Mönchengladbach steht auf* zeitweise logistisch von PEGIDA NRW und dem seinerzeit noch als *pro NRW*-Funktionär aktiven Dominik Roeseler unterstützt. Roeseler gehört dem Stadtrat in Mönchengladbach an. Mehrfach provozierten, bedrohten und attackierten im zeitlichen Umfeld der PEGIDA-ähnlichen Aufmärsche Kleingruppen rechter Hooligans Gegendemonstranten und Journalisten in Teilen der Innenstadt bei deren Abreise. [mik]

„Bürger stehen auf"

Die Initiative ist organisatorisch im Raum Düren und Heinsberg aktiv, Vertreter nahmen in NRW auch an anderen Aufmärschen und Aktionen teil. Die Gründung geht zurück auf die Umnutzung der ehemaligen Polizeischule in Linnich (Kreis Düren) als Asylbewerberunterkunft. Demonstrationen mit 60 bis fast 200 Teilnehmern fanden seit November 2015 in Linnich (zwei Demos) und Erkelenz (eine Demo) statt, als Redner fungierten auch bundesweit aktive Funktionäre von NPD, *pro NRW* und PEGIDA NRW. Das Organisationsteam der „Bürger" besteht aus drei Personen: **Christian Remberg**, Chef des NPD-Kreisverbandes Mönchengladbach und NPD-Ratsmann in Erkelenz (Kreis Heinsberg), **Patrick Glogowskyj** aus Linnich, genannt „Ricky", „Keule" bzw. „Ricky Keule", der im Marketing und als Tourbegleitung der Bremer Hooligan-Band *Kategorie C* arbeitet, **Willi Maybaum** aus Linnich, der bis zur Gründung nicht als extrem Rechter aufgefallen war, seitdem aber an zahlreichen extrem rechten Versammlungen in NRW teilnahm, unter anderem als Ordner. [mik]

„Essen gegen Politikwahnsinn"

Sehr optimistisch waren die Initiatoren des Essener PEGIDA-Ablegers, als sie für ihre erste Demonstration am 13. April 2016 300 Teilnehmende ankündigten. Tatsächlich waren es gerade einmal 80, unter ihnen rechte Hooligans, NPDler_innen, AfD-Anhänger_innen und unorganisierte Rechte, die an diesem Mittwochabend unter der Führung des zwischenzeitlich ausgetretenen *pro NRW*-Lokalpolitikers Holm Teichert durch die Essener Innenstadt liefen. Teichert war zuvor mehrfach als Redner auf zentralen Duisburger PEGIDA-Demos aufgetreten und gehörte deren „Orgateam" an. Trotz der mageren Resonanz wurde die Aktion im Monatsrhythmus wiederholt. Zu der zweiten Demo am 11. Mai kamen dann noch 40 Personen, am 8. Juni waren es knapp 30. Regelmäßige Rednerin ist **Ester Seitz** (*Widerstand Ost-West*). [Antifas aus Essen]

Von Verena Grün

Attentäter „mit gesundem Menschenverstand“

Der Prozess gegen Frank S.

Zwölf Verhandlungstage dauerte der Prozess gegen den Mann, der die heutige Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker am 17. Oktober 2015 an einem Wahlkampfstand mit einem Jagdmesser in den Hals stach und sie lebensgefährlich verletzte. Als versuchten Mord wertete die zuständige Kammer die Tat und verurteilte Frank S. zu 14 Jahren Haft. Er hat Revision eingelegt.

„Da die Herrscherklasse unsere Bevölkerung nicht beschützen konnte, sah ich mich von meinem Gewissen dazu verpflichtet, ein Zeichen gegen die Abschaffung der europäischen Völker zugunsten eines völlig demokratiefreien Superstaates von gesichtslosen Technokraten, die nur die Interessen der Großkonzerne und der Hochfinanz vertreten und das Volksvermögen der europäischen Bürger entwendet haben, zu setzen.“ So begründete **Frank S.** kurz vor Prozessende vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf seine Tat. Zuvor hatte er seinem Anwalt untersagt, in seinem Plädoyer zu den Beweisanträgen Stellung zu nehmen. Während des gesamten Prozesses hatte S. versucht, seine beiden Pflichtverteidiger loszuwerden. Er stellte etliche Entpflichtungsanträge und beteuerte, sich nicht angemessen vertreten zu fühlen. Er halte die Anwälte für unfähig und unterstellte ihnen, ihm nur schaden zu wollen. Einen der beiden Anwälte konnte er tatsächlich loswerden, den anderen bezeichnete er noch an diesem letzten Verhandlungstag als „linksradikalen Speichellecker“.

Doch nicht nur mit den Verteidigern hatte S. ein Problem. Eigentlich fühlt er sich offenbar von allen unfair behandelt: von der Antifa in Bonn, die ihm als jungem Mann das Leben schwer machte, von den politisch Verantwortlichen, die sich zu viel um Flüchtlinge kümmern und zu wenig um „die eigene Bevölkerung“, von verschiedenen Zeug_innen, die die Tat anders schildern, als er sie „1.000-prozentig sicher“ erinnert. Und von der rechtsmedizinischen Gutachterin, die wider besseren Wissens und „in vorauseilendem Gehorsam“ „völligen Unsinn“ in ihrem Gutachten behaupte. Kölner_innen sprach er gleich ganz die Möglichkeit der Unvoreingenommenheit in seinem Fall ab, mehrfach beantragte er ein zweites Gutachten, das von einer Person erstellt werden sollte, die nicht aus Köln käme.

„Mann gegen Mann“

Während S. von Anfang an die Tat als solche gestand, wurden einzelne Aspekte immer wieder zum Gegenstand der Diskussion und unzähliger Wiederholungen. Insbesondere um die Frage, mit welchem Messer die drei übrigen Geschädigten verletzt worden seien, ging es immer wieder. Reker hatte S. mit einem großen „Bowie-Messer“ attackiert. Besonders „martialisch“ habe die Tat dadurch wirken sollen. Dieses Messer habe er dann aber direkt weggeworfen und sich mit einem kleinen Butterfly-Messer gegen den „Mob“ verteidigt, dem er sich dann gegenüber sah und der ihn mit Holzlatten, Eisenstangen und Schirmständern habe angreifen wollen. Gutachten und Aussagen von Zeug_innen ergeben jedoch, dass auch zwei weitere Personen mit dem Bowie-Messer verletzt wurden. „Mit gesundem Menschenverstand“ und „logischem Denken“ müsse man aber erkennen, dass seine Version richtig sei, beharrte S. dennoch starrsinnig. Das gehe auch

Frank S. (rechts) beim Rudolf-Heß-Marsch 1993 in Fulda.

aus „den Akten" hervor. Wenn sich an dem großen Messer DNA-Spuren anderer Verletzter fänden, dann zeige das nur, dass Beweisgegenstände manipuliert worden seien.
Außerdem habe er Reker auch nicht töten wollen. Äußerungen im Polizeiwagen, dass er sie habe umbringen wollen, seien von den Beamten erfunden worden. Deshalb habe er nur einmal zugestochen — noch dazu mit einem Messer, das so stumpf sei, dass man nicht mal Tomaten damit schneiden könne. Wenn das Gutachten dieses Messer als scharf darstelle, sei das nur ein weiterer Beleg für die Unrichtigkeit. Er denke doch nicht, wenn er einmal auf einen Menschen einsteche, dass der dann sterbe. Wenn er den Willen gehabt habe, dann habe er sie töten können, soviel Intelligenz müsse man ihm schon zutrauen. Er sei sich auch bewusst, dass es nicht sonderlich ehrenhaft sei, auf eine Frau einzustechen, noch dazu wenn sie wehrlos sei, so S.. Aber es sei für ihn die einzige Möglichkeit gewesen, eine Notwehr-Handlung. Frau Reker habe Schuld auf sich geladen, sei eine „linksradikale Schickeria-Ideologin mit unverantwortlicher realitätsverweigernder Esoterik-Politik". Andere Menschen hätten aber nicht zu Schaden kommen sollen. Ihm sei „ein richtiges Duell" viel lieber gewesen, „Mann gegen Mann, wie im Mittelalter, um die Ehre".

„Angry white man"

Henriette Reker scheint für S. zum Symbol für alles geworden zu sein, was seiner Vorstellung, wie die Welt zu sein hat, entgegensteht. Den angekündigten detaillierten Nachweis des millionenfachen Rechtsbruchs (durch die aktuelle Asylpolitik) blieb er schuldig — die Motivation zu seiner Tat legte er jedoch ausführlich — und redundant — dar. Die Tat habe sich „nicht gegen die Asylanten, sondern die Politkriminellen" gerichtet. Frau Reker sei nicht nur „direkte Verantwortliche der schrecklichen Silvesterübergriffe" - hier wies die Richterin ihn darauf hin, dass er sich nun auf Ereignisse beziehe, die sich nach seiner Tat ereigneten — sie habe auch Wahlbetrug begangen. Anders als im Wahlkampf dargestellt sei sie nämlich „nicht parteilos, sondern trojanisches Pferd der Grünen, die am liebsten Deutschland abschaffen würden und in einen Selbstbedienungsladen verwandeln würden". Auch darauf habe er mit seiner Tat aufmerksam machen wollen. Ein Zeichen habe er auch setzen wollen gegen die Regierung, die das Volk austauschen wolle, bevor es die Regierung austausche, gegen die „Kriegstreiberei gegen Russland", gegen „Lohnsklaverei", gegen „die Diktatur der Eliten", gegen BND, NSA und TTIP, „gegen Hochverrat und für die Freiheit".
Rassismus, Verschwörungsfantasien und die feste Überzeugung, ungerecht behandelt zu werden und dabei genau zu wissen, wer daran die Schuld trägt, kennzeichneten seine Ausführungen. Seine frühere Einbindung in die militante neonazistische Szene wurde im Prozess nur am Rande thematisiert. Er selbst beschrieb sich als „wertkonservativen Rebell", seine politischen Ansichten ließen sich nicht in drei Sätzen zusammenfassen, die seien zu komplex, darüber könne er ein Buch schreiben. In seiner Argumentation fanden sich zahlreiche Parallelen zu **Anders Breivik**. Anders als der verfasste S. jedoch kein Manifest — er hinterließ lediglich „die Braveheart-Rede" auf seinem Anrufbeantworter, wie er in der Befragung verriet. Besonders wichtig scheint Frank S. der Bezug auf seinen freilich nicht näher definierten „gesunden Menschenverstand" zu sein, dem er seine vermeintliche politische Klarsicht verdankt. Seinem Selbstbild zufolge sieht er sich als umfassend informiert, objektiv und als jemanden, der ‚weiß ‚wie es läuft'. Menschen, die seinen Auffassungen nicht folgen, seien verblendet und wollten ihm schaden. Abstrakte Prozesse gesellschaftlicher Entwicklungen scheinen ihm großes Unbehagen zu bereiten, er fürchtet ganz offenkundig um seine bislang selbstverständlichen Privilegien als weißer heterosexueller Mann und braucht angesichts dieser gefühlten Bedrohungslage klare Feindbilder und Schuldige. Er zeigt sich so als Prototyp des „angry white man"; des zornigen weißen Mannes. Damit ist er bei weitem kein Einzelfall, doch seine Sozialisation in der extremen Rechten begünstigte, dass er seinen Hass in die — blutige — Tat umsetzte.

von Juliane Weier und Sebastian Hell

Kein Zurück

Die Verbindungen der „Oldschool Society" (OSS) ins hessische Limburg

Rund um das hessische Limburg gibt es keine organisierten Neonazistrukturen. Umso mehr überrascht es, dass gerade dort ein Ehepaar lebt, das mit der rechtsterroristischen „Oldschool Society" verwoben ist, der aktuell in München der Prozess gemacht wird. Obwohl Ermittler_innen vermuten, dass die beiden zentrale Aufgaben in der Gruppe übernommen haben, sind sie nicht angeklagt.

Am 6. Mai 2015 wurden im Rahmen einer großangelegten Razzia gegen die bis dahin völlig unbekannte, mutmaßlich rechtsterroristische Gruppe *Oldschool Society* (OSS) mehrere Wohnungen in fünf Bundesländern durchsucht. Betroffen war auch ein Haus in Rheinland-Pfalz, nahe der hessischen Grenze: In Hahnstätten bei Limburg wurde die Wohnung von **Janine** und **Kevin Link** durchsucht. Laut Verfassungsschutz sollen beide an mindestens einem Treffen der OSS teilgenommen und sich an deren Planungen, Sprengstoffanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte zu begehen sowie mutmaßliche Salafisten zu ermorden, beteiligt haben.

Kevin Link, der im aktuell laufenden OSS-Prozess entsprechend der Einschätzung des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes als der „Sprengmeister" der Gruppe bezeichnet wird, soll darüber hinaus auch in abgehörten Telefongesprächen davon gesprochen haben, die Limburger Moschee mit einem Molli „flach" zu machen. Trotz dieser Aussagen gehört er nicht zu denjenigen, die im Rahmen der Ermittlungen gegen die OSS in Haft genommen wurden. Auch im aktuellen Münchener Prozess sitzt er nicht auf der Anklagebank. Begründet wird dies mit der Aussage, das Ehepaar Link sei im Januar 2015 aus der Gruppe ausgestiegen.

Für die Einschätzung des Verfassungsschutzes, es handele sich bei Kevin Link um einen „überzeugten Nazi mit erhöhter Gewaltbereitschaft", spricht indes vieles. So soll er seit März 2015 im Besitz eines 9mm-Revolvers sein. In seinem Lied „Hasta La Vista Salafista", das er unter dem Namen „Kein Zurück" ins Internet gestellt hat, wird er konkret: „Wir gegen alle. Wir gegen Euch. Es wird Zeit, dass was passiert. Wir gegen Salafisten. Das hier ist unser Land. Wir lassen uns von Euch nicht terrorisieren." Bildlich untermalt wurde dieser Text durch eine Darstellung, die die Exekution des salafistischen Predigers **Pierre Vogel** durch einen Kopfschuss zeigte.

Die Links: Netzwerker zwischen Partei- und Kameradschaftsszene

Mit Gründung der *Nationalen Sozialisten Main Kinzig* (NSMK) tauchte auch Kevin Link Anfang des Jahres 2014 erstmals auf. Die NSMK waren aus den Resten des hessischen Landesverbandes der Partei *Die Rechte* hervorgegangen. Genauso kurzlebig wie der Landesverband waren auch die Aktivitäten der NSMK. Nach wenigen Monaten, in denen lediglich kleinere Feiern im privaten Rahmen in Südhessen stattgefunden hatten, dezimierte sich die Gruppe auf einen lokalen sozialen Zusammenhang. Die dazugehörige Facebook-Seite wurde kaum noch aktualisiert.

Trotz dieser relativen Bedeutungslosigkeit scheint Link schon zu dieser Zeit ein ortsübergreifendes Netzwerk aufgebaut zu haben: Denn auf die von der Hausdurchsuchung betroffene Hahnstätter Adresse lautete das Impressum der

© indymedia

Nur wenige Monate aktiv: die NSMK mit Kevin Link (Mitte).

Homepage „Mut zur Wahrheit". Als Betreiber wurden neben Kevin Link unter anderem der Duisburger NPD-Aktivist **Dan Ganther** und der Thüringer Landesgeschäftsführer von *Die Rechte* **Jörg Krautheim** genannt. Die Seite wurde nach der Durchsuchung zunächst abgeschaltet. Heute wird sie unter dem Namen des US-amerikanischen Antisemiten **John de Nugent** betrieben.

Janine Link ist überregional ebenfalls gut vernetzt: Zu ihrem engen Freundeskreis zählen etwa Neonazis aus dem Umfeld der rheinland-pfälzischen NPD und von *Die Rechte* in Dortmund.

Nach der Hausdurchsuchung zog es Janine und Kevin Link ins hessische Limburg. Mittlerweile sind sie in der bundesdeutschen Neonaziszene gut vernetzt und nicht unbedingt auf einen regionalen Rückhalt angewiesen. Zu diesem Stellenwert hat vermutlich nicht zuletzt die Hausdurchsuchung beigetragen, denn beide erhielten innerhalb der Szene regen Zuspruch und Unterstützung als Betroffene „staatlicher Repression".

Auftrieb für Links Rechtsrock-Karriere

Seine neue Bekanntheit nutzte Kevin Link vor allem für seine Karriere als Rechtsrock-Musiker: Während er zunächst als Einzelperson unter verschiedenen Pseudonymen Lieder auf *Youtube* veröffentlichte, gründete er im Sommer 2015 die Band *Randgruppe Deutsch*, unter anderem gemeinsam mit **Andreas Lohei** und **Holger Ingwersen**. Der in Köln lebende Lohei ist Sänger der bekannten Rechtsrock-Band *Endlöser*, ehemaliger Hammerskin und steht darüber hinaus der *Bruderschaft Nordic 12* nahe. Ingwersen ist der ehemalige Schlagzeuger der Band *Kraftschlag*.

Bereits kurz nach ihrer Gründung lieferte die *Randgruppe Deutsch* den Mobi-Song für den „Tag der deutschen Patrioten" — eine „Großdemonstration", organisiert aus HoGeSa-Milieu und Neonazi-Szene, die am 12.9.2015 in Hamburg stattfinden sollte, aber schlussendlich polizeilich verboten wurde. Ende 2015 veröffentlichte die Band eine Demo-CD mit dem Titel „Wir Sehens, Wir Hörens, Wir Sagens" beim Label *Gjallarhorn Klangschmiede*, das von **Malte Redeker**, einem der führenden deutschen Hammerskins, betrieben wird.

Schon im April 2016 ließ *Randgruppe Deutsch* der Demo-CD mit „Die Geister die wir riefen" ein Album folgen, das beim *Germania-Versand* des NPDlers **Patrick Weber** aus Sondershausen (Thüringen) veröffentlicht wurde. Außerdem spielte die Band einige Konzerte, unter anderem an der deutsch-dänischen Grenze. Fü Juli ist die Band auf dem NPD-Festival „In.Bewegung" in Thüringen angekündigt. Außerdem beschenkte die Band den Neonazi **Tommy Frenck** mit einem Solidaritätslied. Anlass war ein Shitstorm gegen Frenck, weil dieser in seinem „Gasthaus Goldener Löwe" am 20. April, dem Geburtsdatum Adolf Hitlers, Schnitzel für 8,88 Euro angeboten hatte.

Doch auch unabhängig von der Band stellt Kevin Link immer wieder Musik ins Netz: Unter anderem das Lied „Limburg bleibt Deutsch", das eine Parole aufnimmt, die in den vergangenen Monaten auch auf Naziaufklebern im Limburger Stadtgebiet aufgetaucht war. Zuletzt wurde der Song auf der Facebook-Seite von „Kronos Rock für Deutschland" hochgeladen.

Ausblick

Trotz des im Lied beschworenen Heimatbezugs zu Limburg scheint das Ehepaar Link den Anschluss an die regionale Naziszene nicht zu finden. Das dürfte daran liegen, dass die rechten Parteistrukturen, denen sich die beiden offenbar zurechnen, im Kreis Limburg nur schwach ausgebreitet sind. Auch aktive Kameradschaftsstrukturen gibt es in der Region nicht. Mit Blick auf den Prozess gilt es abzuwarten, ob Kevin Link doch noch angeklagt wird. Eins steht fest: Seiner Bekanntheit in der Szene würde dies sicher weiteren Auftrieb geben.

Aufwärmen für den „Party-Patriotismus“: „Bürger stehen auf“ am 26. Juni 2016 in Linnich - das Versprechen, dass die Versammlung rechtzeitig vor dem Herren-Fußball-EM-Spiel Deutschland — Slowakei beendet sein würde, wurde eingehalten.

Unter freiem Himmel

Demonstrative Rechtsaußen-Aktionen im 2. Quartal 2016

I.1. Extreme Rechte mit mindestens 25 Teilnehmer_innen

Duisburg (NRW), 2. Quartal 2016

Insgesamt elf Mal nahm PEGIDA NRW in den Monaten April, Mai und Juni 2016 vor dem Duisburger Hauptbahnhof Ausstellung, abgesagt wurden der 16. Mai (Pfingstmontag und gemeinsame Fahrt zur PEGIDA-Demo nach Dresden) und der 27. Juni („Sommerpause“). Am 4. April lag die Teilnehmer_Innenzahl bei „rund 250“ (Polizeiangabe), unter ihnen viele rechte Hools, die GegendemonstrantInnen und JournalistInnen angriffen. Eine Woche später erschienen noch etwa 120. In der Folgezeit gingen die Zahlen immer stärker in den Keller, zumal auch Streitigkeiten untereinander einsetzten (siehe S. 24). Bis Mitte Mai nahmen in der Regel etwa 100 teil, ab dem 23. Mai (80) sank die Zahl bis auf 35 am 23. Juni. Am 16. und 23. Juni wurde zudem auf einen „Spaziergang“ verzichtet, es blieb — begründet mit dem schlechtem Wetter — bei Kundgebungen. Am Tag nach dem 23. Juni 2016 wurde eine zweiwöchige „Sommerpause“ verkündet, anschließend werde man sich mit einem „Kracher“ zurückmelden.

Mönchengladbach (NRW), 1. April 2016

Zum sechsten Mal ging *Mönchengladbach steht auf* mit der Forderung „Merkel muss weg“ und um sich zur eigenen „Kultur und Identität“ zu bekennen auf die Straße. Es nahmen etwa 90 Personen teil. Einem Bericht des Aachener Fachjournalisten Michael Klarmann zufolge war die Veranstaltung „geprägt von NPD-Kadern und -Mitgliedern aus NRW, oft jungen Neonazis aus dem Raum Heinsberg, Düren und vom Niederrhein, rechtsoffenen Hooligans verschiedener Altersklassen und eher älteren Verschwörungstheoretikern“. Als Redner_innen traten u.a. die Anmelderin **Simone Hohensee** und der Düsseldorfer **Björn Clemens** in Erscheinung.

Essen (NRW), 2. April 2016

An einer NPD-Demonstration unter dem Motto „Einmal Deutschland und zurück! Asylmissbrauch und Islamisierung stoppen!" beteiligten sich um die 100 Personen. Zum Mikro griffen der NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer** (Bochum), die Stadtrats- bzw. Kreistagsabgeordneten **Stefan Anthofer** (NPD Essen), **Ariane Meise** (NPD Rhein-Sieg-Kreis), **Melanie Händelkes** (NPD Duisburg) und **Michael Brück** (*Die Rechte Dortmund*) sowie der Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Krefeld, **Rainer Händelkes**.

Essen (NRW), 13. April 2016

Mit seiner neugegründeten Initiative *Essen gegen Politikwahnsinn* ging im April der zuvor bei PEGIDA NRW involvierte Essener ex-*pro NRW*-Funktionsträger **Holm Teichert** mit einer ersten Demonstration „gegen Politikwahnsinn" an den Start und versuchte die bis weit in lokale SPD-Kreise verankerte Ablehnung der (weiteren) Aufnahme von Geflüchteten auf die Straße zu bringen. Etwa 100 Gleichgesinnte folgten dem Aufruf. Neben Teichert beglückten sie **Tilo Reinhold** und **Alexander Hoven** (PEGIDA NRW) mit Redebeiträgen.

Bad Marienberg (Westerwaldkreis, RLP), 14. April 2016

Das *Bekenntnis zu Deutschland* um **Torsten Frank** und **Edwin Wagenveld** konnte Mitte Mai nur noch 60 Teilnehmer_innen mobilisieren. Redebeiträge hielten Torsten Frank, **Gernot Tegetmeyer** (PEGIDA Nürnberg) und **Uwe Land**.

Haiger (Lahn-Dill-Kreis, Hessen), 29. April 2016

Im nordhessischen Haiger hatte sich im Frühjahr unter dem Namen *Haiger wehrt sich* ein rechtes Bündnis formiert, das dann unter dem Motto „Haiger steht auf" auf die Straße ging. Bei der ersten, etwa 100-köpfigen Demonstration sprachen zwei lokale Akteur_innen sowie als „prominenter" Gastredner **Dominik Roeseler** aus Mönchengladbach (NRW).

Wenig Unterstützung bei der Demonstration am 14. Juni 2016 in Bonn-Bad Godesberg.

Kein attraktives Event: NPD-Demonstration in Bochum am 01. Mai 2016.

Düsseldorf (NRW), 30. April 2016

Ihre achte demonstrative Aktion seit Sommer 2015 führten die Düsseldorfer *Republikaner* am 30. April 2016 durch, um „gegen Asylchaos und Meinungsdiktat" zu demonstrieren. An der Auftaktkundgebung nahmen knapp über 40 Personen teil, von denen sich nicht alle an der späteren Kurzdemonstration beteiligten — und noch weniger an der Abschlusskundgebung. Als Redner traten der Düsseldorfer Kreisvorsitzende **Karl-Heinz Fischer**, der REP-Landesjugendbeauftragte **Kevin Krieger**, der Landesvorsitzende **André Maniera** und **Peter Krone** aus Hannover auf.

Bochum (NRW), 1. Mai 2016

Unter dem Motto: „Wir arbeiten, Fremde kassieren! Asylbetrug macht uns arm!", führte der NRW-Landesverband der NPD seine dritte 1.-Mai-Demonstration in Folge durch. Dieses Mal nahmen um die 170 Personen teil — und damit mehr als in den beiden Jahren zuvor. Als RednerInnen betätigten sich der NPD-Landesorganisationsleiter **Marcel Haliti** (Kreis Viersen), der Krefelder Kreisvorsitzende **Rainer Händelkes**, der Landesvorsitzende **Claus Cremer** (Bochum), seine Stell-

Mit Schirm, Fahne und Rassismus: „Tag der deutschen Zukunft" am 04. Juni 2016 in Dortmund.

vertreterin **Ariane Meise** (Rhein-Sieg-Kreis) und **Andreas Storr** vom NPD-Bundesvorstand.

Essen (NRW), 11. Mai 2016

Zum zweiten Mal ging *Essen gegen Politikwahnsinn* an den Start, „aus großer Sorge um unsere Heimatstadt, unser Land und unsere Zukunft, sowie der unserer Kinder". Nur etwa 40 Gleichgesinnte fanden sich zu einer Kundgebung mit anschließender Demonstration über den Bürgersteig ein, um sich unter anderem Reden von **Ester Seitz** und **Holm Teichert** anzuhören.

Bonn (NRW), 14. Mai 2016

„Stoppt die Gewalt" — unter diesem Motto rief **Melanie Dittmer** zu einer Kundgebung mit Demonstration nach Bonn-Bad Godesberg. Als Anlass diente der Tod des 17-jährigen Niklas P., der von drei jungen Männern angegriffen worden war und später an seinen Verletzungen starb. Unter den etwa 50 Teilnehmer_Innen waren auch Abordnungen von *Essen gegen den Politikwahnsinn* und der *Pfälzer Spaziergänge*. Dittmer durfte die Versammlung einer polizeilichen Auflage zufolge nicht selbst leiten, auch das Reden war ihr untersagt. Beides übernahm **Ester Seitz** für sie. Weiterhin traten **Achim Ezer**, Sprecher der *Pfälzer Spaziergänge* und ehemaliger Landesvorsitzender der JN NRW, **Holm Teichert** (*Essen gegen den Politikwahnsinn)* und **Rainer Händelkes** (NPD Krefeld). Den Abschluss bildete eine Showeinlage von Dittmer und Seitz: Dittmer flüsterte Seitz ins Ohr, die gab dies über das Mikrofon weiter. Als die Polizei intervenierte, behauptete Seitz, sie habe gar nicht gesagt, was Dittmer ihr zugeflüstert habe, es sei alles nur Theater gewesen.

Mönchengladbach (NRW), 21. Mai 2016

Zum siebten Mal an den Start ging *Mönchengladbach steht auf*, um das „korrupte, deutschfeindliche, etablierte politische System endlich im politischen Nirwana" verschwinden zu lassen und „Merkel muss weg" zu skandieren. Dieses Mal nahmen knapp 60 Personen teil. Als Redner_innen und „Gedichte"-Vortragende traten unter anderem Anmelderin **Simone Hohensee**, **Alexander Hoven**, **Manuela Eschert** und der Duisburger NPD/*Freie Bürger*-Ratsherr **Egon Rohmann** in Erscheinung.

Hamm (NRW), 28. Mai 2016

Knapp 50 Neonazis beteiligten sich an einer von den Veranstaltern, der Partei *Die Rechte*, nicht öffentlich beworbenen „Mobilisierungs-Demonstration für den Tag der deutschen Zukunft". Die Demonstration zog nach einer Auftaktkundgebung in Bahnhofsnähe durch ein angrenzendes Innenstadtviertel. Als Redner traten unter anderem **Sven Skoda** (Düsseldorf), **Michael Brück** (Dortmund) und **Dirk Splettstößer** (Hamm) auf.

Dortmund (NRW), 4. Juni 2016 (TDDZ)

Zum 8. „Tag der deutschen Zukunft" kamen etwa 900 Neonazis in Dortmund zusammen. Die von Michael Brück (*Die Rechte* Dortmund) angemeldete Versammlung führte vom S-Bahnhof Dorstfeld nach Huckarde. Die Zwischenkundgebung fand direkt neben einem Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Redebeiträge lieferten **Sven Skoda**, **Thorsten Heise**, der frühere Dortmunder Feuerwehrchef **Klaus Schäfer**, ein Vertreter des *Bulgarischen Nationalbunds* und der Vorsitzende von *Die Rechte*, **Christian Worch**, auf.

Am Abend zündeten 15 Neonazis in Dorstfeld Pyrotechnik und griffen die Beamt_Innen, die zur Personalienfeststellung anrückten, mit Unterstützung weiterer 60 Personen mit Pfefferspray und Feuerlöscher an, so die Pressemitteilung der Polizei.

Im Vorfeld hatten mehrere Mobilisierungs-„Mahnwachen" bzw. -Kundgebungen stattgefunden: am **15. April** mit nach Eigenangaben 60 Personen in Lütgendortmund, am **21. Mai** mit wenigen TeilnehmerInnen in Eving, am **27. Mai** mit knapp 30 Personen an den Katharinentreppen, am **30. Mai** in ähnlicher Größe an der Reinoldikirche und in der Nordstadt, am **1. Juni** in Huckarde, am **2. Juni** an der Kampstraße und am **3. Juni** an den Katharinentreppen mit jeweils etwa zehn — kartenspielenden — AktivistInnen.

Haiger (Lahn-Dill-Kreis, Hessen), 22. Juni 2016

Gerade einmal noch um die 30 Personen nahmen an der zweiten demonstrativen Aktion von *Haiger wehrt sich* unter dem Motto „Haiger steht auf" teil. Organisatorisch beteiligt war die Gruppe *Bündnis deutscher Patrioten Hessen*, unterstützt wurde das extrem rechte Bündnis von AktivistInnen der Neonazi-Partei *Der III. Weg*.

Linnich (Kreis Düren, NRW), 26. Juni 2016

„Stimmungsvoll, energiegeladen, ehrlich !", so beschrieb die Gruppierung „Bürger stehen auf" ihre insgesamt dritte Demonstration. Etwa 65 TeilnehmerInnen kamen zur von **Patrick „Ricky" Glogowskyi** organisierten Versammlung. Im Gegensatz zu den vergangenen Veranstaltungen kamen die Redner_Innen — die saarländische NPDlerin **Jaqueline „Jacky" Süßdorf, Ricarda Riefling**, stellvertretende Vorsitzende der NPD RLP und **Alexander Kurth**, der Landesvorsitzende von „Die Rechte" Sachsen und LEGIDA-Aktivist — nicht aus NRW.

Eine für den 15. Mai geplante Demonstration war wieder abgesagt worden. Die Begründung: Mit einem im Rahmen des Gegenprotests angekündigten Kinderfest würden „die Kinder" instrumentalisiert.

I.2. Extreme Rechte mit weniger als 25 Teilnehmer_innen (U25)

Gerade einmal eine Handvoll Teilnehmer_innen wurden auf einer *Widerstand NRW*-Kundgebung des Gladbeckers **Ferdinand Gerlach** unter dem Motto „Terror hat etwas mit dem Islam zu tun!" am **2. April 2016** in **Mülheim/Ruhr (NRW)** gezählt.

23 Personen waren am **2. April 2016** daran interessiert, in **Bielefeld (NRW)** die „Islamisierung des Abendlandes" zu stoppen bzw. an der dortigen BIEGIDA-Demonstration teilzunehmen.

Am **15. April 2016** kam *Bielefeld gegen die Islamisierung des Abendlandes* in Kooperation mit *Widerstand NRW* sogar nur auf elf Teilnehmende.

Knapp 20 AnhängerInnen der *Die Rechte* folgten am **23. April 2016** ihrem ostwestfälischen Vorturner **Sascha Krolzig** und führten unter dem Motto „Masseneinwanderung und Asylmissbrauch stoppen" wanderzirkusartige Kundgebungen in **Harsewinkel und Halle (beide Kreis Gütersloh/NRW)** sowie **Bielefeld (NRW)** und **Herford (NRW)** durch.

Angeblich „etwa 20 Personen" (inklusive Support aus Dortmund) beteiligten sich Eigenangaben zufolge am **30. April 2016** an einer Mobilisierungskundgebung des *Die Rechte*-Kreisverbands Rhein-Erft für den Dortmunder „Tag der deutschen Zukunft" (TDDZ) in **Frechen (Rhein-Erft-Kreis, NRW)**.

Um die fünf Akteur_Innen und Unterstützer_Innen der Stadtratsgruppe NPD/*Bürger für Duisburg* führten am **4. Mai 2016** zwei „Infostandkundgebungen" in **Duisburg**-Meiderich und -Mitte (**NRW**) durch, um lautsprecherverstärkt über „Ziele und Forderungen der nationalen Opposition" zu informieren.

Aufgrund einer polizeilichen Auflage, die der Bornheimer Neonazi-Aktivistin **Melanie Dittmer** während einer Demonstration am 14. Mai 2016 in Bonn-Bad Godesberg Redebeiträge untersagte, und der darauffolgenden Reaktion Dittmers — der Anmeldung von vier Kundgebungen („Meinungsfreiheit auch für Systemkritiker") — führte der Kreis um Dittmer am **17. Mai 2016** eine siebenköpfige Protestkundgebung in **Bonn**-Bad Godesberg **(NRW)** durch.

Exakt drei Personen nahmen an einer BIEGIDA-Kundgebung am **20. Mai 2016** in **Bielefeld (NRW)** teil.

Laut Polizeiangaben „zehn Aktivisten" nahmen am **31. Mai 2016** an einer von Melanie Dittmer organisierten Kundgebung in **Eitorf (Rhein-Sieg-Kreis, NRW)** teil, um „Meinungsfreiheit auch für Systemkritiker" einzufordern (Hintergrund siehe 17. Mai 2016).

Eine Kundgebung mit knapp 20 Teilnehmer_Innen und unter dem Motto „Unser Volk zuerst — Gegen Altersarmut, Sozialabbau und massenhafte Zuweisung von Asylanten" hielten *Die Republikaner* am **3. Juni 2016** in **Düsseldorf (NRW)** ab.

Vier Personen nahmen an einer BIGIDA-Kundgebung am **3. Juni 2016** in **Bielefeld (NRW)** teil. Acht Personen nahmen am **7. Juni 2016** an einer von Melanie Dittmer organisierten Kundgebung in **Hennef (Rhein-Sieg-Kreis, NRW)** teil, um „Meinungsfreiheit auch für Systemkritiker" einzufordern (Hintergrund siehe 17. Mai 2016).

Zu einer Kundgebung von „DaSKuT — Deutschland asylfreie Schulen, Kindergärten und Turnhallen" am **19. Juni 2016** in **Bochum (NRW)** erschienen um die zehn Personen.

Zwei voneinander getrennte Protestkundgebungen gegen die geplante kostenlose und zweckgebundene Überlassung städtischen Baulands an zwei muslimische Gemeinden sowie gegen die damit verbundenen Moscheebaupläne führten mit jeweils um die 15 Teilnehmenden *pro NRW* und *Die Republikaner* am **30. Juni 2016** in **Monheim (Kreis Mettmann, NRW)** durch.

Gegen einen Besuch des NRW-Innenministers Ralf Jäger in **Dortmund (NRW)** protestierten am **27. Juni 2016** etwa 15 Anhänger_innen der *Die Rechte* mit einer Kundgebung.

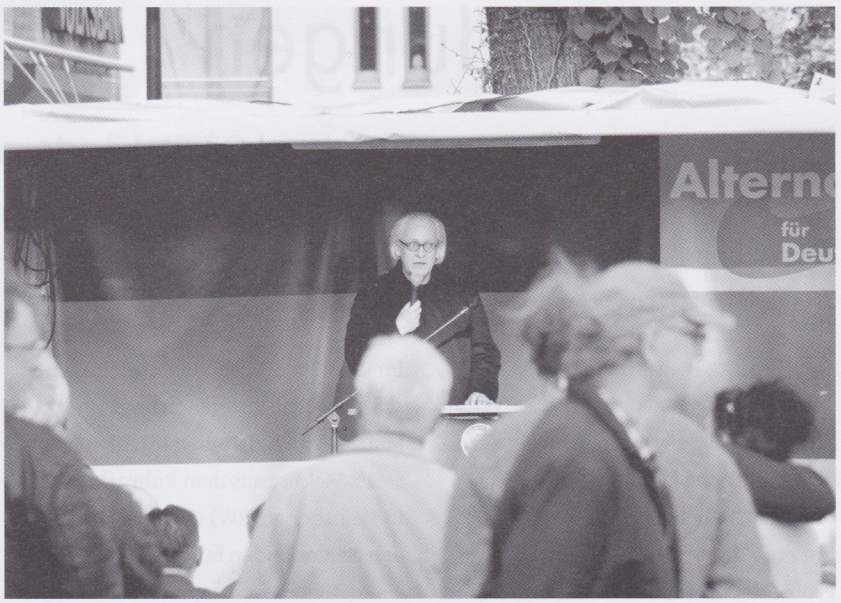
II. Weitere demonstrative rassistische Aktionen mit mindestens 25 Teilnehmer_innen

Ahlen (Kreis Warendorf, NRW), 8. April 2016

Zum Auftritt des sachsen-anhaltischen AfD-Fraktionsvorsitzenden **André Poggenburg** reisten nach Polizeiangaben lediglich 150 AfD-Sympathisant_Innen nach Ahlen an. Die durch den Warendorfer AfD-Kreissprecher **Christian Blex** eröffnete Kundgebung auf dem Marktplatz und der sich anschließende Demozug standen unter dem Motto „Gegen Politikversagen". Als weitere Redner traten der Paderborner AfD-Kreissprecher **Günther Koch** und **Bernd Vennjakob**, Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Gütersloh, auf.

Unna (NRW), 22. April 2016

Unter dem Motto „Merkel muss weg" rief die *Alternative für Deutschland* (AfD) zu einer Kundgebung mit anschließender Demonstration in der Kreisstadt Unna auf. Der lokale Kreisverband wurde organisatorisch maßgeblich von den „Demo-erfahrenen" Kreisverbänden Paderborn und Warendorf unterstützt. Anmelder der Versammlung war **Günther Koch** aus Paderborn. Zur Auftaktkundgebung versammelten sich auf dem Lindenplatz rund 120 Teilnehmende, darunter auch junge Menschen in HoGeSa-Outfit und der Unnaer NPD-Kreisverbandsvorsitzende **Hans-Jochen Voß**. Als RednerInnen traten der Sprecher des Kreisverbandes Unna, **Michael Schild**, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im Brandenburger Landtag **Andreas Kalbitz**, **David Eckert**, Beisitzer im AfD-Landesvorstand und Hauptakteur der AfD-Hochschulgruppe Düsseldorf, sowie **Otto** und **Gabriele Dinse**, die in Schwerte unter dem Label SCHWEGIDA Kundgebungen mit einer Handvoll Teilnehmer_Innen organisierten, auf. Nach etwas mehr als 200 Metern wurde die AfD-Demo durch eine Sitzblockade gestoppt und zur Umkehr gezwungen. Der angestrebte Marsch durch die Innenstadt fiel aus.



Martin E. Renner bei einer AfD-Kundgebung in Warendorf am 19. Mai 2016

Paderborn (NRW), 13. Mai 2016

Zur vierten Demonstration der *Alternative für Deutschland* (AfD) in Paderborn war ein prominenter Redner angekündigt worden: **Björn Höcke,** AfD-Fraktionsvorsitzender im thüringischen Landtag und Gallionsfigur des völkischen Flügels der Partei. Vor Höckes umjubelten Auftritt sprachen der Kreissprecher der AfD Paderborn, **Günther Koch,** und der Kreissprecher der AfD Warendorf, **Christian Blex** sowie der Kreissprecher der AfD Minden-Lübbecke, **Thomas Röckemann**. An der Versammlung nahmen 400 bis 450 Personen teil.

Warendorf (NRW), 19. Mai 2016

Weil die *Alternative für Deutschland* nach Ansicht ihres Landessprechers **Martin E. Renner** keine Säle mehr bekomme und deshalb „auf die Plätze und die Promenaden in den Städten" gehen müsse, trug selbiger seinen Standardvortrag „AfD macht Zukunft möglich" im Rahmen einer Kundgebung vor. Auf dem Wilhelmsplatz in Warendorf hatte Renner rund 45 Zuhörer_Innen. Die Veranstaltung wurde durch **Christian Blex** von der AfD Warendorf eröffnet.

Lippstadt (Kreis Soest), 8. Juni 2016

Die *Alternative für Deutschland* hielt eine Kundgebung unter dem Motto „AfD macht Zukunft möglich" auf dem Rathausplatz in Lippstadt ab, an der sich nach Polizeiangaben 50 Personen beteiligten. Hauptredner war der Landessprecher **Martin E. Renner.** Die AfD beklagte im Anschluss, dass „aggressive Störer" die Kundgebung „halbkreisförmig" eingeschlossen und „Bürger abgeschreckt" hätten. Durch „lautes Geschrei, Tröten und Trillerpfeifen" sei die Kundgebung massiv gestört worden.

Kurzmeldungen

Fakten, Fakten, Fakten aus den LOTTA-Ländern

RechtsRock (NRW und Hessen)

Auf der Bühne

Mehrere Bands aus NRW standen bei den diesjährigen Rechtsrock-Festivals in Thüringen auf der Bühne. Das als Kundgebung angemeldete „Rock für Identität" am 7. Mai in Hildburghausen war mit etwa 3.500 Besucher_innen das größte Konzert seit 2009 in Deutschland. Dort traten *Sleipnir* um Bandleader **Marco Bartsch** (Kreis Gütersloh, NRW) auf. *Sturmwehr (solo)*, bestehend aus **Jens Brucherseifer** und **Martin Böhne**, spielten sowohl beim „Eichsfeldtag" am 28. Mai 2016 in Leinefelde als auch beim „Thüringentag der nationalen Jugend" am 11. Juni 2016 in Sömmerda. Der Auftritt der ursprünglich angekündigten Band *Oidoxie* beim „Eichsfeldtag" fiel aus, stattdessen spielten die Dortmunder am selben Tag ein Konzert in London.

Im Rahmen eines von den „Hammerskins" organisierten Konzerts am 14. Mai 2016 im hessischen Kirchheim trat *Smart Violence* aus dem Ruhrgebiet auf. In Heinsberg (NRW) nahe der Grenze zu den Niederlanden fand am 4. Juni 2016 — am Abend nach dem neonazistischen TddZ-Aufmarsch in Dortmund — in einem angemieteten Partyraum in einer ehemaligen Gaststätte eine „Record Release Party" der Band *Kategorie C* statt. Einen Liederabend mit „Torstein" (**Torsten Hering**) aus Thüringen gab es am 11. Juni 2016 in Hamm/Westfalen (NRW). Für den 3. Juli 2016 konnte der NPD-Landesverband NRW den ehemaligen Landser-Sänger „Lunikoff" (**Michael Regener**) für einen Auftritt auf sein angeblich von 100 Personen besuchtes „Sommerfest" in den Rhein-Sieg-Kreis (NRW) locken.

Im Raum Wuppertal soll am 16. Juli 2016 ein Konzert mit den Bands *Totschlag* und *White Order* stattfinden. Gefeiert werden soll offenbar unter dem Titel „Freiheitsparty" die Haftentlassung eines „Kameraden". Im Rahmen einer „politischen Kundgebung" am 23. Juli 2016 im thüringischen Kloster Veßra soll nach einem „Schulungsvortrag" der „Liedermacher Phil" alias **Philipp Neumann** von *Flak* aus Bonn einen Liederabend gestalten. Für den 13. August 2016 wird in der „Westpfalz" ein Konzert mit *Kategorie C* aus Bremen und *Makss Damage* aus NRW angekündigt.

RechtsRock (NRW, RLP und Hessen)

Auf dem Plattenteller

„Leben heisst Kampf" lautet der Titel der im Juni 2016 bei *Gjallarhorn Klangschmiede* (Ludwigshafen am Rhein, RLP) erschienenen CD der Band *Inmitten von Ruinen*. Bei dieser Hardcore-Combo handelt es sich um ein Nachfolgeprojekt von *Bloodrevenge*. Kopf dieser Band war der inzwischen in Bielefeld (NRW) lebende **Jan-Peter Kersting**.

Black Metal spielt die aus Hessen kommende Band *Nordglanz*. Sie veröffentlichte im Juni 2016 die CD „Das sterbende Volk".

Zum „Tag der deutschen Zukunft" am 4. Juni 2016 in Dortmund erschien bei *PC Records* (Chemnitz) ein Sampler, aus den LOTTA-Ländern sind darauf der Liedermacher *Der Oberberger* (**Jens Herder**) aus dem Oberbergischen Kreis (NRW), das Balladenprojekt *Renitenz* von Musikern der Band *Breakdown* aus Rheinland-Pfalz und *Smart Violence* aus dem Ruhrgebiet vertreten.

Der Liedermacher *Sturmrebellen*, ehemals im Sauerland (NRW), inzwischen in Hessen ansässig, hat sein zweites Album „Sturmrebellen" veröffentlicht.

Randgruppe Deutsch, deren Mitglieder teils im Raum Köln (NRW), teils in Limburg (Hessen) wohnen, haben mit „Die Geister die wir riefen" eine neue CD veröffentlicht.

Im Mai 2016 veröffentlichte die Band *Sleipnir* um ihren in Verl (Kreis Gütersloh, NRW) wohnenden Sänger **Marco Bartsch** ihre CD „Totgesagte leben länger", der aus Gütersloh stammende Rapper **Julian Fritsch** aka *Makss Damage* veröffentlichte mit „Reconquista Mixtape Vol. 1" seine zweite CD.

Rechtsmotivierte Straftaten (Hessen)

Angriffe, Bedrohungen, Schmierereien im 2. Quartal 2016

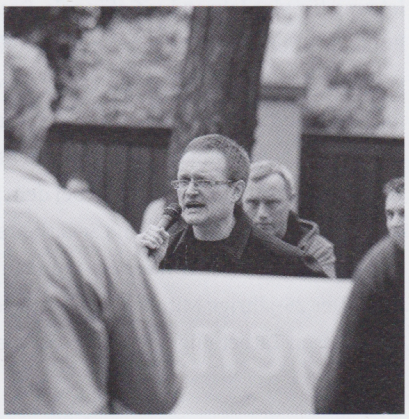
Die folgende Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

In der Nacht auf den **10. April** wurden in **Frankfurt** auf einem Fußballplatz Hakenkreuze sowie SS-Runen gesprüht. Auf die Laufbahn neben dem Platz wurden Botschaften wie „Lauf Jude lauf" hinterlassen. In derselben Nacht wurden die Außenmauer des Gymnasiums **Riedberg** mit Nazi-Parolen beschmiert. Am **18. April** wurde die Gedenkstätte für die aus **Frankfurt** deportierten und ermordeten Jüdinnen und Juden an der *Europäischen Zentralbank* beschmiert. Dabei wurde das Logo und der Schriftzug der *Identitären Bewegung* hinterlassen. Im nordhessischen **Eschwege** wurden am **20. April** mehrere Parolen („Heil Hitler") und Hakenkreuze gesprüht. In der Nacht zum **24. April** drangen in **Lampertheim** (Südhessen) vier Personen in eine Unterkunft für Geflüchtete ein und bedrohten einen der Bewohner mit einem Messer. Zuvor hatten sie das Tor zum Grundstück aufgetreten und im Hof sowie in der Unterkunft randaliert. Der Bewohner wurde leicht verletzt, erst als andere Bewohner_innen zu Hilfe kamen, flüchteten die Täter. Bei einem Angriff auf eine Unterkunft für Geflüchtete in **Leun** (Lahn-Dill-Kreis) wurden am **2. Mai** Rollläden beschädigt. Am Wochenende des **7./8. Mai** wurden in einem Wohngebiet in Kassel zwei Hakenkreuze hinterlassen. Vor einer Notunterkunft für Geflüchtete in **Wettenberg** bei Gießen legten am **11. Mai** Unbekannte Feuer. Bereits in der Nacht zuvor waren Fahrräder mit Farbe beschmiert und Briefkästen mit Bauschaum gefüllt worden. Ein Kind musste ärztlich behandelt werden. **Anfang Juni**, wenige Tage vor einem in **Büdingen** (Wetterau) stattfindenden Charity-Triathlon, wurde in einem Schreiben, das neben der Büdinger Polizei und dem *Kreis-Anzeiger* auch ein SPD-Kommunalpolitiker erhielt, gedroht, dass keine „Fremden" bzw. keine Muslime in der Altstadt akzeptiert würden. Der Brief enthielt die konkrete Drohung: „Müssen wir es erst knallen lassen, bevor ihr das kapiert?" Am **19. Juni** brannte in **Volkmarsen** (Waldeck-Frankenberg) ein Wohncontainer aus, in den Geflüchtete einziehen sollten. In unmittelbarer Nähe wurden knapp 30 Hakenkreuze gesprüht. Am gleichen Tag brannte in **Driedorf** (Lahn-Dill-Kreis) auf einem Gelände, auf dem auch Geflüchtete untergebracht sind, eine Turnhalle ab. Unbekannte schändeten am **20. Juni** in **Frankfurt** das Porträt des im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlingsjungen **Alan Kurdi**. „Grenzen retten Leben" wurde über das Bild gesprüht. Zwischen dem **19. und 23. Juni** kam es in **Fulda** mehrfach zu Hakenkreuz-Schmierereien. Um den **26. Juni** wurde in **Kassel** auf einem Kirchengrundstück ein Hakenkreuz in den Rasen geätzt. Der Landrat des Main-Kinzig-Kreises, **Erich Pipa**, gab am 20. Juni seinen Rücktritt bekannt. Als Hauptgrund gab er stetige persönliche Bedrohungen an, die er seit Juli 2015 per Post bekommen habe. Jede zweite Woche käme ein Drohbrief, in dem unter anderem seine Familie bedroht werde. In der Vergangenheit wurde Pipa von Neonazis aufgrund seiner Haltung zu Geflüchteten angefeindet, beschimpft und in Briefen mit dem Tod bedroht.

Parteien (NRW)

NPD will zur Landtagswahl antreten

Ihren Antritt zu den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Mai 2017 kündigte der NRW-Landesverband der NPD am 28. Mai 2016 mit. Der Parteivorstand der NPD habe „auf seiner heutigen Sitzung in Berlin den Wahlantritt zur Landtagswahl 2017 beschlossen und damit den Beschluß des Landesvorstandes NRW bestätigt." Bei den letzten NRW-Landtagswahlen war die NPD auf magere 0,5 Prozent der Zweitstimmen gekommen.



Rainer Händelkes bei einer Demonstration in Bad Godesberg am 14. Juni 2016

Parteien (NRW)

NPD Krefeld wählt Vorstand

Bereits am 18. April 2016 hatte der für Krefeld und den Kreis Kleve zuständige NPD-Kreisverband einen neuen Kreisvorstand gewählt. „Alter und neuer Kreisvorsitzender" sei „der örtliche Aktivist **Rainer Händelkes**" teilte die Partei mit. Zur Seite stehen dem Ehemann der Duisburger NPD-Stadtratsabgeordneten **Melanie Händelkes** nach NPD-Angaben: „**S. Immer** (Stellvertreter), **F. Dilter** (Schatzmeister), **C. Funke** (Beisitzer) und **D. Gochermann** (Beisitzer)".

Vor Gericht (Hessen)

Prozess gegen „Sturm 18"-Mitglieder

Am 30. Mai 2016 ging der Prozess gegen sechs Mitglieder des mittlerweile verbotenen Vereins *Sturm 18* aus Kassel zu Ende. Die Angeklagten, drei Männer und drei Frauen, sollen fast eine Woche lang Menschen sadistisch misshandelt, gedemütigt und geschlagen haben, angeleitet durch den „Kameradschaftsführer" **Berndt Tödter**. Die Anklage reichte von Körperverletzung über Nötigung bis hin zu unterlassener Hilfeleistung sowie Fahren ohne Führerschein. Der Fall erlangte große mediale Aufmerksamkeit, da der Hauptangeklagte Tödter in dem Zeitraum im NSU-Prozess in München hätte aussagen sollen, dort aber nicht erschien. Der Prozess bot einen erschreckenden Einblick in das höchst gewalttätige, alkoholkranke Milieu der Gruppierung um Tödter. Die Angeklagten wurden zu Haftstrafen, zum Teil auf Bewährung, und Geldstrafen verurteilt. Tödter wurde in allen Punkten schuldig gesprochen und zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Tödters Verteidiger, der Szeneanwalt **Dirk Waldschmidt**, kündigte an, in Revision gehen zu wollen.

Vor Gericht (Hessen)

Neonazis wegen Vergewaltigung verurteilt

Ein 31-jähriger Neonazi der *Nationalen Sozialisten Rhein-Main* (NSRM) aus Frankfurt, Kai K., muss wegen Vergewaltigung, versuchter sexueller Nötigung und Körperverletzung für vier Jahren ins Gefängnis. Drei Vorfälle spielten bei dem Prozess eine Rolle. In einem wurde er von seinen Saufkumpanen davon abgehalten, eine Frau zu vergewaltigen. Nachdem er eine Frau bereits an den Haaren zu Boden gerissen und ihr den Mund zugehalten hatte, zogen diese ihn weg. In einem weiteren Fall sperrte er eine von zwei Frauen, die bei ihm zu Besuch waren, auf den Balkon, die andere vergewaltigte er. Im dritten Fall, bei dem mit Nils I. ein weiterer Neonazis der NSRM beteiligt war, zwangen sie eine Sexarbeiterin mit einer Peitsche zum „härteren Sex", das ganze dauerte über mehrere Stunden und wurde von den beiden Neonazis gefilmt. Der 25-jährige Mitangeklagte wurde freigesprochen, da sich „keine Klarheit" über dessen Tatbeteiligung habe herstellen lassen.

Studentische Verbindungen (Hessen)

Rheinfranken Marburg im Fokus

Die *Marburger Burschenschaft Rheinfranken* sorgte in letzter Zeit mehrfach für Aufsehen. Ihr „Alter Herr" **Christian Zaum**, Lehrer am Gymnasium Schloss Wittgenstein, lud seine Schüler_innen „auf" das Haus der extrem rechten Verbindung zu einer Feier ein. Antifaschist_innen veröffentlichten diesen Vorfall, der von Zaum abgestritten wurde. Die Schulleitung sieht in der „Keil"-Aktion kein Problem. Am 3. Juni 2016 fand bei den *Rheinfranken* eine Vortragsveranstaltung mit dem AfDler und Burschenschafter **Dubravko Mandic** statt. In der Nacht betraten vier „Burschen" die linke Kollektivkneipe *Havanna8*, wurden dort erkannt und hinausgeworfen. Später warfen sie mit einer Bierflasche eine Scheibe ein. Am 24. Juni 2016 veranstalteten die *Rheinfranken* einen Vortrag zum amerikanischen Verbindungswesen mit dem Referenten **Tanner Galberach** von der *Pi Kappa Alpha*. Die Verbindung hat in Amerika mit tödlichen Initiationsritualen und Vergewaltigungen Schlagzeilen gemacht.

Sonstiges (Rheinland-Pfalz)

Extrem Rechte bei „Stopp Ramstein"-Aktion

An einer Menschenkette der Kampagne „Stopp Ramstein: Kein Drohnenkrieg!" vom Bahnhof Kaiserslautern zum US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein beteiligten sich am 11. Juni 2016 nach Eigenangaben 30 Anhänger_innen der PEGIDA-ähnlichen „Pfälzer Spaziergänger", darunter **Sascha Wagner** (NPD) und **Ulrike Reinhardt**. Reinhardt trat in der Vergangenheit als Anmelderin extrem rechter Demonstrationen in Erscheinung.

Vor Gericht (Hessen)

HoGeSa-Randale

Der 27-jährige **Marcel W.** aus Lauterbach wurde am 11. Mai 2016 zu einer Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt, da er im Oktober 2015 bei der HoGeSa-Demo in Köln Polizist_innen mit einem Betonpoller angegriffen hat. W. ist kein Unbekannter: Politisch sozialisiert im Umfeld der *Berserker Kirtorf* ist er hessenweit und überregional gut vernetzt. Er nahm in den letzten Jahren regelmäßig an kulturellen Events der Szene teil und war auch auf extrem rechten Demonstrationen anzutreffen, beispielsweise am 1. Mai 2013 in Dortmund.

Parteien (NRW)

Roeseler verlässt „pro NRW“

Nachdem er zuvor noch angekündigt hatte, dass „Aufgeben keine Option“ sei (siehe LOTTA #62, S. 41), hat **Dominik Roeseler** (Mönchengladbach) zwischenzeitlich die *Bürgerbewegung pro NRW* verlassen und ist damit offenbar einem Ausschluss zuvorgekommen. Am 20. Mai 2016 teilte er mit, dass er somit auch „seine Ämter als stellvertretender Parteivorsitzender, Bezirksvorsitzender Niederrhein und Kreisvorsitzender Mönchengladbach“ niedergelegt habe. „Das Mandat im Mönchengladbacher Stadtrat“ werde er aber weiterführen, so der in HoGeSa- und *Gemeinsam Stark Deutschland*-Strukturen federführend Eingebundene, dem vom *pro NRW*-Alleinherrscher **Markus Beisicht** „parteischädigendes Verhalten“ vorgeworfen worden war. Roeseler habe „von einem seriösen und insbesondere nachhaltigen lokalen parteipolitischen Engagement nicht allzu viel“ gehalten, so *pro NRW*. Er habe „stattdessen stets bei überregionalen Kundgebungen und Demonstrationen für sich mediale Aufmerksamkeit zu erhaschen“ versucht.

Parteien (NRW)

AfD-Ratsherr ausgeschlossen

Laut Beschluss des Landesschiedsgerichts der AfD NRW von Anfang Juni 2016 ist das Aachener AfD-Stadtratsmitglied **Markus Mohr** aus der Partei ausgeschlossen worden. Der AfD-Rechtsausleger hatte schon mehrfach den Zorn seines Landesverbands auf sich gezogen, den Ausschlag dürfte gegeben haben, dass er mit dem ehemaligen Parteivize von *pro NRW*, dem Aachener Ratsabgeordneten **Wolfgang Palm**, die neue Ratsgruppe „Allianz für Aachen“ gegründet hatte.

Parteien (NRW)

„Republikaner“ zerlegen sich selbst

Neben der NPD und pro NRW wollen auch Die Republikaner zu den nächsten Landtagswahlen im Mai 2017 antreten, obwohl ein solches Unterfangen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt ist. Ein Ergebnis deutlich unterhalb von 0,5 Prozent ist absehbar, zumal die Partei nur noch in wenigen NRW-Städten und — Kreisen wahrnehmbar ist. Schwerpunkt des Landesverbands um seinen Vorsitzenden **André Maniera**, zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender und Düsseldorfer Stadtratsmitglied, ist die Landeshauptstadt Düsseldorf, auf die sich auch der REP-Wahlkampf fokussiert. Seit Sommer 2015 fanden hier bereits neun demonstrative Aktionen statt, wobei Berührungsängste zu neonazistischen Akteur_innen nicht zu beobachten sind. Als Spitzenkandidat für die Landtagswahl wurde der ehemalige Kölner pro NRW-Aktivist **Kevin Krieger** auserkoren, der in Teilen der NRW-REP stark umstritten ist. Krieger, der auch als Jugendbeauftragter (REP-Jugend NRW) des Landesverbands fungiert und sich zuletzt am Aufbau eines REP-Kreisverbands Rhein-Erft versuchte, stellte sich seiner Facebook-Gemeinde im Juni 2016 als zukünftiger „Ansprechpartner für Köln & Umland“ vor. Der eng mit dem Duisburger Kreisverband verbandelte Kölner Kreisverband war zuvor von **Thomas Weber** (ex pro NRW) geleitet worden, der offenbar vom Landesvorstand abgesetzt wurde und nun offen gegen Krieger zu Felde zieht. Augenfällig ist auch, dass sich seit Anfang 2016 weder der REP-Kreisverband Köln, noch der in Duisburg an Aktionen des Landesverbandes beteiligte. Auch im Landesvorstand sind beide Kreisverbände nicht vertreten, obwohl der Duisburger um **Mario Malonn** (ex *pro Deutschland* und ex *pro NRW*) sogar auf eine von pro NRW abgespaltete Stadtratsgruppe zurückgreifen kann. Was die schlechten Wahlergebnisse bisher nicht geschafft haben, nämlich die Auflösung der Partei, besorgen jetzt offenbar die REP selber, insbesondere die zu den REP übergelaufenen ex pro NRWler.

In eine Zitrone gebissen? Oder sich selbst versehentlich zugehört? Kevin Krieger am 05. September 2015 in Köln.

Rechte Gewalt (NRW)

Flüchtlingsunterkünfte: Anschläge und Bedrohungen im 2. Quartal 2016

Die folgende Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Nach einer „vorsätzlichen Brandstiftung in einer **Herforde**r Asylbewerberunterkunft" am **14. April** nahm die Polizei einen 37-jährigen Herforder fest. Bei dem Anschlag wurden zwei Bewohner_innen leicht verletzt. In der Nacht auf dem **16. April** wurden vor einer Unterkunft in **Sundern (Hochsauerlandkreis)** fünf Fahrräder mutwillig beschädigt, dies teilte die *Kreispolizeibehörde Hochsauerlandkreis* mit. „Drei Leichtverletzte nach Teppichbrand" in einer Unterkunft in **Kerken (Kreis Kleve)** meldete die Kreispolizeibehörde Kleve für den **26. April.** Zwischenzeitlich hat eine in der Nähe der Unterkunft angetroffene 36-jährige Kerkenerin die Tat „eingeräumt", „Hinweise auf ausländer- und fremdenfeindliche Hintergründe" lägen aber nicht vor. Unbekannte Täter_innen zündeten in der Nacht auf den **28. April** den noch unbewohnten Neubau einer Flüchtlingsunterkunft in **Münster-Hiltrup** an, nachdem sie in das Gebäude eingedrungen waren. „Drei unbekannte Männer" hätten am **11. Mai** eine Flüchtlingsunterkunft in **Ennigerloh (Kreis Warendorf)** „aufgemischt", teilte die Polizei Münster mit. Sie seien in eine Unterkunft eingedrungen, hätten dort randaliert und zwei Bewohner angegriffen, von denen einer leicht verletzt worden sei. Aus einer etwa zehnköpfigen Gruppe, die laut Polizei „schwarz gekleidet und teilweise vermummt" war und von der Security auf dem Gelände einer Unterkunft in **Lippstadt (Kreis Soest)** angetroffen worden war, wurden am **15. Mai** Schüsse aus einer Schreckschusspistole abgegeben, anschließend flüchtete die Gruppe. Um den **15. Mai** sprühten Unbekannte in **Wilnsdorf-Flammersbach (Kreis Siegen-Wittgenstein)** Hakenkreuze an ein Haus, das von einer geflüchteten Familie bewohnt wird. Weil sie am **18. Mai** mehrere Feuerwerksraketen in Richtung einer Unterkunft in **Geldern (Kreis Kleve)** abgeschossen hatten, wurden ein Frau und Mann aus Geldern von der Polizei überprüft. „Fremdenfeindlichkeit schloss die Polizei nicht aus", so die Lokalpresse, „einen offensichtlichen Hinweis dafür gebe es bisher jedoch nicht". Die Stadthalle in **Münster-Hiltrup**, in der vor einiger Zeit Geflüchtete untergebracht waren, wurde in der Nacht auf den **3. Juni** mit rassistischen Parolen beschmiert. Am Tag darauf, am **4. Juni**, kam es erneut zu einer Brandstiftung in der noch unbewohnten Unterkunft, die bereits am 28. April brannte. Die Polizei ermittelte kurze Zeit später zwei 23 und 25 Jahre alte, im Stadtteil wohnende Tatverdächtige. Dennoch kam es am **9. Juni** erneut zu Schmierereien an der Stadthalle **Münster-Hiltrup**. Eine „versuchte Brandstiftung" an einem „Container einer geplanten Flüchtlingsunterkunft in **Neunkirchen-Seelscheid (Rhein-Sieg-Kreis)** meldete die Polizei Bonn für den **10. Juni.** „Vermutlich mit einer Soft-Air-Waffe" wurde am **22. Juni** auf zwei Bewohner einer Unterkunft in **Paderborn** geschossen, nachdem sich die Täter unbemerkt bis an die Rückseite des Gebäudes geschlichen und offenbar geplant hatte, durch die offenen Fenster der Zimmer einzudringen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt.

Von Anfang Januar bis Anfang Juni 2016 registrierte die nordrhein-westfälische Landesregierung 22 Gewaltdelikte gegen Flüchtlingsheime. Diese Zahl nannte **Ralf Jäger**, NRW-Innenminister, anlässlich der Vorstellung des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichtes für das Jahr 2015. Im gesamten Jahr 2015 habe es 31 Gewaltdelikte gegeben, 2014 „nur" drei.

Vor Gericht (NRW)

„HJ Wassenberg"

Am 10. Juni 2016 wurde am *Amtsgericht Heinsberg* das Urteil gegen fünf Neonazis aus Wassenberg gesprochen. Die Gruppe, die sich in einem internen Chat als „HJ Wassenberg" bezeichnete, hatte im Dezember 2014 und Januar 2015 am Wassenberger Busbahnhof Geflüchtete angegriffen und beleidigt. Ein Opfer erlitt bei den Attacken eine Gehirnerschütterung, einen Kreuzband- und einen Innenminiskusriss. Das Gericht verurteilte die Angeklagten **Dominic T.** (20), **Max W.** (19), **David B.** (19) und **Kevin A.** (18) zu Jugendstrafen zwischen neun Monaten und einem Jahr und neun Monaten. Die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt, sofern die Angeklagten in einer sechsmonatigen Vorbewährung eine Reihe von strengen Auflagen erfüllen. Lediglich der wegen Beihilfe verurteilte **Aaron C.** muss für neun Monate ins Gefängnis, weil er die Vorbewährungsauflagen nicht annehmen wollte. Reue zeigten die Täter nicht, die Vorbewährung geht auf Fürsprache der Jugendgerichtshife zurück.

AfD und „Neue Rechte“ (Hessen)

Höcke beim „Herkules-Kreis“ in der osthessischen Provinz

Am 27. Mai 2016 veranstaltete der kürzlich gegründete *Herkules-Kreis* in Friedlos in Osthessen einen Vortragsabend mit **Björn Höcke**, zu dem etwa 80 Zuhörer_innen kamen. Der *Herkules-Kreis* stellt für Hessen eine neue Schnittstelle zwischen Akteur_innen der „Neuen Rechten“ dar. Mitgründer der Initiative ist der AfD-Politiker **Andreas Lichert**, Vorstandsmitglied des *Instituts für Staatspolitik* und bekannt durch seine *Projektwerkstatt Karben*. In Friedlos ist das AfD-Gründungsmitglied **Heiner Hofsommer** ansässig, ein ehemaliger Lehrer, der wegen rassistischer Äußerungen 2002 in den Ruhestand versetzt wurde. Nach Berichten der *Frankfurter Rundschau* waren neben ihm auch **Wolfgang Hübner** von den *Bürgern für Frankfurt* (BFF), Personen des *Bündnisses Deutsche Patrioten Hessen* sowie **Axel von Baumbach** anwesend. Von Baumbach trat sein Kreistagsmandat für die AfD nicht an, nachdem seine Vergangenheit in der „Reichsbürgerbewegung“ offen gelegt worden war.

Rechte Gewalt (RLP)

Ermittlungen eingestellt

Die Frankenthaler Staatsanwaltschaft, die die Ermittlungen zu dem rassistischen Brandanschlag auf die Unterkunft für Geflüchtete in Limburgerhof führte, hat die Ermittlungen bereits im März 2016 abgeschlossen. Es gebe keine Hinweise auf die Täter. Ein Überwachungsvideo einer Tankstelle in der Nähe des Tatorts zeigte zwei vermummte Männer beim Abzapfen von Benzin. In Limburgerhof hatte zuvor eine *Bürgerbewegung Limburgerhof* Broschüren der Partei *Der III. Weg* verteilt.

Bald im Knast? Christoph Drewer beim „Tag der deutschen Zukunft“ am 4. Juni 2016 in Dortmund.

Vor Gericht (NRW)

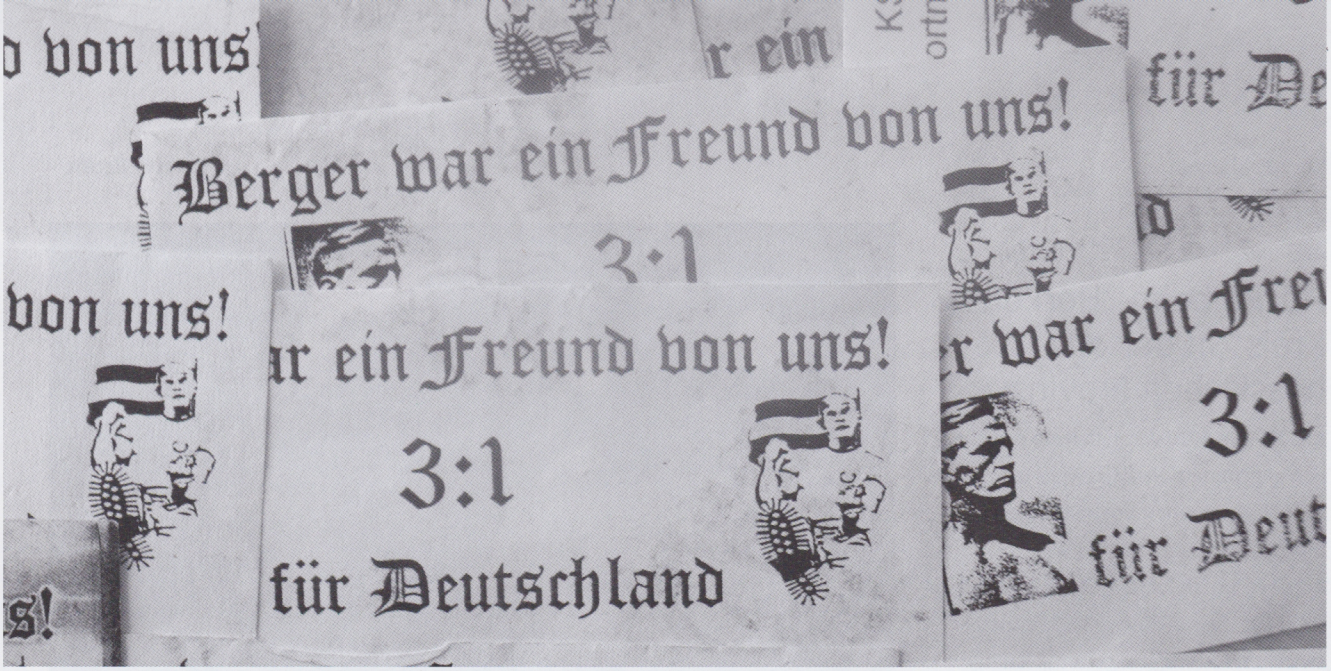
Neonazis verurteilt

Melanie Dittmer wurde am 28. April 2016 vom *Amtsgericht Düsseldorf* wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Störung der Religionsausübung zu einer Haftstrafte von acht Monaten auf Bewährung verurteilt.
Der *Die Rechte*-Bundesvize **Christoph Drewer** ist am 9. Mai 2016 vom *Amtsgericht Dortmund* wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Drewer, der sich auf Bewährung befindet, wurde bereits im Januar 2016 vom *Landgericht Münster* zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Wird eines der Urteile rechtskräftig, muss er ins Gefängnis.
Das Landgericht Köln verurteilte am 11. Mai 2016 den aus Bedburg im Rheinland stammenden Neonazi **Marco Friedrichs** wegen Mordes an seiner damaligen Lebensgefährtin zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe.
Das *Landgericht Dortmund* verurteilte am 13. Juni 2016 im Berufsverfahren den Dortmunder Neonazi **Andre Penczek** wegen Körperverletzung. Allerdings wurde sein Strafmaß auf 90 Tagessätze á 15 Euro reduziert.

Parteien

Bundesparteitag von „Die Rechte“

In einer WG in Dortmund-Dorstfeld hielt die Partei *Die Rechte* am 15. Mai 2016 ihren Bundesparteitag ab. Der Bundesvorsitzende **Christian Worch** wurde ebenso wie seine Stellvertreter **Christoph Drewer** (Dortmund) und **Roman Gleißner** (Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt) im Amt bestätigt. Wiedergewählt wurden auch vier der sechs Beisitzer: der Kreisvorsitzende Ostwestfalen, **Sascha Krolzig**, **Holger Niemann** aus Niedersachsen, **Martin Ziegler** aus Schleswig-Holstein und der Kreisvorsitzende im Rhein-Erft-Kreis, **Markus Walter.** Niemann bleibt zudem Bundesorganisationsleiter und Ziegler fungiert weiterhin als Schatzmeister. **Dennis Giemsch** (Dortmund) und **Mario Messerschmidt** (Niedersachsen) schieden als Beisitzer aus. Neu als Beisitzer vertreten sind der sächsische Landesvorsitzende **Alexander Kurth**, der Landesorganisationsleiter Thüringen, **Michel Fischer**, und der baden-württembergische Landesvorsitzende **Manuel Müllin.** Im Amt bestätigt wurde der Schiedsgerichts-Vorsitzende **Meinhard Otto Elbing**.



© Antirassistisches Bildungsforum Rheinland

Von Kim Finke

„3:1 für Deutschland“

Der Polizistenmörder Michael Berger war Teil der Neonazi-Szene

Am 14. Juni 2000 erschoss Michael Berger in Dortmund und Waltrop drei Polizist_innen, anschließend richtete er sich selbst. Der NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags (PUA) befasste sich im April mit den Taten, die das Innenministerium nicht zu den rechtsmotivierten Morden zählt. Dabei wurde deutlich, dass sich die Polizei bei ihren Ermittlungen nicht für Bergers Einbindung in die Neonazi-Szene interessierte — trotz dreier toter Kolleg_innen, einem beim Täter aufgefundenen Waffenarsenal und Hinweisen auf Schießübungen mit Neonazis.

14. Juni 2000, wenige Minuten vor 10 Uhr in Dortmund-Brackel. Der Besatzung eines Streifenwagens fällt ein silberner 3er BMW auf, dessen Fahrer nicht angeschnallt ist. Als sie das Auto stoppen und den Fahrer ansprechen, schießt dieser unvermittelt auf die beiden Beamt_innen. **Thomas Goretzky** verstirbt wenig später am Tatort. Seine Kollegin **Nicole Hartmann** hingegen überlebt die Schussverletzungen und kann Hinweise auf das Tatfahrzeug geben, sie wird 2012 im Alter von erst 37 Jahren einer Krankheit erliegen. Der Täter flüchtet aus der Stadt. Eine halbe Stunde später trifft er in Waltrop auf einen weiteren Streifenwagen. Er eröffnet das Feuer und tötet die Polizist_innen **Matthias Larisch von Woitowitz** und **Ivonne Hachtkemper**. Nach einer Großfahndung entdeckt die Polizei gegen 16:30 Uhr den BMW in einem Waldstück bei Olfen. In dem Auto befindet sich die Leiche des Täters, der sich mit einem Kopfschuss umgebracht hat: Michael Berger, arbeitslos, 31 Jahre alt, am Morgen des Tattags aus dem Krankenhaus entlassen. Jetzt beginnen die Ermittlungen der Polizei Dortmund, die, das zeigte die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses, von allgemeiner Nachlässigkeit und Desinteresse an den Kontakten des Täters zur Neonazi-Szene geprägt sind.

Waffen und NS-Devotionalien

Bereits bei der Durchsuchung von Bergers PKW fanden die Ermittler_innen Hinweise auf eine neonazistische Gesinnung. An der Heckscheibe klebte ein Aufkleber mit dem Titel des *Landser*-Albums „Republik der Strolche“, am Handschuhfach prangte der SS-Spruch „Meine Ehre heißt Treue“, in Bergers Portemonnaie fand sich neben Kontaktdaten von Neonazis wie **Sebastian Seemann** auch ein Mitgliedsausweis der NPD. In der Wohnung des 31-jährigen stellten die Ermittler_innen weitere Nazi-Devotionalien und einschlägige Literatur sicher. Im Auto und in der Wohnung befand sich zudem ein ganzes Waffenarsenal, bestehend aus scharfen Pistolen und Revolvern sowie einer Übungshandgranate. Wenige Tage später wurde in der Wohnung seiner Eltern sogar ein Sturmgewehr AK47 nebst Mu-

nition sichergestellt. Für keine dieser Waffen hatte Berger eine waffenrechtliche Erlaubnis.

Michael Schenk, der damalige Leiter der mit den Ermittlungen betrauten Mordkommission und spätere Ermittlungsleiter beim Mord an **Mehmet Kubaşık**, erklärte vor dem PUA, man habe mittels einer „Verkaufswegefeststellung" herausfinden wollen, woher die Waffen stammten. Zeitweise habe man nach einem Waffenhändler aus Recklinghausen gesucht. Ohne Erfolg. Die Herkunft der Waffen blieb ungeklärt. Nach polizeilich bekannten Waffenhändlern mit rechter Gesinnung aus dem Bereich Dortmund, wie etwa **Fred S.**, erkundigte sich Schenk nicht. Dass die *Westfälische Rundschau* damals berichtete, Berger habe Kontakt zum ehemaligen Kroatien-Söldner und Neonazi **Michael Kratz** gehabt, spielte in den Ermittlungen keine Rolle, obwohl es sich bei Bergers AK47 um ein jugoslawisches Fabrikat handelte. Auch der gegenüber der Polizei geäußerte Hinweis eines Zeugen aus der rechten Szene, Berger habe ihm eine Waffe zum Kauf angeboten, zog keine Ermittlungen nach sich. Einzig nach dem Hinweis von Sebastian Seemann, er habe gemeinsam mit Berger Schießübungen an der Lippe durchgeführt, suchte man den Ort auf und fand die Angaben bestätigt. Aber die naheliegende Frage, mit wie vielen anderen Neonazis der Mörder ebenfalls Schießübungen machte, stellte sich die Mordkommission nicht. Auch die Fragen, ob Berger womöglich die Neonazi-Szene mit Waffen versorgte oder ob es weitere, ähnlich schwer bewaffnete Neonazis in Dortmund gab, lagen nicht im Interesse der Mordkommission. Ermittlungen zur rechten Szene habe man nicht durchgeführt, erklärte Ermittlungsleiter Schenk. „Das ist Aufgabe des Staatsschutz gewesen." Informationen habe der Staatsschutz aber nicht geliefert.

Bergers Kontakte zur Neonazi-Szene

Dabei finden sich in den Ermittlungsakten zahlreiche Hinweise auf Bergers Kontakte zur lokalen Neonazi-Szene. Die Mordkommission ging ihnen aber nie systematisch nach. Über 20 Neonazis werden in den Akten erwähnt, mit denen Berger, den Schenk als „mehr oder weniger Einzelgänger" bezeichnete, in Kontakt stand. Der Vergleich einer im Januar 2000 bei **Pascal Zinn** aufgefundenen Mitgliederliste des *Nationalen Widerstands Ruhrgebiet* mit Bergers Telefonbuch ergab eine Übereinstimmung von neun Personen. Auf der Liste tauchte Bergers Name nicht auf, gleichwohl fand sich sein Name auf einer ebenfalls bei Zinn aufgefundenen Telefonkette. Auf Bergers Einbindung in die Dortmunder Szene verweist auch seine Teilnahme an Kameradschaftsabenden in der Kneipe „Schützeneck".

Die Mordkommission wollte Pascal Zinn, der damals nicht nur führend in der Kameradschaft sondern auch als Kreisvorsitzender der NPD tätig war, über Berger befragen. Als man ihn zuhause nicht antraf und auch auf dem Festnetz nicht erreichte, stellte die Polizei ihre Bemühungen ein. Eine Kontaktaufnahme auf Zinns Handy versuchte man gar nicht erst. Auch **Sabine Birkenstock**, sie kandidierte bei der Kommunalwahl 2009 für die NPD Dortmund und heiratete den NPD-Funktionär **Martin Modrezweski**, wurde nicht vernommen, obwohl ein an Berger adressierter Briefumschlag mit ihrem Absender gefunden wurde. Ein ebenfalls in Bergers Wohnung sichergestelltes Foto zeigt Berger, Birkenstock und sechs weitere Neonazis vor einer Hakenkreuzfahne. Auf dem Foto legt Berger seinen Arm freundschaftlich um den Selmer **Sven Oliver Althoff.** Auch mit ihm sprach die Polizei nicht über den Mörder.

Althoff betätigte sich wenige Jahre später in den Reihen der *Oidoxie Streetfighting Crew*, ebenso wie der ebenfalls in den Berger-Ermittlungen auftauchende **Falk Harry Pirnke**, der später als Schlagzeuger bei *Extressiv* und *Oidoxie* spielte. Pirnke gehörte zu einer Gruppe junger Neonazis, die sich am 22. Juni 2000 an der Stelle versammelten, wo sich Berger erschossen hatte. Die Versammlung findet sich zwar in den Spurenakten, weitere Ermittlungen dazu führte die Mordkommission aber nicht durch. Aus einem Vermerk des Verfassungsschutzes geht zudem hervor, dass Pirnke auch am Rande der Trauerfeier für die getöteten Polizist_innen festgestellt wurde. Doch auch mit Pirnke sprach die Polizei nicht. Pirnke wie Althoff zählten 2000 zu einer Gruppe von Neonazis aus Selm, die sich zuerst *Borker Terrorszene* und dann *Lippefront Bork* nannte. Der gut zehn Jahre ältere Berger, der in Selm aufgewachsen war, wird auf die Jugendlichen aus der Kleinstadt sicherlich Eindruck gemacht haben.

Im Umfeld dieser Neonazi-Clique bewegte sich auch der vom PUA vernommene Zeuge **Patrick Dittmann**, Spitzname „Langer". Der 37-Jährige war damals Mitglied der *Kameradschaft Dortmund* und ein enger Freund Bergers. Heute bezeichnet er sich als „Aussteiger". Er bestätigte, dass Berger zur Kameradschaft zählte und berichtete, dass sie gemeinsam an einem großen Neonazi-Zeltlager bei Lünen oder Coesfeld teilgenommen hätten. Ob in der Dortmunder Kameradschaft über den bewaffneten Kampf gesprochen wurde, daran konnte sich der Zeuge — wie an so vieles — aber nicht erinnern. Über *Combat 18* und *Blood & Honour* hätten damals aber „im Grunde alle" gesprochen, es seien auch Hefte und Kopien über *Combat 18* in der Szene kursiert.

Dittmann offenbarte erstaunliche „Erinnerungslücken": Obwohl er der Polizei

© Azzoncao

Antifaschistisches Gedenken am Tatort in Dortmund-Brackel 2010.

2000 den entscheidenden Hinweis auf die AK47 gab, behauptete er im PUA, sich daran nicht erinnern zu können — ebenso wenig wie an irgendetwas anders, was mit Bergers Waffen oder Schießübungen zusammenhing. Überraschenderweise ließen die Abgeordneten den Zeugen mit seiner Verweigerungshaltung gewähren.

Keine Ermittlungen des Staatsschutzes

Mordkommissions-Leiter Schenk verwies bei allen Fragen zur Neonazi-Szene stets auf die Zuständigkeit des in die Ermittlungen eingebundenen Polizeilichen Staatsschutzes. Der Auftritt des damaligen Staatsschutz-Leiters **Georg Anders** vor dem PUA war allerdings eine Farce: Auf die Frage, was seine Abteilung im Fall Berger ermittelt habe, antwortete Anders, er könne sich gar nicht mehr erinnern, ihm würde selbst der Name nichts mehr sagen, hätte er ihn nicht vor einiger Zeit in der Zeitung gelesen. Auf die meisten Fragen erwiderte er: „Daran kann ich mich nicht erinnern." Auch vorgehaltene Faxe und Vermerke, die unter anderem belegten, dass er sich im Fall Berger mit dem NRW-Verfassungsschutz austauschte, entlockten dem Zeugen keine Erinnerung. Schließlich platzte dem Vorsitzenden **Sven Wolf** der Kragen, er herrschte den pensionierten Polizisten an, er müsse zumindest versuchen, sich zu erinnern, und drohte ihm mit einem Ordnungsgeld. Das Aussageverhalten von Anders änderte sich dadurch jedoch nicht.

Auch der stellvertretende Leiter des Dortmunder Staatsschutzes, **Heribert Seck,** machte vor dem PUA immer wieder „Erinnerungslücken" geltend, aber zumindest konnte er angeben, was der Staatsschutz alles nicht tat: Die aufgefundenen NS-Devotionalien waren kein Anlass für Ermittlungen zum politischen Hintergrund der Tat; die Kontakte Bergers zur Kameradschaft und zur *Lippefront* wurden nicht überprüft, ebenso wenig die Identität der Neonazis auf dem bei Berger aufgefundenen Foto; es gab keine Ermittlungen in Richtung Neonazi-Szene, und schon gar nicht wurde die Tat in den Kontext des Rechtsterrorismus gestellt.

Ein politisches Motiv sehe er bei Berger nicht, so Seck vor dem PUA. Zu den von Dortmunder Neonazis verteilten Flugzetteln mit der Aufschrift: „Berger war ein Freund von uns. 3:1 für Deutschland" konnte der Zeuge nur ausführen, dass die Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Relevanz bewerten sollte. Was aus dem Verfahren geworden sei, wisse er nicht mehr. Nach Secks Ansicht sei der Staatsschutz nur am Rande, etwa bei der Wohnungsdurchsuchung, involviert gewesen. Die Ermittlungen habe die Mordkommission verantwortet, eine Abklärung von Bergers Einbindung in die Neonazi-Szene sei Aufgabe des Verfassungsschutzes gewesen, so Seck. Dem Staatsschutz sei Berger vor den Morden gar nicht bekannt gewesen. Ein im PUA vernommener ehemaliger Staatsschutz-Beamter hatte einige Monate zuvor allerdings ausgesagt, er habe Berger bei einem Treffen im „Schützeneck" festgestellt.

Die fehlende Zeugin

Drei Polizist_innen wurden ermordet, der Täter war ein Neonazi — doch der Staatsschutz zeigt keinerlei Engagement, die Hintergründe der Taten aufzuklären. Dieses an Arbeitsverweigerung grenzende Verhalten des Staatsschutzes ist nicht die einzige Merkwürdigkeit bei den Ermittlungen. Noch während die Polizei nach dem flüchtigen Mörder fahndete, vernahm sie dessen Eltern. Sie gaben Auskunft über das Leben ihres Sohnes und seine Probleme und erwähnten dabei auch zwei Ex-Freundinnen. Ihr Sohn soll die eine Frau einmal mit einem Polizisten im Bett erwischt haben. Die andere Frau mit Namen Claudia soll ihn vor kurzem noch in Dortmund besucht haben. Sogar eine Heirat sei im Gespräch gewesen, berichteten die Eltern.

Die Polizei machte daraufhin die erste Frau in Niedersachsen ausfindig, doch in ihrer Vernehmung stellte sich heraus, dass sie Berger nie mit einem Polizisten betrogen hatte, sondern vor der Beziehung zu Berger mit einem Polizisten liiert gewesen war. Ihre Beziehung Anfang der 1990er Jahre lag lange zurück.

Die zweite Freundin, Claudia, die noch vor kurzem Kontakt mit Berger hatte, wurde hingegen nie von der Polizei vernommen. In den Akten findet sich eine falsche Schreibweise ihres Namens.
Über Michael Berger äußerte sie sich erstmals, nachdem der PUA sie ausfindig gemacht hatte. Sie charakterisierte Berger als „Waffennarr" mit „ausländerfeindlicher Haltung". Er habe große Mengen Alkohol getrunken und Antidepressiva genommen. Sie habe ihn nur verbal aggressiv erlebt und ihm eine solche Tat nicht zugetraut. Ihr letzter Kontakt zu Berger war ein kurzes Telefonat vor den Morden. Berger befand sich damals im Krankenhaus in Dortmund. „Ich habe nie erfahren, was im Krankenhaus passiert ist. Er wollte mich anrufen, wenn er entlassen ist, und ich wollte dann ja auch nach Dortmund fahren", so die Zeugin. Auf die Frage, ob sie Anzeichen von suizidalen Tendenzen bemerkt habe, antwortete sie: „Er kommt aus dem Krankenhaus und geht los und erschießt Menschen. Das habe ich bis heute nicht verstanden."

Der Mörder zeigt den Hitlergruß: Foto von Berger in der Presse.

Was war Bergers Motiv?

Berger litt unter Depressionen, so viel steht fest. In Waltrop war er seit 1997 bei einem Therapeuten in Behandlung, als Akutpatient erschien er dort aber nur äußerst selten und nahm an keinen Psychotherapie-Sitzungen teil. Er kam nur, um sich Antidepressiva verschreiben zu lassen. Zuletzt ließ er sich Ende Mai 2000 eine Überweisung für die freiwillige stationäre Aufnahme in der Psychiatrie ausstellen, wo er nur einige Tage blieb. Die Psychiatrie stellte ihn dann in ein reguläres Krankenhaus über, am Entlassungstag verübte er die drei Morde. Dass Berger eine solch aggressive Tat begehen könnte, daran habe er damals nicht gedacht, so der Therapeut vor dem PUA. Auch für einen erweiterten Suizid, bei dem Fremde bzw. konkret Polizist_innen zum Opfer würden, habe es keine Anzeichen gegeben.
Was Berger letztendlich zu seinen Morddaten trieb, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Dass der Hintergrund seiner Taten ausschließlich in seiner psychischen Erkrankung liegt, dafür gibt es keine Belege. Die in den Medien kolportierte Erklärung, Berger habe einen Hass auf Polizisten entwickelt, weil seine Freundin ihn mit einem Polizisten betrogen hatte, ist nicht durch Fakten gestützt. Ebenso wenig gibt es aber Belege, dass Berger seine Taten im Vorfeld plante und als politische Morde verstanden wissen wollte.
Für die Ermittler war der Fall Berger schnell gelöst. „Der Tod schließt die Akten", meinte der verantwortliche Staatsanwalt **Heiko Artkämper** dazu. Und Mordkommissions-Leiter Schenk bilanzierte: „Wir haben nachweisen können, dass Berger derjenige war, der die Kollegen erschossen hat, dass er als Täter in Frage kam und sich selber gerichtet hat. " Auch das Motiv hätten sie „einigermaßen" herausgearbeitet. Es könne „unter anderem" in seiner Erkrankung oder in einer „Kurzschlussreaktion" liegen.

War Berger ein Informant?

In der Neonazi-Szene kursiert seit Jahren das Gerücht, dass Berger ein V-Mann gewesen sein soll. Belege für diese Behauptung fand auch der PUA nicht. Der Zeuge Schenk sagte dazu: „Also ich weiß nicht. Es war gerüchteweise, dass er Spitzel sein sollte. Ich habe das nicht herausbekommen."
Auch die ehemalige Freundin wusste nichts darüber. Sollte Berger als Zuträger der Polizei gearbeitet haben, dann ergibt das Verhalten des Staatsschutzes einen Sinn: dann hätte nicht bekannt werden dürfen, dass Polizist_innen von einem Informanten getötet wurden, folglich wäre es angezeigt gewesen, in Bezug auf die Person Berger bloß keinen Staub aufzuwirbeln. Aber da es weder Belege noch überzeugende Indizien für eine V-Mann-Tätigkeit gibt, bleibt als Fazit vorerst festzuhalten, dass der Staatsschutz selbst im Angesicht von drei toten Kolleg_innen die Gefahr bewaffneter Neonazis in Dortmund ignorierte.

Von Torben Heine

Neue Ermittlungen im Todesfall „Corelli“

BfV behindert Arbeit des Untersuchungsausschusses

Am 2. Juni 2016 machte der Mediziner Prof. Dr. Werner Scherbaum im NSU-Untersuchungsausschuss (PUA) des NRW-Landtags eine aufsehenerregende Aussage: Die tödliche Stoffwechselentgleisung, an der der V-Mann Thomas Richter alias „Corelli“ im April 2014 verstarb, könnte theoretisch von außen ausgelöst worden sein. Damit revidierte der Diabetes-Experte die zentrale Aussage seines 2014 für die Staatsanwaltschaft Paderborn erstellten Gutachtens.

Nachdem Thomas Richter am 7. April 2014 von seinem Vermieter und zwei Verfassungsschutz-MitarbeiterInnen in seiner Paderborner Wohnung tot aufgefunden worden war, leitete die Staatsanwaltschaft Paderborn ein Todesermittlungsverfahren ein. Bei der Polizei Bielefeld wurde aufgrund der besonderen Brisanz des Falles eine Mordkommission eingerichtet. Die Obduktion des Leichnams und weitere Untersuchungen ergaben ein hyperglykämisches Koma als Todesursache.

Ein solches Koma wird durch einen absoluten Insulinmangel und die dadurch verursachte Überzuckerung des Blutes ausgelöst. Wird der Betroffene nicht medizinisch versorgt, stirbt er. Es ist die typische Folge eines nicht behandelten Typ-1-Diabetes. Thomas Richter war jedoch nicht als Diabetes-Kranker bekannt. Die Staatsanwaltschaft Paderborn beauftragte 2014 den renommierten Diabetes-Experten Scherbaum, die Frage zu beantworten, ob sich ein hyperglykämisches Koma durch Fremdeinwirkung verursachen lasse. Scherbaum kam zu dem Schluss, eine solche Substanz existiere nicht. Folglich ging man davon aus, dass Richter an einer unerkannten Diabetes verstarb und verzichtete auf eine große toxikologische Untersuchung des Leichnams.

Vor dem PUA erläuterte Scherbaum nun, dass es drei Substanzen gebe, mit denen sich ein solches Koma auslösen lasse. Da zwei dieser Substanzen injiziert werden müssen, kommt im Fall Corelli nur die dritte Substanz, das Rattengift Varcor, in Frage. Es zerstört die Pankreas-Inseln in der Bauchspeicheldrüse, wodurch die Insulinproduktion unterbunden wird. Dies führt zur Übersäuerung des Blutes und zur tödlich verlaufenden diabetischen Ketozidose. Scherbaum erklärte, dass er die Aussage seines Gutachtens von 2014 heute nicht mehr treffen würde.

Die neuen Erkenntnisse veranlassten die Staatsanwaltschaft Mitte Juni, die Ermittlungen wieder aufzunehmen. Die asservierten Leichenteile sollen auf Rückstände der Substanzen untersucht werden.

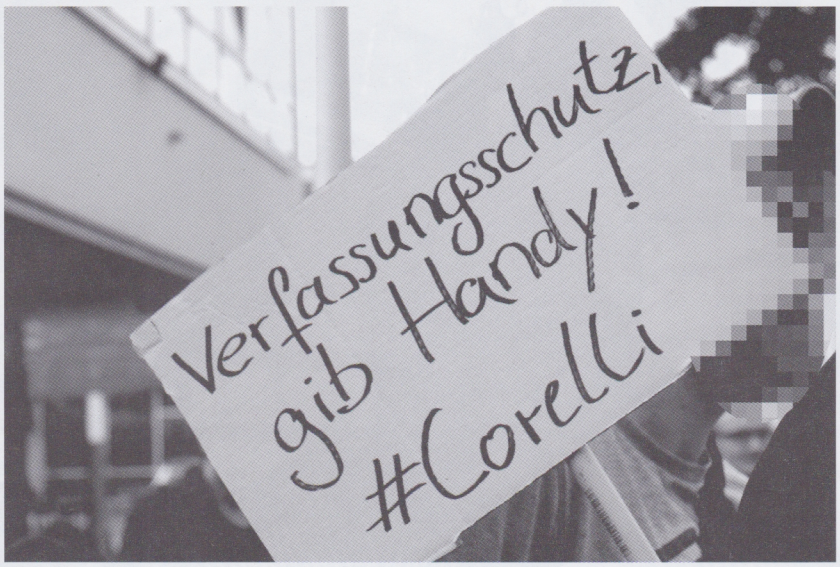
Wie das BfV die Ermittlungen beeinflusste

Zwei Tage nachdem Richter tot aufgefunden worden war, trafen sich in Bielefeld VertreterInnen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), der Staatsanwaltschaft und der Polizei, um den Fall zu besprechen. Richter lebte in Paderborn im Schutzprogramm des BfV und war mit Tarnpersonalien auf den Namen **Thomas Dellig** ausgestattet. Das BfV gab in der Besprechung den Klarnamen weiter. Als Ergebnis dieser Besprechung wurde festgehalten, dass die Daten auf den bei Richter aufgefundenen Laptops und Handys nach einer Datensicherung gelöscht werden sollten. Außerdem nahm das BfV sichergestellte schriftliche Unterlagen, unter anderem

von der Krankenversicherung des Toten, an sich und wollte auch ein Handy ausgehändigt bekommen. Das Handy verblieb aber bei der Polizei. Auf Initiative des BfV wurde vereinbart, Richter unter seinen Tarnpersonalien zu bestatten. Oberstaatsanwalt **Ralf Meyer** sagte vor dem PUA, er habe Bedenken geäußert, ob dieses Vorgehen nicht im Widerspruch zum Erbrecht stünde. Die BfV-VertreterInnen hätten erwidert, dass Richters Eltern tot seien und zu seinen Brüdern kein Kontakt mehr bestünde. Letzteres war eine Lüge.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre Richter unter seinem Tarnnamen Dellig beerdigt worden, ohne dass die Angehörigen vom Tod ihres Familienmitglieds und die Öffentlichkeit vom Tod des V-Manns Corelli erfahren hätten, wäre nicht ein Medienbericht über den Vorfall erschienen. Daraufhin meldeten sich die Brüder bei der Staatsanwaltschaft, die vom ursprünglichen Plan abrückte. Zwei Wochen nach dem Tod von Richter schaltete sich auch der Generalbundesanwalt ein, der den sofortigen Stopp der Datenlöschung veranlasste und die Polizei anwies, auf keinen Fall weitere Unterlagen an das BfV herauszugeben.

Die Ermittlungen der Bielefelder Polizei waren geprägt von Nachlässigkeit: In Richters Wohnung ließ man tagelang gefundene Laptops liegen, obwohl sich die Wohnungstür nicht mehr verschließen ließ. Vier externe Festplatten fand erst das BKA bei einer Durchsuchung. Kontakt- und Anruflisten auf Richters Handys oder die Laptopdaten wurden nicht ausgewertet, mit Richters Krankenkassen kein Kontakt aufgenommen und auch die BfV-MitarbeiterInnen nicht ausführlich vernommen. Mord sei nicht ihre Arbeitshypothese gewesen, rechtfertigte Meyer das Vorgehen. Man habe klären wollen, ob ein Fremdverschulden vorliege, dafür aber keine Anhaltspunkte gefunden.



© Antifaschistische Linke Münster

Der V-Mann-Führer

Große Fragen wirft das Verhalten von Corellis langjährigem V-Mann-Führer auf. Der Sachverständige **Jerzy Montag** erklärte vor dem PUA, der V-Mann-Führer „habe nicht von Corelli lassen können“. Nach dessen Enttarnung wollte er mit ihm in eine gemeinsame Wohnung ziehen und diese komplett geheim halten. Zudem forderte er, dass Richter „auf Lebenszeit“ unter Tarnpersonalien leben solle, weshalb es im BfV zu Streit kam. Am 30. April, wenige Tage vor Richters Tod, wurde dem V-Mann-Führer laut Montag mitgeteilt „Du bist am Ende“. Ein Kontaktverbot wurde erlassen, das er aber missachtete. Nach Ansicht des PUA versuchte ebenjener V-Mann-Führer zwischen dem 5. und 7. April 2014 mehrfach, Richter auf dem Handy zu erreichen. Corelli hatte seinem V-Mann-Führer 2006 die „NSU/NSDAP-CD“ übergeben, die nach der NSU-Enttarnung im BfV nicht mehr auffindbar war. Eine solche von Corelli an einen anderen V-Mann weitergegebene CD war kurz vor seinem Tod in Hamburg aufgetaucht. Richter sollte eigentlich zu der CD befragt werden.

Streit zwischen BfV und PUA

Seit einigen Wochen sorgen ein im BfV aufgefundenes Handy und fünf SIM-Karten aus dem Besitz von Richter für erhebliche Aufregung, da sie bislang nicht ausgewertet und dem Sonderermittler Montag vorenthalten wurden. Handy und Karten wurden als „privat“ deklariert im Schrank von Corellis V-Mann-Führer aufgefunden. Der PUA möchte diesen V-Mann-Führer als Zeugen vernehmen, doch das BfV verweigert hartnäckig eine Aussagegenehmigung. Deshalb eskalierte jüngst der Streit zwischen PUA und Bundesamt. Das BfV torpediere den Untersuchungsauftrag, hieß es aus dem Ausschuss.

Als dann am 1. Juli der PUA die mit dem Tod von Corelli befasste BfV-Abteilungsleiterin **Dinchen Franziska Büddefeld** vernehmen wollte, bestand das BfV darauf, dass die Zeugin verdeckt zugeführt und nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit vernommen werde. Die Identität der Führungskraft müsse geschützt werden. „Wer für das BfV öffentlich Ausstellungen eröffnet und im Internet leicht recherchierbar ist, muss auch vor einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss öffentlich aussagen“, stellten die Abgeordneten klar. Die Vernehmung Büddefelds fand nicht statt.

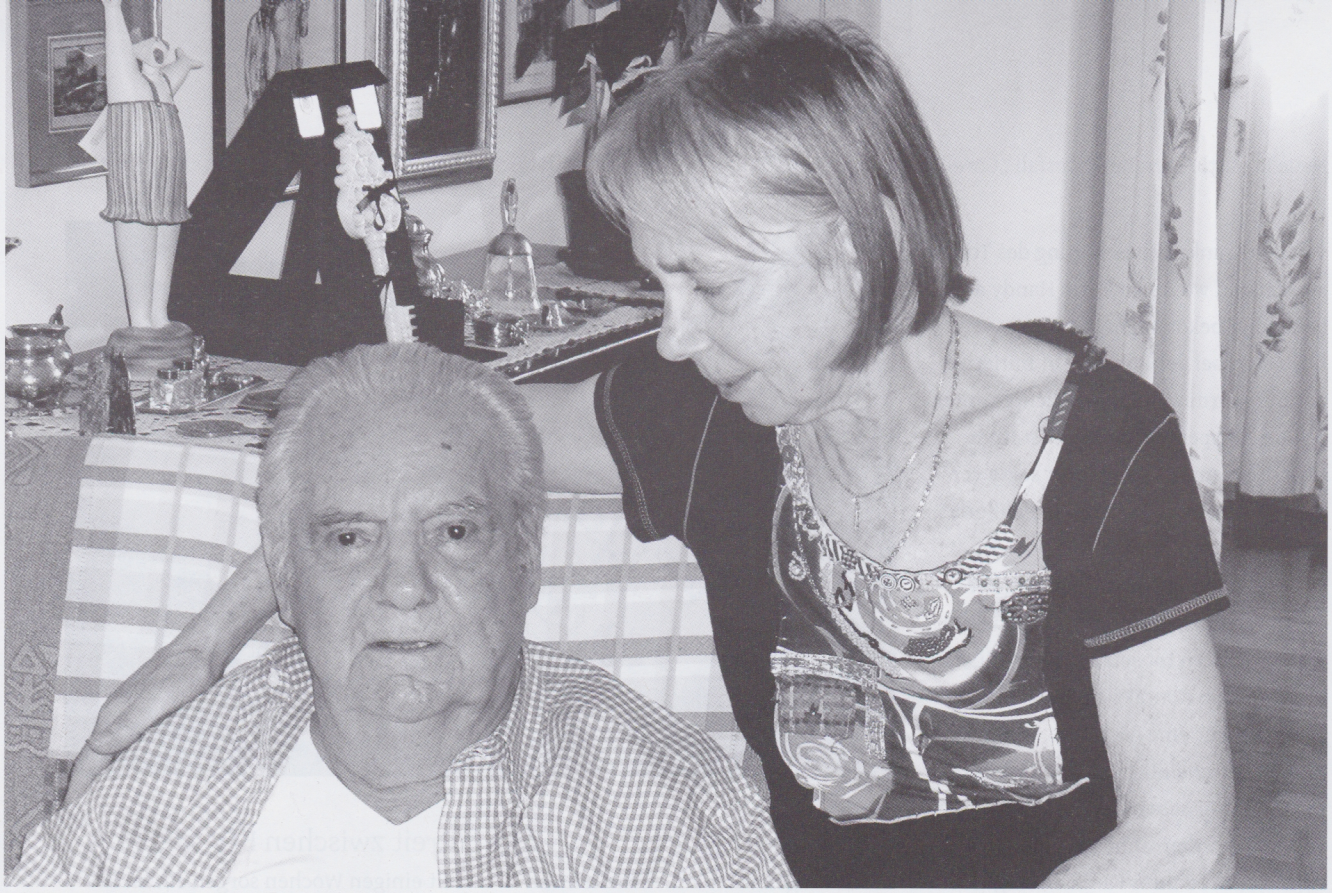


Foto: privat

Das Interview wurde geführt von Joachim Schröder

„Es verging kein Tag, an dem er nicht an Auschwitz gedacht hat."

Interview mit Marika Venezia über ihr Leben mit einem Überlebenden des „Sonderkommandos" in Auschwitz-Birkenau

Im „Sonderkommando" arbeiten zu müssen, gehörte zum Schlimmsten, was einem Häftling in Auschwitz widerfahren konnte. Gezwungen von der SS mussten sie die dem Tod geweihten Menschen in die Gaskammern begleiten. Bis zuletzt durch einen grenzenlosen Zynismus hinterhältig getäuscht, wollten viele die Lügen vom „Duschen" und einem späteren Arbeitseinsatz glauben. Wer misstrauisch wurde, den versuchten die Häftlinge des „Sonderkommandos" zu beruhigen, um den Menschen unnötige Schmerzen zu ersparen, wie ein Überlebender später sagte. Denn die SS schlug grausam und erbarmungslos zu. Das „Sonderkommando" musste die Leichen aus den Gaskammern holen, Haare abschneiden, Goldzähne herausbrechen, die Leichen in den Krematorien verbrennen. Es gab nur einen Ausweg: Selbstmord, eigenhändig oder durch die Selbstauslieferung an die SS. Manche gingen diesen Weg, weil sie ihre Aufgabe nicht ertragen konnten. Die meisten arbeiteten weiter, um zu überleben, mühsam das immer rebellierende Gewissen unterdrückend, zu Automaten und Sklaven in der Vernichtungsmaschinerie degradiert. Die meisten wurden von der SS ermordet, die möglichst keine Zeugen überleben lassen wollte. Von etwa 2.100 Angehörigen des „Sonderkommandos" überlebten nur etwa 100. Sie waren für ihr Leben gezeichnet. Zu ihnen gehörte der in Saloniki geborene Shlomo Venezia, der 2012 in Rom im Alter von 88 Jahren starb.

Frau Venezia, vor uns liegt das Buch Ihres Mannes: „Meine Arbeit im Sonderkommando Auschwitz". Es ist eines der seltenen und umfassenden Zeugnisse eines Überlebenden des „Sonderkommandos". Können Sie uns berichten, wie es zu dieser Veröffentlichung gekommen ist?
Er ist oft gefragt worden, über seine Erfahrungen ausführlich zu berichten(...). Eines Tages, nach einer seiner zahlreichen Auschwitz-Besuche, hat die Journalistin Béatrice Prasquier, die er schon länger kannte, mehrere Interviews mit ihm gemacht und das Ganze zu dem Buch verarbeitet, das 2006 veröffentlicht wurde. Es ist in viele Sprachen übersetzt worden. Die deutsche Ausgabe ist leider vergriffen.

Wann wird eine Neuausgabe erscheinen?
Es ist schwer zu glauben, aber der *Blessing-Verlag* hat kein Interesse daran, dass es neu aufgelegt wird. Ich habe schon mehrmals gefragt. Das ist sehr ärgerlich, zumal in der deutschen Ausgabe im Anmerkungsapparat und in den beigefügten Aufsätzen einige Ungenauigkeiten enthalten sind, die in einer Neuauflage korrigiert werden sollten. Es ist schon alles vorbereitet.

Ungeheuerlich, dass ausgerechnet im Land der Täter ein solch bedeutendes Buch nicht mehr erhältlich ist. Wie hat Ihr Mann sich gefühlt, als das Buch veröffentlicht wurde?
Wissen Sie, mein Mann war selten zufrieden. Aber als man das Buch in Rom im Oktober 2007 präsentiert hat, war er sehr zufrieden. Aber ich sage Ihnen etwas: Weder er noch ich haben jemals das Buch von Anfang bis Ende gelesen. Immer nur ein paar Seiten, dann musste ich es weglegen. Er kannte seine Geschichte ja. Und ich habe sie so oft gehört, dass ich manchmal glaubte, ich hätte sie selbst erlebt. 56 Jahre war ich mit ihm verheiratet. Ich bin keine Zeugin, Gott sei Dank, ich war nicht dort. Aber ich bin die Zeugin des Zeugen.

Wann hat Shlomo Venezia angefangen, über seine Erfahrungen zu sprechen?
Das war sehr, sehr spät. 1992 hat er erstmals öffentlich davon gesprochen. Mir hat er natürlich vorher schon erzählt, aber nicht viel, nicht vom „Sonderkommando". Dass er „im Lager" war, er hatte ja auch seine Nummer eintätowiert. Dass seine Mutter und seine zwei Schwestern in Auschwitz ermordet worden sind. Die ganze Familie der Mutter, eine griechische Jüdin, ist ermordet worden. 25 Menschen. Vom „Sonderkommando" hat er erst sehr spät erzählt, ich erinnere mich nicht mehr genau, wann das war. Eines Tages wurde er vom Fernsehen eingeladen, über seine Erfahrungen zu sprechen. Er bekam 13 Minuten! Er hat ein bisschen erzählt, und viele Zuschauer schrieben und wollten mehr wissen. Also bekam er noch ein zweites Interview, und da hat er es erzählt. Unsere drei Söhne haben es aus dem Fernsehen erfahren.

Es muss fürchterlich sein, solche schrecklichen Erlebnisse mit niemandem teilen zu können.
Er konnte darüber nicht sprechen. Als wir geheiratet haben, war ich 17 Jahre alt. Ich habe damals nichts gewusst von Auschwitz, geschweige denn von Gaskammern und dem „Sonderkommando". In dieser Zeit hat man nicht darüber gesprochen.

Wie genau haben Sie sich eigentlich kennengelernt?
Wir haben uns in Rom in einem Sprachkurs kennengelernt, der vom amerikanischen *Joint* organisiert worden war. Shlomo war vorher sieben Jahre lang in verschiedenen Sanatorien gewesen, er war sehr krank vom Lager, TBC. Er war in einer Hotelfachschule und wollte eigentlich auswandern, was aber nicht klappte, weil er noch zu krank war. Wir haben uns erst mal zwei Jahre geschrieben — und dann haben wir geheiratet, und 1959 sind wir nach Rom gezogen, in dieselbe Wohnung, in der ich heute noch lebe.

Gab es einen Anlass, warum Shlomo Venezia sein Schweigen gebrochen hat?
Es war Anfang der 1990er Jahre, es gab auf einmal Graffitis auf den Wänden, Hakenkreuze, „Juden in den Ofen" und so weiter. In den Fußballstadien kamen Rufe: „Juden raus!" Da hat er Angst bekommen. „Was einmal passiert ist, kann wieder passieren", meinte er. „Und niemand sagt etwas, genau wie damals." Er ist dann zur ANED [*Associazione Nazionale Ex Deportati nei Campi Nazisti*] gegangen, einer Vereinigung der Shoah-Überlebenden, und hat gefragt: „Was kann ich machen?" Die schlugen ihm vor, in einer Ausstellung über Anne Frank im Palazzo Venezia mit Schülern zu sprechen. Das hat er ein paar Mal gemacht. Und dann hat man ihn gefragt, ob er Schulklassen nach Auschwitz begleiten würde. Ich habe gesagt, dass er auf keinen Fall allein fahren kann. Man kann doch nie wissen, was passiert. Schließlich sagte er unter der Bedingung zu, dass ein Freund mitkäme, der auch in Auschwitz war. Und sie sind dann beide gefahren, am 5. Dezember 1992. Es war voller Schnee, und sie haben erst mal nichts gesehen, da ja Gaskammern und Krematorien zerstört worden sind. Dann hat er die erhaltenen Treppen gesehen, die in die Gaskammer führten, und dann kam alles wieder.

Zeitzeug_innen berichten einerseits häufig von dem Gefühl der Erleichterung, wenn sie erstmals von ihren Erlebnissen sprechen, also andere an ihnen

teilhaben ließen. Das Sprechen und Erzählen durchbricht einen Moment das Gefühl der Einsamkeit, unter dem fast alle Überlebenden litten. Andererseits wird die Erinnerung jedes Mal wieder erneuert. Es wird an die Oberfläche geholt, was mühsam unterdrückt wurde, um überhaupt den Alltag meistern zu können.

Egal wo Shlomo war — alles hat ihn wieder nach Auschwitz gebracht. Es verging kein Tag, an dem er nicht an Auschwitz gedacht hat. Er hat darunter sehr gelitten. Und ich glaube, er hat nicht einmal alles gesagt, was er gesehen hat.

Lydia Mandelbaum, die Frau des „Sonderkommando"-Häftlings Henryk Mandelbaum, sagte einmal: „Irgendwie ist Auschwitz auch in mir" — ging Ihnen das ähnlich?

Ich war sehr jung, mit drei kleinen Kindern. Keine anderen Verwandten, die uns hätten unterstützen können, also überhaupt wenig Zeit, sich damit zu befassen... Mir hat es so weh getan, weil es ihm weh getan hat. Das Krematorium in Auschwitz war eine Routine. Jeden Tag dasselbe. Die Haare abschneiden, die Zähne herausziehen, die Leichen in den Ofen, Tag und Nacht. Wie ein Roboter. Er war nicht mehr Shlomo. Die Häftlinge waren Automaten. Er sagte mir einmal: „Wie hätte ich essen können mit diesen Händen, mit denen ich vorher den Toten die Zähne gezogen habe?"

Ist er denn mal als Zeuge aufgetreten im Auschwitz-Prozess? Gerade die Häftlinge des „Sonderkommandos" waren ja die wichtigsten Zeugen, wenn es darum ging zu zeigen, wie der Mord an Hunderttausenden von Menschen fabrikmäßig organisiert wurde. Es gab ja genügend, die das immer noch geleugnet haben — und noch leugnen.

Nein, ist er nicht. Unter den Holocaust-Leugnern waren sogar Universitätsprofessoren. Als das Buch kam, haben Leute gesagt: „Da ist der Jude, der viel Geld aus den USA bekommen hat und der behauptet, er sei lebend aus dem Krematorium herausgekommen." Mich hat der Schlag getroffen, aber der Historiker Umberto Gentiloni hat mir gesagt: „Antworte niemals auf solche Behauptungen." Das Interessante ist, dass die Täter selbst es später niemals abgestritten haben. Sie haben nur behauptet, sie seien nicht verantwortlich gewesen. Während des Krieges haben die Deutschen gesagt: Die Häftlinge selbst werden es nicht überleben, und wenn es doch einer überlebt, wird ihm niemand glauben.

Hat Shlomo Venezia diese Erfahrung gemacht?

Er hat mal in einer kleineren Runde von seinen Erlebnissen berichtet, in den 1980er Jahren. Während er erzählte, registrierte er, wie einer einen anderen ansah und sich mit dem Finger an die Stirn tippte. Der hat ihn für verrückt gehalten. Das hat ihn natürlich blockiert. Die meisten Leute haben sich dafür nicht interessiert, auch nicht für die Verbrechen, die die Deutschen in Italien verübt haben, wie das Massaker in den Adreatinischen Höhlen, Kappler, Priebke und so weiter. Heute ist es anders. Seit den 1990ern wurden viel mehr Bücher veröffentlicht, es wurde dann der Gedenktag im Januar eingeführt, an dem überall im Land Gedenkveranstaltungen organisiert werden. Wir sind sehr viel in die Schulen gegangen und haben mit den Kindern und Jugendlichen gesprochen. Es war sehr selten, dass sie das nicht interessiert hat. Das war auch wegen Shlomos Art. Er war immer sehr ruhig und unaufgeregt, er hat in einfacher Sprache gesprochen — und er hat sie auch nie gezwungen zuzuhören. Sie haben ihn gemocht.

Es stimmt, dass heute viel mehr über den Holocaust gesprochen und unterrichtet wird. In Deutschland ist der Verweis auf die während der NS-Herrschaft verübten Verbrechen und die Verantwortung, die sich hieraus ergibt, Bestandteil einer fest etablierten Erinnerungskultur. Abgesehen von der missbräuchlichen politischen Instrumentalisierung droht aber immer auch die Gefahr einer Ritualisierung. Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach der historische Ort selbst?

Man muss sich das vor Ort ansehen, der Eindruck ist sehr stark. Auch wenn nicht mehr viel übrig ist in Birkenau. Man braucht einige Vorstellungskraft. Aber es gibt ja das Modell dieser „Todesfabrik", das der polnische Bildhauer Mieczys³aw Stobierski geschaffen hat. Das dokumentiert es am besten. Das müsste auch in Birkenau und nicht nur im Stammlager aufgestellt werden, was ich schon mehrfach angeregt habe. Es gibt ohnehin einiges, was man an der Ausstellung in Auschwitz verbessern könnte, und der Umgang mit diesem Ort war oft problematisch. Man denke an die Umwandlung des Kommandantur-Gebäudes in Birkenau in eine katholische Kirche. Oder als in der alten Gerberei in Oświęcim, in der Auschwitz-Häftlinge arbeiteten, eine Diskothek aufmachte. Sie haben Shlomo und andere Häftlinge zur Eröffnung eingeladen...

Dürfen wir auch zu Ihrer eigenen Biographie etwas fragen?

Wenn es interessiert... Meine Kindheit ist ziemlich kompliziert verlaufen. Ich wurde in Temeswar geboren, wie meine Großmutter und mein Vater. Das gehörte bis zum Ende des Ersten Weltkriegs zu Österreich-Ungarn, danach zu Rumänien. Meine Mutter starb als ich drei Jahre alt war, mein Vater war in Gefangenschaft. Ich bin dann bei meiner Großmutter aufgewachsen, die unga-

© Input — antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf

Marika Venezia am 29. Juni 2016 bei einer INPUT-Veranstaltung in Düsseldorf.

risch und deutsch sprach — deswegen kann ich deutsch sprechen. Wir haben in Rumänien überlebt, mit Glück, denn in Rumänien, das ein deutscher Satellitenstaat war, wurden 400.000 Juden ermordet. Nach dem Krieg kamen die Kommunisten, die alles verstaatlicht und enteignet haben. Mein Vater und ich sind nach Paris gegangen, wo er ein kleines Geschäft aufgemacht hat, das aber schnell bankrottgegangen ist. Dann sind wir nach Rom gegangen.

Haben Sie immer in Italien leben wollen oder haben Sie auch mal daran gedacht, auszuwandern?

Wir sind sogar einmal ausgewandert, nach Israel, mit unseren Söhnen, im Jahr 1977 war das. Aber es war sehr schwer. Die israelische Regierung hat es den Einwanderern damals nicht unbedingt einfach gemacht. Das gehörte zum Konzept: Du musst Dich schon anstrengen! Eine Wohnung finden, die Sprache lernen, das war alles sehr schwierig. Nach einem halben Jahr haben wir gesagt: Wir gehen lieber wieder zurück. Aber ich habe noch eine Wohnung in Israel. Ich möchte nicht in Italien beerdigt werden. Es ist schwierig gerade in Italien, die Flüchtlingskrise macht dem Land sehr zu schaffen. Alle sind unzufrieden. So schlimm war es noch nie.

Vor wenigen Wochen wurde in Detmold ein ehemaliger SS-Angehöriger aus Auschwitz zu einer Haftstrafe verurteilt. Verfolgen Sie solche Prozesse heute noch?

Ja, ich habe es mitbekommen, aber es interessiert mich nicht mehr besonders. Ich versuche auch, solche Dinge nicht zu sehr an mich heran zu lassen. Ich gehe zu einem Zeitzeugengespräch oder zu einer Veranstaltung, das beschäftigt mich dann einige Stunden, aber dann muss ich abschalten. Wenn man isst, spricht man nicht von der Shoah. Hat auch Shlomo immer gesagt. Man muss abschalten, wenn man nicht krank werden will.

Aber wie schaltet man ab, wenn man doch die Bilder im Kopf hat?

Man braucht einen sehr starken Willen. Sonst könnte man nicht einmal schlafen, auch nicht mit Schlafmitteln. Ich kann das ganz gut. Ich muss. Aber ich habe auch nicht das mitgemacht, was er mitgemacht hat. Was mir immer am meisten weh getan hat, war der Gedanke an Shlomo, der damals mit seinen 20 Jahren da ankommt in Auschwitz. Und der muss dann die Tür aufmachen und 1.000, 1.500 Leichen aus der Gaskammer rausholen, die Haare schneiden und so weiter. Wie soll man da „normal" bleiben? Er hat gelitten, aber er war normal. Er ist auch gefragt worden, wie hast Du das ausgehalten, wie kann man so etwas machen? Die Antwort ist: Er wollte leben. Es war seine einzige Chance. Er war sehr stark. Man hat die Überlebenden immer gefragt: Wie war das, was hast Du erlebt? Aber niemand hat gefragt: Wie hast Du danach weitergelebt? Man kommt nie von Auschwitz los. Ich habe niemals gedacht, dass ich heute das machen würde, was ich jetzt tue. Aber kurz nachdem Shlomo gestorben ist, rief mich ein Bekannter einer jüdischen Organisation aus der Toskana an und fragte, ob ich kommen würde, um von Shlomo zu erzählen. Ich habe etwas nachgedacht — und zugesagt. Und dann habe ich einfach weitergemacht. Gefühlt habe ich mich dabei nicht gut, nicht schlecht. Es ist eine Verpflichtung für mich, eine Aufgabe. Ich habe nicht immer Lust dazu. Ich fahre fünf Mal im Jahr nach Auschwitz. Und das ist sehr schwer.

Frau Venezia, herzlichen Dank für das Gespräch. Wir wünschen Ihnen alles Gute.

Anmerkung der Redaktion:
Der Historiker Joachim Schröder hat dieses Interview auf Bitte der LOTTA am 29. Juni 2016 am Rande einer Veranstaltung mit Marika Venezia und Roland Vossebrecker (Bildungswerk Stanislaw Hantz e.V.) in der Reihe „INPUT — antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf" geführt. LOTTA bedankt sich bei allen Genannten sowie bei den Initiatoren der Veranstaltung, dem Bildungswerk Stanislaw Hantz e.V., dem Arbeitskreis Gedenkstättenfahrt und INPUT, für die Mitwirkung.

© ChadBriggs, flickr.com

Das Interview wurde geführt von Marieke Wieland

„Geflüchtete in ihren eigenen Vorhaben unterstützen“

Ein Gespräch mit Aktivist_innen von „No Border Kitchen“

Nach der Schließung der Balkanroute ist die Situation für die an den Grenzen in provisorischen Camps ausharrenden Geflüchteten katastrophal geworden. An vielen dieser Orte haben sich Strukturen herausgebildet, die Geflüchtete unterstützen. Auch aus radikal linken Zusammenhängen in Deutschland haben sich Menschen auf den Weg nach Griechenland und in die Balkanstaaten gemacht, um zu helfen. Wir haben mit drei Aktivist_innen aus dem Umfeld der „No Border Kitchen“ über ihre Erfahrungen an den europäischen Außengrenzen auf Samos und in Idomeni gesprochen.

Wie und warum ist die „No Border Kitchen“ als Unterstützungszusammenschluss entstanden?

Josh: Im Grunde hat sich seit September eine kontinuierliche Vernetzung entwickelt, das Ganze ist ja nach und nach entstanden. Ich selbst bin im September das erste Mal losgefahren, nach Serbien und nach Kroatien, nachdem Freunde von mir schon dort gewesen waren. Ich bin dann wiedergekommen, habe von meinen Erfahrungen erzählt. Daraus ist dann auch ein großer Spendenaufruf der *Roten Hilfe* hervorgegangen. Es ist ein Netzwerk aus Freund_innen und Aktivist_innen entstanden. In diesem Zusammenhang nennen wir uns dann eben nicht mehr mobile Küchenstruktur aus Hannover, sondern für uns war naheliegend, dass wir dann die *No Border Kitchen* sind. Es war für uns wichtig, Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen und aus unseren autonomen Strukturen heraus vor Ort zu helfen. Wir sind ja keine klassischen Volunteers, sondern als eigenes unabhängiges Netzwerk aktiv.

Ihr wart in Idomeni und auf Samos, seid ihr gezielt an diese Orte gefahren?

Josh: Freunde von uns waren letztes Jahr eigentlich auf dem Weg auf eine der griechischen Inseln, sind dann aber spontan nach Idomeni gefahren. Es gab

da schon ein großes Camp, aber noch wenig an Unterstützungsstrukturen, außerdem war die Grenze noch für wenige tausend Menschen am Tag offen. Als dann die Grenze geschlossen wurde und Mazedonien so gut wie keine Geflüchteten mehr durchgelassen hat, kam der Ruf nach Unterstützung und so sind Fabi und ich dann auch dorthin gefahren. Das war Anfang September. Als wir in Idomeni angekommen sind, gab es vor Ort schon eine Küche in einem Zugwaggon auf der Bahnstrecke, der besetzt worden war. Nach ein paar Tagen wurde das Camp jedoch geräumt. Diese Räumung war schon heftig. Den ganzen Tag gab es Schikanen, 2.000 Leute wurden nach Athen und Thessaloniki deportiert, gleichzeitig kamen Busse mit Geflüchteten, die über die mazedonische Grenze durften — vorrausgesetzt sie hatten die entsprechenden Papiere. Leute, die nicht die richtigen Papiere hatten, kamen direkt in den nächsten Bus, bis er voll war, und wurden weggebracht.

Fabi: Wir sind danach nach Samos gefahren, weil es auch von dort den Ruf nach Unterstützung von einer anderen Küche gab. Das waren Leute von *Open Eyes Bern.* Wir haben unsere Küche dann direkt vor dem Auffanglager, einem ehemaligen Knast, aufgebaut. Dort ist jetzt einer der sogenannten Hotspots.

Josh: Wir haben deshalb auch irgendwann gesagt, wir lassen es ganz sein. Weil im „Hotspot“ kochen wir nicht. Ein Teil der Abschiebemaschinerie zu sein, das konnten wir, trotz humanitärer Gründe, politisch nicht mit uns vereinbaren.

Wie war euer Verhältnis zu den NGOs und den humanitären Hilfsorganisationen vor Ort? Wurdet ihr als linke, selbstorganisierte Küche eher kritisch beäugt oder gab es Kooperationen?

Josh: Cool waren die *Ärzte ohne Grenzen,* mit denen es immer eine gute Zusammenarbeit gab. Wir haben von denen vor Ort auch einiges aufgeschnappt, was uns zum Beispiel bei der Organisierung der Essensverteilung weitergeholfen hat. Bei den Ärzten merkte man, dass die Leute aus eigenem, aufrichtigem Antrieb unterwegs sind, um die Situation für die Menschen zu verbessern.

Fabi: Außer mit den *Ärzten ohne Grenzen* hatten wir mit den professionell organisierten NGOs eigentlich nicht so viel zu tun. Insgesamt waren die aber schon froh, dass wir da waren und uns um die Essensversorgung gekümmert haben. Bevor wir in Idomeni ankamen, wurden pro Tag lediglich ein Sandwich und eine Flasche Wasser verteilt.

Josh: Auf Samos war es dasselbe. Bevor *Open Eyes Bern* dort angefangen hatten, gab es da nichts. Die *Ärzte ohne Grenzen* haben notgedrungen von einem Hotel Catering für die Leute gekauft. Als wir da waren, haben wir dann zweimal am Tag warmes Essen ausgegeben. Pro Ausgabe um die 1.400 Mahlzeiten.

Dass solche losen, selbstorganisierten Zusammenschlüsse eine so grundlegende Infrastruktur wie die der Essensversorgung stemmen, erscheint ja erstmal nicht selbstverständlich. Woran liegt es, dass das funktioniert?

Josh: Auch wenn man das nicht direkt vergleichen kann, ist das die jahrelange Erfahrung mit dem Kochen zum Beispiel in politischen Camps. Wir machen das seit über 15 Jahren und wissen, wie man für 1.000, 2.000 Leute kocht. Und so sind Koch- und andere Aktivist_innen zusammengekommen, die wussten, was sie da wollten und wussten, was sie tun.

Wie bewertet ihr eure Rolle in der aktuellen Situation? Inwiefern unterscheidet sich diese Rolle von der der NGOs und den humanitären Hilfsorganisationen?

Josh: Wir waren halt unmittelbarer mit den Leuten zusammen, das war tatsächlich ein großer Unterschied. Du machst da ja nicht nur Küche, sondern hast auch eine Ladestation fürs Handy und Pflaster, wir hatten Fußbälle und eine Musikanlage dabei. Die Leute haben auch mit uns zusammen gekocht. Ohne deren Hilfe hätten wir das gar nicht regeln können. Wir waren dadurch auch eine Art soziale Station, ein Part, den die Ärzte oder andere NGOs nicht übernehmen konnten.

Carlo: Der Ansatz der Leute aus diesen Küchencombos ist vielleicht auch ein anderer, weil es darum geht, die Geflüchteten in ihren eigenen Vorhaben zu unterstützen, egal, was sie vorhaben oder was sie meinen zu erreichen. Da geht die Unterstützung oft weiter oder sieht zumindest anders aus als beim UNHCR oder bei den NGOs.

Fabi: Die Leute von den NGOs haben recht klar eingegrenzte Aufgaben und machen „ihren Job“, soweit sie das im Rahmen der Abmachungen mit den Behörden können. Das hat eben Grenzen. Wir haben beispielsweise von der Kinderhilfsorganisation *Save the Children* im Frühjahr in Idomeni Milchreis bekommen, damit wir ihn jenseits des Hauptcamps verteilen konnten, weil sie dort nicht hin durften.

Josh: Ich will jetzt nicht das eine gegen das andere ausspielen, das ist halt ihr Job, das so zu machen. Die bauen halt strukturierte Camps. Das ist besser als Zelte, durch die es durchregnet oder als wenn sich Leute in Pfützen waschen müssen. Das ist halt auch kein Zustand. Erbärmlich ist, dass so etwas notwendig

„No Border Kitchen“ im griechischen Idomeni.

ist. Es gilt halt: Grenzen auf oder die Situation bleibt insgesamt scheiße.

Das war im Frühjahr, als du, Josh, zusammen mit Carlo dort warst. Da hatte sich die Situation wegen der Schließung der Balkanroute ja noch einmal verschärft und das Camp war außerdem in den Medien ziemlich präsent.

Carlo: Als wir Anfang März in Idomeni ankamen, war das ganze eine einzige Schlammwüste. Die Bilder gingen ja auch um die Welt. Je länger man da war und mit den Leuten gesprochen hat, desto stärker hat man gemerkt, dass da eine erhebliche Frustration herrschte. Weil immer klarer wurde, dass die nicht weiterkommen, dass die Situation ausweglos ist. Das sind dann oft Einzelschicksale, die einem das richtig bewusst machen: Der Vater, der seine Schwester und seine Kinder nicht wiedersehen kann, weil die schon in Deutschland sind und er kann nicht hinterher. Durch diese Anspannung gab es viele Reibereien untereinander.

Josh: Auf Samos war es deswegen anders, weil die Leute den ersten wichtigen und sehr gefährlichen Schritt über das Mittelmeer geschafft hatten. Sie waren gerade in Europa angekommen. Die waren zum Teil richtig gut drauf.

Carlo: Wir waren mit zirka 60 bis 80 Supporter_innen in einem Haus ein paar Ortschaften weiter untergebracht, das von *Aid Delivery Mission* (ADM) gemietet worden war, einem aus einem Squat heraus entstandenen Unterstützungsprojekt aus Amsterdam. Da war unsere Station, da haben wir gekocht und von dort sind wir dann zu den Camps in Idomeni und Polikastro gefahren und haben die Essensausgabe gemacht.

Während ihr dort wart, gab es ja auch den Versuch von einer größeren Gruppe Geflüchteter, den griechisch-mazedonischen Grenzfluss zu überqueren. In den Medienberichten gab es den Vorwurf, Unterstützungsstrukturen wie eure hätten die Leute dazu angestachelt. Habt ihr davon etwas mitbekommen?

Carlo: Ja, wir hatten mitbekommen, dass diese Flugblätter aufgetaucht sind, auf denen dieser Plan beschrieben wurde. Ich weiß nicht, wer dieses Flugblatt in die Welt gesetzt hat, vielleicht ist das auch gar nicht so wichtig. Denn den Menschen, die sich dann am nächsten Tag auf den Weg gemacht haben, war klar, dass es gefährlich ist, diesen Fluss zu überqueren. Aber ich habe mit Leuten gesprochen, die gesagt haben: „Was sollen wir machen, wir stehen mit dem Rücken zur Wand, wir probieren das jetzt halt.“ Es gab den Willen, in einer ausweglosen Situation alles auf eine Karte zu setzen. Wir sind dann mit zum Fluss gegangen, um im Zweifel schnell reagieren zu können, falls was passiert. Die Leute wollten da hinüber, so oder so. Einer wurde im Rollstuhl über den Fluss getragen, es gab auch einen älteren Mann, der ist im Fluss umgekippt, auch Babys waren dabei. Es war in der Situation richtig, dass Unterstützer_innen da waren und geholfen haben.
Auf mazedonischer Seite wurden wir vom Militär, ich würde sagen nach Hautfarbe, sortiert: Wer ist Geflüchtete_r, wer Journalist_in oder Supporter_in. Die Geflüchteten wurden nach Idomeni zurückgeschoben, die Journalist_innen und Supporter_innen mussten Handys und Kameras abgeben, wurden zur Polizeiwache gebracht und haben eine Anzeige wegen illegalen Grenzübertritts bekommen. Man konnte sich dann aussuchen: Entweder man zahlt 260 Euro oder man kriegt ein Gerichtsverfahren wegen des Vorwurfs der Schlepperei.

Fabi: Zu dem Vorwurf, die Geflüchteten seien durch deutsche Aktivist_innen zu dieser Aktion angestachelt worden: Für mich ist das nichts anderes als rassistisch, weil es den Geflüchteten pauschal abspricht, sich selbst organisieren zu können und Entscheidungen zu treffen. Die checken selbst Routen, ganz viel läuft über Smartphones, Facebook-Seiten. Wenn es Leute geschafft haben nach Skopje zu kommen, dann gab‘s noch Kontakt und die haben gesagt: Diesen und jenen Weg haben wir genommen. Die Leute sind gut vernetzt.

© strassenstriche.net (CC BY NC 2.0)

Von Muriel González

Ethnisierender Sexismus Eine Kolonialgeschichte

Die Kölner Silvesternacht ist zur Zäsur der Willkommenskultur aus dem vergangenen Jahr geworden. Die „Ereignisse in Köln" schienen ein Startschuss zur Entladung rassistischer Ressentiments in Deutschland und sogar weltweit zu sein. Rassistische Statements, Gesetzesverschärfungen wie im Asylpaket II, Angriffe, Hetze und eine Entsolidarisierung wurden und werden im Namen von „Köln" verfasst, verabschiedet und betrieben.

Dabei geht es einerseits um die Nacht am Kölner Hauptbahnhof, die ein Ensemble unterschiedlicher Fragen zu sexualisierter Gewalt gegen Frauen, organisierten Raubzügen, Untätigkeit und Unfähigkeit der Polizei und Fragen der Sexismusblindheit aufwirft und andererseits um die unmittelbar einsetzende massive Instrumentalisierung der Nacht im Dienste eines rechtspopulistischen Projekts zur Entsolidarisierung mit Geflüchteten. Rassistische Angriffe von Bürgerwehren bis zu parlamentarischen Gesetzestexten beeinflussen den öffentlichen Diskurs.

Dazu beobachten wir eine rassistische Gegenüberstellung von vermeintlichen Frauenrechten und einer als kultureller Sexismus beschriebenen Bedrohung von ‚Außen'. „Kulturell", weil sexistisches Verhalten den „Anderen" als etwas ihren Traditionen, Religion und Kulturen Innewohnendes beschrieben wird. Damit wird gleichzeitig ein asymmetrisches Geschlechterverhältnis externalisiert und Verhaltensnormen wie „zivilisiert" und „unzivilisiert" werden „dem Europäischen" beziehunsgweise dem „Fremden" zugeschrieben. Die Exotisierung und Sexualisierung einer Gruppe dient hier der Bestätigung und Erhöhung des Eigenen im Sinne eines europäischen Zivilisationsdiskurses oder eines rechtspopulistischen Nationalismus.

Folge dieser medienwirksamen Hetze ist beispielsweise, dass rechte Gruppierungen sich auf dieses Ereignis stürzten, um

die „weißen" Frauen zu beschützen. Und sie gewannen immer mehr öffentlichen Raum. Dabei geht es ihnen selbstverständlich nicht um die Verhinderung von sexualisierter Gewalt oder gar um die Emanzipation der Geschlechter. Es sind Gruppen und auch Einzelne, die ein ganz klares bipolares und heterosexistisches Geschlechterbild propagieren und daraus auch klare hierarchische gesellschaftliche Positionen ableiten und zuweisen. Dieses Ineinandergreifen von sexistischem Geschlechterverständnis und eurozentristischem/nationalistischem Rassismus hat in Deutschland eine längere Geschichte, die viele Anknüpfungspunkte für aktuelle Debatten bietet.

Den Blick in die Geschichte wagen

Bürgerliche Geschlechterordnungen und koloniale Ordnungen waren im 19. Jahrhundert, dem Zeitalter des wirtschaftlichen und politischen Aufstiegs des europäischen Bürgertums, untrennbar miteinander verbunden. Das galt auch für die deutschen Kolonien. Die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert propagierte ein dualistisches und heterosexistisches, auf der Vorstellung als „Keimzelle" der Nation beruhendes Verständnis der bürgerlichen Familieein dualistisches und heterosexistisches, auf der Vorstellung als „Keimzelle" der Nation beruhendes Verständnis der bürgerlichen Familie.
Als natürlich und universell wurden die so konstruierten Geschlechtercharaktere gedacht. Diskussionen um Geschlechterverhältnisse beziehungsweise ihre Rollenzuweisungen dienten dem Bürgertum zur Abgrenzung von anderen sozialen Klassen und besonders auch von anderen Nationalitäten. Beispiele dafür sind die Gegenüberstellungen von die „deutschen Hausfrau" mit der „koketten Französin", der „rückständigen unzivilisierten Chinesin" oder der „lasterhaften und wilden Fabrikarbeiterin", der wahlweise auch der „fleißige, brave und anständige Fabrikarbeiterin" entgegengesetzt wird. So dienten den deutschen KolonialistInnen die Unterschiede im Geschlechterverhältnis als Unterscheidungsmerkmal gegenüber den angeblich „Unzivilisierten". Gleichzeitig diente dieses Argument der Legitimation von kolonialer Herrschaft — die Mission der „Zivilisierung" spielte auch im 19. Jahrhundert weiter eine entscheidende Rolle.
Zusätzlich wurden die Kolonien als „jungfräuliche" Territorien beschrieben, die vom weißen Mann entdeckt, erobert und eben zivilisiert werden mussten.
Auf diese Art und Weise wurden die Bevölkerungen der kolonisierten Gebiete als weiblich konnotiert. Ihnen wurden sogenannte weibliche Eigenschaften zugeschrieben wie Passivität, Irrationalität und Natürlichkeit. Damit war eine Übertragung der eigenen Geschlechterordnung auf das koloniale Verhältnis und sein Fortwirken festgeschrieben. Die KolonialistInnen wurden in ihrer Männlichkeit (beziehungsweise ihren Geschlechterrollen insgesamt), aber auch in ihrer kolonialen und imperialen Überlegenheit bestätigt. In Reiseberichten, Medien, Briefen und öffentlichen politischen Diskursen wurden daher die Frauen in den Kolonien immer zu Objekten weißer Begierde gemacht. Afrikanische Frauen (und Männer) wurden mit zügelloser Sexualität assoziiert. Weiße Männer sahen die sexuelle „Eroberung" oder die „Zivilisierung" als ihr Vorrecht an. In den deutschen Kolonien war das, was als männlich oder weiblich galt, nie alleine mit dem Geschlecht einer Person verbunden, sondern eben auch mit sozialer Klasse, Nationalität und „Rasse", die den Menschen zugeordnet wurden. Aber genau diese Verflechtung der Kategorien brachte eine Uneindeutigkeit der kolonialen Geschlechterordnung mit sich, die immer wieder diskutiert und neu verhandelt wurde. Das geschah nicht nur in den Kolonien, sondern auch im Reich. Besonders Beziehungen zwischen deutschen Frauen und kolonisierten Männern waren schlecht angesehen und galten als die totale Umkehrung der kolonialen Geschlechterordnung. Die gewollten Grenzen wurden damit verwischt. Auf diesen Grenzen des Schwarz/Weißen basierte jedoch die Kolonialherrschaft. Die Kinder solcher Verbindungen waren nicht mehr in diese binäre Farblogik einteilbar. Zudem „befürchtete" man, dass deutsche Männer, die in einer solch gemischten Familie lebten, ihre eigene nationale Kultur verlernten (in den deutschen Kolonien sprach man in dem Fall von „Verkaffung"). Dies stellte grundsätzlich die weiß-deutschen Herrschaftsansprüche in Frage.

Die deutsche Frauenbewegung und die Kolonialbewegung

Eine weitläufige Ansicht, die diesem möglichen „Verlust" entgegenwirken sollte, war die Idee, mehr deutsche Frauen in den Kolonien anzusiedeln, sodass die weißen Männer nicht mehr darauf angewiesen sein sollten, eine kolonisierte Frau zu heiraten. Weiße Frauen im heiratsfähigen Alter wurden für die Auswanderung in die Kolonien angeworben, um dort weiße Männer zu heiraten und weiße Kinder zu produzieren. An diesen Anwerbungen und Politiken beteiligten sich auch Teile der deutschen Frauenbewegungen, namentlich der *Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft* (1907). Seine Aufgabe war es unter anderem, die deutsche Kultur zu fördern und bürgerliche Normen wie Disziplin, Sauberkeit und Ordnung in den Kolonialgesellschaften durchzusetzen.
Jüngst wurden in der Forschung die national-imperialen gesinnten Frauen und

ihre Verbände der neuen politischen Rechten zugeordnet. Im Zuge der Krise des traditionellen Parteiensystems und des Strukturwandels der deutschen Gesellschaft um 1900 gewannen die Positionen und auch die Agitationspolitik dieser Verbände immer mehr an Einfluss. Dies trug zur Nationalisierung der politischen Kultur im Kaiserreich in einer Zeit bei, in der auch liberaldemokratische und sozialistische Forderungen nach individueller Freiheit, Gleichheit und politischer Partizipation laut vernehmbar waren. Gleichzeitig wurde mit den Kolonien eine Vorstellungswelt erschaffen, die es sowohl Männern als auch Frauen erlaubte, Träume in die „wilde natürliche Welt Afrikas" zu projizieren. Mehr individuelle Freiheiten und ein neues Selbstverständnis beflügelten die Kolonialphantasien. So bot der Kolonialismus die Verbindung zwischen Gleichheit nach innen und Differenz nach außen an. Das vorherrschende Prinzip dieses neuen Diskurses war die Rassenideologie, die zwischen heimischem Staatsvolk und kolonialen Völkern differenzierte.

Dies geschah auf der Grundlage der deutschen Geschlechterordnung des Kaiserreichs. Vorstellungen über Ehe, Sexualität, Haushalt und Kindererziehung sollten vor allem über die eingewanderten Frauen transportiert werden. Für viele deutsche Frauen bedeutete die Auswanderung in die Kolonien, in denen sie einen eigenen Haushalt gründeten und diesem vorstanden und damit über kolonisierte Frauen und Männer bestimmten, den sozialen Aufstieg. Aus vielen kolonialen Berichten und Briefen sowie aus der zeitgenössischen Literatur geht hervor, auf welche Art und Weise deutsche Frauen zur Konstruktion von „Rasse" und Geschlecht in den Kolonien beitrugen. Sie befehligten nicht nur das kolonisierte Hauspersonal, sondern verwiesen sie ständig in ihre Rollen. Ausgehend von einem rassistisch-biologistischen Menschenbild von „unfähigen" und „faulen" Hausangestellten gab es bestimmte Arbeiten für Frauen und Männer. Diese vergeschlechtlichte Arbeitsteilung traf aber zum Teil auf vorherige andere Geschlechterordnungen. Kolonisierte Männer weigerten sich beispielsweise, bestimmte Arbeiten wie Fegen, Putzen, Wäschewaschen zu erledigen, die von ihnen als weiblich beziehungsweise als Arbeit der Frauen angesehen wurden. Sie wurden aber von ihren „Herrinnen" gezwungen. So wurde die Hausmacht immer wieder hergestellt und gleichzeitig kolonisierte Männer „verweiblicht", um sie der rassifizierenden Kolonialordnung zu unterstellen.

Widerstand

Dass diese Ordnung durch ein tägliches Kolonisieren immer wieder in allen gesellschaftlichen Feldern (Politik, Verwaltung, Haushalt usw.) hergestellt und zementiert werden musste, zeigt aber auch, dass sie weder natürlich noch selbstverständlich war. Immer wieder leisteten Kolonisierte Wiederstand und unterliefen in ihren täglichen Überlebensstrategien die koloniale Ordnung. Sie setzte sich trotzdem in den Kolonien und auch im Reich durch und zeigt zum Teil bis heute Wirkung. Frauen of Color werden bis heute immer noch erotisiert und exotisiert, Männer of Color immer wieder als Bedrohung der weißen Frauen und damit als Bedrohung des Abendlandes inszeniert.

Selbstverständlich ist Geschichte, auch wenn sie hier in der kurzen Form um einen roten Faden gesponnen wurde, nicht linear, chronologisch und stringent. Auch deutsche Kolonialgeschichte ist gebrochen, eckig, voller Widersprüche und auch geringfügig widerspenstig. Es gab durchaus auch Kritik, sowohl an der herrschenden Geschlechterordnung zum Ende des 19. Jahrhunderts wie auch an imperialer Kolonialpolitik. Der vorliegende Artikel sollte die dominanten gesellschaftlichen Erzählungen und Politiken verorten, die Anknüpfungspunkte bis heute liefern und so helfen, bestimmte Entwicklungen zu verstehen. Das „Verstehen" soll Widerstand denkbar machen und ihn auf die Straße tragen. Tradierte Bilder, an die schnell angeknüpft werden kann, Widersprüche in feministischen Positionen, paternalistische Antirassismusarbeit (beispielsweise mit Flüchtlingen), Stellvertretungspolitiken usw. können mit Hilfe der historischen Verortung dekonstruiert und neue Wege und Positionen formuliert werden.

Von Jan Raabe

Entwendung oder Tradition?

Die Symbolgeschichte der schwarzen Fahne

Bereits 1830 wurden schwarze Fahnen in Frankreich auf Demonstrationen anarchistischer Kreise verwendet. Vor dem Hintergrund, dass im Normalfall Fahnen mit Herrschaftssymbolen bestickt oder bedruckt waren, kann die Farbe schwarz als Auslöschung von Herrschaft und deren Zeichen verstanden werden, unvereinbar mit einer extrem rechten Ideologie. Aber wieso nutzt dann auch die extreme Rechte schwarze Fahnen?

„Die schwarze Fahne haben die Rechtsextremisten von der Antifa geklaut", verriet 2005 die taz ihren LeserInnen vor dem Hintergrund der neuen neonazistischen Erscheinungsform „Autonome Nationalisten" und einem damit verbundenen Stilwandel und einer Modernisierung neonazistischer Jugendkultur, die sich großzügig aus der Symbolpalette des politischen Gegners bediente. Darin, dass es sich bei der Verwendung schwarzer Fahnen durch die extreme Rechte um eine provokante Symbolenteignung handeln muss, sind sich viele Linke einig. Das Symbol der schwarzen Fahne findet aber bis heute in unterschiedlichen Bereichen der extremen Rechten Verwendung, von völkisch-bündischen Jugendorganisationen über das rechtsintellektuelle Milieu bis hin zum militanten Neonazismus. Auch wenn die inhaltlichen Herleitungen und Bezüge teilweise differieren, so wird das Symbol doch durchweg als Symbol der „Not", die Deutschland zu erleiden habe, gedeutet.

Die Farbe der „Not"

„Über Deutschland weht heute nur eine Fahne, die Zeichen von Leid und ein Gleichnis unseres Daseins ist: nur eine einzige Fahne, die keine Farben neben sich verträgt und den Menschen, die in ihrer Düsterheit gehen, alle Lust an bunten Wimpeln und frohen Standarten nimmt: nur die schwarze Fahne der Not", schrieb der völkisch-nationalistische Theoretiker **Arthur Moeller van**

den Bruck im Jahr 1923. Das Deutschlandbild des Ahnherrn der „Neuen Rechten" war geprägt von der Niederlage des Ersten Weltkrieges und dem damit einhergehenden Verlust von Einfluss und imperialer Bedeutung. Die „Not", die van den Bruck diagnostizierte, war weniger eine materielle, als vielmehr eine Kritik an Demokratie und Gleichheitsgedanken.

Anders war die Situation in einem weiteren Spektrum, in dem die schwarze Fahne zeitgleich verwendet wurde, nämlich in der norddeutschen Landvolkbewegung. In Anbetracht von Industrialisierung und Wirtschaftskrise standen viele Bauern in den 1920er Jahren vor einer existentiellen Bedrohung. Hohe Steuern, fällige Kredite und fallende Preise durch internationale Konkurrenz führten vielfach zu Pfändungen und Zwangsversteigerungen. Dagegen organisierte sich ein bäuerlicher Widerstand, dessen Ziel die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation war und der zum Teil auch direkte Aktionen organisierte, wie beispielsweise die Verhinderung der Pfändung von Vieh. Teile der Bewegung um **Claus Heim** radikalisierten sich und gingen mit Anschlägen gegen Behörden und deren Vertreter vor. Politisch fanden sich in der Landvolkbewegung sozialrevolutionäre, aber auch völkische Ansätze, zumal viele in der Industrialisierung eine Folge der Moderne sahen und diese in Gänze verwarfen. Elemente der „Blut und Boden"-Ideologie, die den Bauern eine besondere und wichtige Funktion zur Erhaltung des „Volkskörpers" zuschrieb, waren in der Landvolkbewegung weit verbreitet. Im Rahmen dieser Bewegung wurden bei Protesten und Aktionen schwarze Fahnen verwendet. Ab 1929 nutzte die *Steinburger Nothilfebewegung* eine schwarze Fahne mit silbernem Pflug und rotem Schwert, die dann zur Fahne der Landvolkbewegung avancierte. Teile der Landvolkbewegung gingen in der nationalsozialistischen Bewegung auf und importierten dabei vereinzelt die schwarze Fahne als Symbol, das historische Linien aufzeigen sollte. So wurde sie beispielsweise auf dem von **A. Paul Weber** (Andreas Paul Weber) gestalteten Titelblatt der Zeitschrift *Blut & Boden* gezeigt, die ein bäuerliches „Rasse"- und Traditionsbewusstsein propagierte.

In der Nachkriegszeit schien sich dieser Gebrauch in der Landvolkbewegung, wenn auch nicht immer bewusst, fortzusetzen. 1963 berichtete der *Spiegel:* „In Lüneburg demonstrierten nach einem Aufruf des 'Landesverbandes des Niedersächsischen Landvolkes' am 7. Dezember mehr als 7000 Bauern mit schwarzen Fahnen und drohten Kampfmaßnahmen für den Fall an, daß die Bundesregierung 'der weiteren Ausbeutung des Bauernstandes... tatenlos zusehen werde'."

Auch der Autor der Schrift „Die Auschwitz-Lüge", **Thies Christophersen**, war Bauer. 1944 als SS-Sonderführer im Auschwitz-Nebenlager Raisko eingesetzt, gehörte er in den 1960er Jahren zu den Gründern der *Notgemeinschaft Deutscher Bauern*. 1968 erschien die erste Ausgabe der von ihm über fast drei Jahrzehnte herausgegebenen Zeitschrift „Die Bauernschaft". Als Symbol verwendete Christophersen Pflug und Schwert auf schwarzem Grund und bezog sich damit auf die Fahne der Landvolkbewegung.

Bündische Traditionslinien

Auch in diversen Organisationen, die sich in einer bündischen Tradition sehen, wurden und werden schwarze Fahnen verwendet. Die sich an die *Hitlerjugend* anlehnende *Wiking-Jugend* (WJ), die 1952 gegründet und 1994 verboten wurde, verwendete eine schwarze Fahne mit einer Odal-Rune. Eine solche benutzte auch der 1957/58 gegründete *Bund Heimattreuer Jugend* (BHJ), der zeitweise eng mit der WJ zusammenarbeitete. Immer wieder kam es im BHJ zu Konflikten zwischen dem völkisch-bündischen und dem nationalsozialistischen Flügel, was Spaltungen und Bedeutungsverlust zur Folge hatte. 1988 benannte sich der verbliebene völkisch-bündische Flügel in *Der Freibund* um. Sein Symbol wurde eine schwarze Fahne mit einer stilisierten aufgehenden Sonne.

2008 lud der *Freibund* zu einem Seminar ein, in dessen Einladung es hieß: „Wer trägt die schwarze Fahne dort durch Schleswig und Holsteiner Land? Das sind die Bauern, das ist Claus Heim, der trägt sie in der Hand". Das Seminar setzte den inhaltlichen Fokus auf die Suche nach der eigenen Tradition. „Mehr als ein Vereinsabzeichen ist die Schwarze Fahne Ausdruck des Widerstandes gegen alle Fremdbestimmung. Ein Zeichen, das erstmals die Aufständischen im Bauernkriege von 1525 mit sich trugen und das fortan immer wieder auftauchte, wenn in Deutschland für Freiheit und Gerechtigkeit gestritten wurde", so *Der Freibund* zur Erläuterung. „Fremdbestimmung" ist hier als Kritik an einer angeblich immer noch andauernden Besetzung Deutschlands durch die Alliierten, aber auch an einer Westorientierung zu verstehen.

Dass die schwarze Fahne bereits während der Bauernkriege des 16. Jahrhunderts genutzt wurde, ist historisch nicht belegt und dient somit nur der Konstruktion von Ahnenreihe und Identität. In völkisch-bündischer Tradition stehende Organisationen sind inhaltlich durch die an Boden, Tradition und Kultur orientierte Ideologie und die Deutung des Heutes als Zeit des Verfalls und des Untergangs, also der „Not", mit der Landvolkbewegung und der völkischen Bewegung der 1920er und frühen 1930er Jahre verbunden.

Die nationalrevolutionäre und -bolschewistische Linie

Faschistische Strukturen existierten ab den 1920er Jahren in Deutschland nicht nur innerhalb der NSDAP, sondern auch in anderen teils konkurrierenden, teils kooperierenden Organisationen. Dazu zählten auch die „Nationalrevolutionäre". Bei diesen verband sich eine antikapitalistische Rhetorik mit extremem Nationalismus. Diesem Spektrum gehörten sowohl **Ernst Niekisch**, der Herausgeber der Zeitschrift *Widerstand. Zeitschrift für nationalrevolutionäre Politik*, als auch die Gebrüder **Otto Strasser** und **Gregor Strasser** an. Während der einflussreiche NSDAP-Funktionär Gregor Strasser im Rahmen des sogenannten Röhm-Putsches am 30. Juni 1934 von Anhängern der konkurrierenden Hitler-Fraktion innerhalb der NSDAP ermordet wurde, verließ **Otto Strasser** 1930 die NSDAP. Ideologisch begründet wird dieser Schritt mit der Schrift „Die Sozialisten verlassen die NSDAP" aus dem gleichen Jahr. Zusammen mit anderen ehemaligen NSDAPlern gründete er die *Schwarze Front*, die eine schwarze Fahne mit Hammer und Schwert-Symbol verwendete. Die schwarze Fahne der *Widerstand*-Bewegung um Ernst Niekisch, die der bekannte Zeichner A. Paul Weber entwarf, zeigte hingegen einen Adler mit Schwert und Sichel in den Fängen. Auf diese politische Strömung der Weimarer Republik griffen später Teile der „Freien Kräfte" zurück, zum Beispiel in der Zeitschrift *Fahnenträger*, vor allem aber die sogenannte Neue Rechte.

Die „Neue Rechte" legt nach

„Wer trägt die schwarze Fahne dort durch das Westfalenland? Das ist der Kumpel von der Ruhr, er trägt sie in der Hand. Sie schlossen ihnen die Zechen zu, das war das letzte Mal. Im Jahr sechsundsechzig erhoben sie sich gegen Bonn und das Kapital", heißt es in einer in den 1970er Jahren von **Henning Eichberg** mit Rückgriff auf die Landvolkbewegung getexteten Version des Liedes „Wer trägt die schwarze Fahne dort". Eichberg, in den 1970er und 1980er Jahren einer der wichtigsten Theoretiker der „Neuen Rechten", entwickelte den Ethnopluralismus als Gegenkonzept zum Multikulturalismus. In diesem Konzept schreibt er der „Kultur" einer jeden „Ethnie" einen eigenständigen Wert zu, der gleichwertig mit denen der anderen „Ethnien" sei und nur erhalten bleiben könne, wenn die „Ethnien" isoliert voneinander existieren würden. Multikulturalismus stehe daher für die Vernichtung von „Kulturen". Eichberg streitet ab, dass es sich hierbei um Rassismus handele, da in seiner Theorie — so seine von vielen anderen ebenso vorgebrachte Begründung — Kulturen nicht hierarchisiert würden. Für seine Konstruktion von „Kultur" griff Eichberg auf ideologische und historische Fragmente aus der Landvolkbewegung und der bündischen Jugend zurück.

Der aus Göttingen stammende Gymnasiallehrer **Karlheinz Weißmann**, ein weiterer wichtiger Vertreter der „Neuen Rechten", scheint ebenfalls von der schwarzen Fahne fasziniert zu sein. Er veröffentlichte 1998 angesichts des 65. Geburtstags von **Armin Mohler** den Aufsatz „Unter der schwarzen Fahne". Mohler war es, der die „Konservative Revolution" als Begriff für eine ideologische Strömung einführte, unter dem er verschiedene Gruppen sammelte. Damit versuchte er, wichtige Vorläufer und — denker des extremen Nationalismus vom Nationalsozialismus zu entkoppeln. Weißmann setzte sich umfangreich mit der Symbolik der extremen Rechten auseinander, der Titel seiner Dissertation lautete „Schwarze Fahnen, Runenzeichen" und zeigt exemplarisch die Bedeutung der schwarzen Fahne für die extreme Rechte.

Zeichen des militanten Neonazismus

„Auf mehreren Kundgebungen konnte man bereits feststellen: wo Freie Nationalisten marschieren, wehen zumeist auch schwarze Fahnen. Was hat es damit auf sich?", wurde 1998 in der ersten Ausgabe der Zeitschrift *Zentralorgan* gefragt, der damals wichtigsten überregionalen Publikation des sich Mitte/Ende der 1990er Jahre entwickelnden Spektrums der „Freien Kameradschaften". „Die schwarze Fahne ist das Symbol der

Not in unserem Reich. Unabhängig voneinander, sind verschiedene Kameradengruppen darauf gekommen, diese Farbe zu tragen. Sie steht für den Kampf den wir führen in einer Welt des Hasses und der Zerstörung. Sie ist kein neues Symbol einer Bewegung, sondern ein Zeichen unserer erbarmungslosen Kampfbereitschaft. Unser gemeinsames heiliges Symbol, für das wir kämpfen, wird erst wieder auf unseren Fahnen prangen, wenn wir dieses System vernichtet haben" (Fehler im Original), lautete die Antwort des als „reichsweit bekannter, langjähriger Mitkämpfer" vorgestellten Interviewten. Wird hier von einer scheinbar losgelösten Idee der Verwendung der schwarzen Fahne gesprochen, so verdeutlicht schon der Bezug auf die angebliche „Not", dass sich die „Freien Kameradschaften" (auch „Freie Kräfte" genannt) ihrer politischen Tradition bewusst waren. Deutlich wird dies auch in der Anfang der 2000er Jahre erschienenen programmatischen Schrift „Freier Nationalist — Mein Selbstverständnis", die mit der Überschrift „Hervor Leute hervor, die schwarze Fahne empor" das schon erwähnte Lied von Eichberg zitiert. Bezüge auf die schwarze Fahne waren jedoch auch anderweitig festzustellen. Beispielsweise erschien Ende der 1990er Jahre als Zeitschrift des NRW-Landesverbands der *Jungen Nationaldemokraten* die *Schwarze Fahne*, die von **Frank Amberg** redigiert wurde und der ein gleichnamiger Versand angeschlossen war. Der Neonazikader **Christian Malcoci** aus dem Rhein-Kreis Neuss publizierte im Januar 2010 eine weitere Postille mit dem Titel *Schwarze Fahne*. In dieser konstruierte er eine bis in die 1980er Jahre reichende Traditionslinie für die ab 2005 auftretenden „Autonomen Nationalisten", die sich nicht nur der in der autonomen Linken populären Aktions- und Erscheinungsform eines „Schwarzen Blocks" bedienten, sondern schwarz generell zur vorherrschenden Farbe in ihrem Spektrum werden ließen, beispielsweise bei der Bekleidung. Schwarze Fahnen passen natürlich gut in dieses Setting, sie sind bis heute auf vielen Aufmärschen des extrem rechten, insbesondere des neonazistischen Spektrums zu sehen.

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr, Eintritt frei

INPUT

Linkes Zentrum "Hinterhof", Corneliusstr. 108 (Hinterhof), Düsseldorf

PROGRAMM AUGUST BIS NOVEMBER 2016

31. August 2016, 19.30 Uhr
Polen Rechtsaußen — Überblick und Analyse zur Rechtsentwicklung in Polen
Referent: Kamil Majchrzak (deutsch-polnischer Jurist und Publizist aus Berlin)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108

28. September 2016, 19.30 Uhr
Düsseldorf ganz rechts - ein Überblick über Strukturen und Aktivitäten des lokalen Rechtsaußen-Spektrums
Referent_innen: Antirassistisches Bildungsforum Rheinland (ABR) und lokale Antifaschist_innen
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108

26. Oktober 2016, 19.30 Uhr
Mit Moskau gegen die USA? Die Russland-Strategien der (extremen) Rechten in Westeuropa
Referent: Jörg Kronauer (ABR, Freier Journalist und Buchautor aus London)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108

30. November 2016, 20.00 Uhr
Die AfD vor den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen
Referent: Andreas Kemper (Publizist und Soziologe aus Münster)
In erweiterter Kooperation mit dem Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer" (DSSQ)
Ort: Kulturzentrum zakk, Fichtenstraße 40

Veranstalter: Antifaschistischer Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR) und SJD - Die Falken Düsseldorf

Von Jan Raabe

Die Partisanen der NATO

Eine detaillierte Analyse über „Stay-behind" — beziehungsweise *Gladio*-Strukturen mit Schwerpunkt auf Deutschland legen **Erich Schmidt-Eeenboom** und **Ulrich Stoll** mit ihrem Buch „Die Partisanen der NATO" vor. Im Kern geht es um jene geheimen paramilitärischen Strukturen, die nach 1945 zuerst von den Amerikanern, später auch vom Bundesnachrichtendienst (BND) in Deutschland aufgebaut wurden, um im Falle eines Angriffs der Sowjetunion hinter den feindlichen Linien agieren zu können.
Für AntifaschistInnen ist dieser Komplex aus mehreren Gründen interessant: zum einen bezüglich der Einbindung von teils hochgradig belasteten Nationalsozialisten — auch Kriegsverbrechern — in diese Geheimdienstorganisationen; zum anderen — wie in Italien geschehen — weil Alt- und NeofaschistInnen in den 1970er und 1980er Jahren in Terrorakte dieser Strukturen verwickelt waren. Hinweise auf derartige Verflechtungen gab es auch in Deutschland.
Auf Grundlage freigegebenen Aktenmaterials erstellen die Autoren ein detailliertes Bild der amerikanischen Praxis beim Aufbau früher „Stay-behind"-Organisationen in den 1950er Jahren. Von besonderem Interesse ist dabei der *Bund Deutscher Jugend* (BDJ), der nicht nur eine US-gesteuerte Geheimarmee war. Sein Personal, vor allem im Bereich seines „Technischen Dienstes", bestand aus altgedienten Nazis, die nicht „nur" ein Eigeninteresse an einem weiteren Kampf gegen die Sowjetunion hatten, sondern auch am Kampf gegen die Demokratie und gegen die Linke in Gestalt von KPD und SPD. Der „Technische Dienst" des BDJ wurde ab 1953 in mehreren Bundesländern verboten.
Wurden die „Stay-behind" Aktivitäten der frühen Nachkriegsjahre von den Alliierten betrieben, so wurde ab 1949 mit der *Organisation Gehlen* auch ein deutscher Geheimdienst aktiv. Auch deren Nachfolgeorganisation, der BND, setzte diese Tätigkeit fort, teilweise übernahm er sogar die us-amerikanischen Strukturen und führte diese weiter.

Zusammenfassung ohne Verschwörungstheorien

Leider ist die Analyse und Bewertung der Gefahren dieser der demokratischen Kontrolle entzogenen Organisationen in „Die Partisanen der NATO" nicht sehr tiefgründig. Auch die Bewertung der Rolle der extrem rechten Bezüge dieser Organisationen findet kaum statt. Dabei wird im hinteren Teil des Buches umfänglich auf das Oktoberfest-Attentat und die Funde von riesigen Waffendepots bei dem Neonazi **Heinz Lembke** in der Lüneburger Heide eingegangen.
Neue Informationen finden sich hier zwar kaum, dafür aber gute Zusammenfassungen der bekannten Fakten und der Lücken und Widersprüche. Ob in diesen Fällen jedoch Parallelen zu den von aufs engste mit den dortigen „Stay-behind"-Strukturen verbundenen Neofaschisten durchgeführten Anschlägen in Italien der 1980er Jahre bestehen, kann nicht belegt werden. Die Autoren weisen mehrfach auf die Beschränktheit ihrer Arbeit hin, trotz aller Details könnten sie nur über das schreiben, was an Akten freigegeben wurde, und das sei von den Geheimdiensten ausgewähltes Material. Dass sie dabei trotzdem nicht ins Spekulieren verfallen und keine Verschwörungstheorien bedienen, ist bemerkenswert.

Erich Schmidt-Eeenboom/Ulrich Stoll
Die Partisanen der NATO.
Stay-Behind-Organisationen in Deutschland 1946 — 1991
Ch.-Links-Verlag, Berlin 2015
360 Seiten, 25 Euro

Von Michael Fehrin

Spiel auf Zeit

Es gibt Bücher, die weniger dadurch glänzen, dass sie neue Informationen über den Charakter des „Dritten Reiches" oder der heutigen Republik liefern. Ihre Bedeutung liegt in etwas anderem. In der Tradition der „Oral History" wird im vorliegenden Band etwas gezeigt, was keine klassische historische Sekundärliteratur schaffen kann: die menschliche Dimension der NS-Verbrechen aufzuzeigen — ausgehend von den zumeist ausgebliebenen oder nur unter großen Mühen erkämpften Entschädigungszahlungen. Es wird intensiv das Gespräch mit Überlebenden gesucht, ihre Geschichten werden erzählt und diese mit historischen und politischen Fakten belegt. Diese Erinnerungen werden mit verschiedenen Orten verknüpft, Orten des Leidens, aber auch Orten des Lebens. Zudem werden einfühlsame Bildporträts der Interviewten hinzugefügt. So sind ungewöhnlich eindringliche Beschreibungen gelungen: der Mann aus Polen, der sein ganzes Leben lang durch Brandwunden entstellt verbringen muss(te), weil deutsche Soldaten sein Dorf niederbrannten als er ein kleiner Junge war. Die Frau aus Deutschland, die, weil sie als junges Mädchen vor ihrer Stiefmutter weglief, als „Asoziale" in das KZ Ravensbrück kam und heute an dem Ort ihres Martyriums jungen Leuten erzählt, wie es damals war. Geschichten, wie sie Millionen erlebten. Durch das manchmal fast poetisch anmutende Erzählen dieser Einzelschicksale wird bewusst, dass Menschen durch jedes einzelne NS-Verbrechen nicht nur damals schwerstes Unrecht angetan wurde, sondern durch dieses das Leben der Betroffenen noch Jahrzehnte nach Kriegsende geprägt und der Schmerz auch in die nächsten Generationen getragen wurde.

Nina Schulz/Elisabeth Mena Urbitsch
Spiel auf Zeit
NS-Verfolgte und ihre Kämpfe um Anerkennung und Entschädigung
Verlag Assoziation A, Berlin/Hamburg
2016, 368 Seiten, 24 Euro

Pia Gomez

Nazis im Wolfspelz

Die Broschüre thematisiert die germanophile Geschichtsumdeutung durch die extreme Rechte. Die völkisch-nationalistische Umschreibung historischer Entwicklung stellt ein wirkungsmächtiges agitatorisches und alltagstaugliches Eintrittstor für die extreme Rechte in die gesellschaftliche Mitte dar. Angesichts einer historisch dünnen Quellenlage kann die altertümliche Geschichtsepoche eifrig umgedichtet werden. Die deutsche Geschichtsschreibung über Altertum und Mittelalter ist zudem nicht frei von folkloristischer Mythenbildung. Als Beispiel sei das Gedenken an die zum „deutschen Volksaufstand" verklärte Schlacht im Teutoburger Wald genannt. Die mythische Verklärung, beispielsweise „der Germanen", „der Wikinger" und anderer zu Trägern „gesunder", kämpferischer „Volksgemeinschaften" findet einen massenwirksamen Ausdruck in vielen Living-History-Veranstaltungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern. Bei diesen gut besuchten Happenings treten extrem rechte Gruppierungen über Vereine und Musikgruppen als weitgehend akzeptierte Mitwirkende in Erscheinung.
Dem Autor der Broschüre, **Karl Banghard,** ist es gelungen, in verständlicher, oftmals sprachlich gewitzter und reich bebilderter Form einen Einblick in die historischen und aktuellen Ausdrucksformen extrem rechter Geschichtsumdeutungen und Mythenbildungen zu geben und zudem kritisch deren Resonanzrahmen zu beleuchten. Die Broschüre schließt mit einer bebilderten Erläuterung extrem rechter Symbolverwendungen. Eine gelungene und empfehlenswerte Handreichung!

Archäologisches Freilichtmuseum Oerlinghausen (Hrsg.)
Germanen und der rechte Rand.
Nazis im Wolfspelz
Wuppertal, 2016
Broschüre, 60 Seiten, kostenlos bestellbar unter:
www.afm-oerlinghausen.de/

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €

Bestellungen unter www.akweb.de

analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

ZAG ISSN: 2192-6719

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

ABOS · EINZELHEFTE · KONTAKT: WWW.ZAG-BERLIN.DE

- OSTEUROPAS RECHTE RÄNDER
- RASSE · KULTUR · MACHT — ZU DEN WANDLUNGEN DES RASSISMUSBEGRIFFS
- ISLAMBILDER — ANTIMUSLIMISCHE RESSENTIMENTS IN EUROPA
- KRIEG! IM WESTEN NICHTS NEUES?
- IT'S ALL NATURAL
- ANTIZIGANISMUS IN EUROPA
- RASSISMUS IN DER KRISE
- CRITICAL WHITENESS
- 20 JAHRE NEUE ANTIRASSISTISCHE BEWEGUNG
- REPRESSIVE TOLERANZ
- LINKE DISKUSSIONSKULTUR
- FLÜCHTLINGSBEWEGUNGEN
- HELLERSDORF UND DIE FOLGEN

GEGEN DEN ALLTÄGLICHEN RASSISMUS

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

NUN GUT: AN MANCHE TEXTUMFÄNGE MÜSSEN SICH BOULEVARDBLATTLESER ERST GEWÖHNEN.

www.graswurzel.net

Magazin von und für ANTIFASCHISTiNNEN

abo@der-rechte-rand.de # www.der-rechte-rand.de # www.facebook.com/derrechterand

Recherche.
Analyse.
Perspektive.

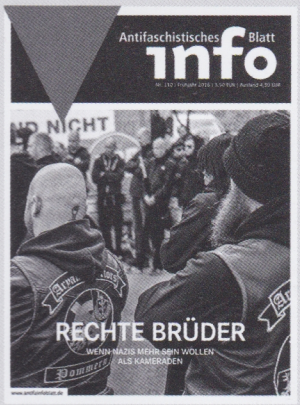
Abo gegen rassistischen Scheißdreck

FORUMRECHT

Ausgabe 2/16: *Krisenherd angelassen*
Europäische Zustände

Onlineshop, ältere Ausgaben und call for papers:

www.forum-recht-online.de
twitter.com/_ForumRecht



Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

www.antifainfoblatt.de
mail@antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

Kostenloses Probeexemplar

Lotta abonnieren!

Bei Fragen rund um das Thema Abos und Bestellungen steht der LOTTA-Vertrieb unter der E-Mail-Adresse lotta-vertrieb@nadir.org zur Verfügung.
Ich bestelle:
O ab der aktuellen Ausgabe O ab der nächsten Ausgabe

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

O Jahresabo, Inland	15 Euro
O Jahresabo, Ausland	23 Euro
O Jahresabo, Förderabo I	25 Euro
O Jahresabo, Förderabo II (beliebige Summe > 25,00 Euro)	___ Euro
O Jahresabo, Förderabo III (beliebige Summe ab 50,00 Euro. Auf Wunsch stellen wir eine Spendenbescheinigung über die Fördersumme aus.)	___ Euro

» Alle Preise inkl. Porto und Versand.
» Zu Nachbestellungen von älteren Ausgaben und zum Thema Weiterverkauf bietet unsere Homepage nähere Informationen: http://www.lotta-magazin.de unter „Lotta bestellen".
» Es gilt nur die zum Zeitpunkt des Eingangs der Bestellung auf unserer Homepage veröffentlichte aktuelle Preis- und Bestellliste!

O Ich überweise den Betrag innerhalb von 7 Tagen auf folgendes Konto:

VFKB e.V.
Kontonummer: 994 540 460
Postbank Dortmund
Bankleitzahl (BLZ): 440 100 46

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

O Ich habe den Betrag in bar (keine Briefmarken) beigelegt.

Achtung Kleingedrucktes: Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.

An die LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail (unbedingt angeben)

....
Ort, Datum Unterschrift

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
www.lotta-magazin.de

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen. Nicht in allen Fällen konnten die UrheberInnen der verwendeten Fotos ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

GEGEN RASSISMUS & FASCHISMUS

Bündnis gegen Rechts & Rock gegen Rechts Düsseldorf e.V.

OPEN AIR

UMSONST UND DRAUSSEN

KEINE GLASFLASCHEN ERLAUBT!

KEINE GLASFLASCHEN ERLAUBT!

FITCHES
JETLAG THE BAND
JPATTERSON
RUBBELDIEKATZ
LEMON LIGHTS

SA 6.8.2016 15:00-23.00 UHR

VOLKSGARTEN DÜSSELDORF

Unterstützt durch das Kulturamt der Landeshauptstadt Düsseldorf

S-Bahn Station Oberbilk

www.rock-gegen-rechts-duesseldorf.de